

CLAUS EQUART

Der strafrechtliche
Staatsschutz
in der sowjetischen
Besatzungszone
Deutschlands

1961



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41555220_0017

**Der strafrechtliche Staatsschutz in der sowjetischen
Besatzungszone Deutschlands.**

Inaugural - Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
einer hohen

Juristischen Fakultät
der

Ludwig - Maximilians - Universität zu München

Vorgelegt von: Assessor Claus Equart

T r i e r, 1961

Referent: Professor Dr. Maurach

Correferent: Professor Dr. Englisch

Tag der mündlichen Prüfung: 23. November 1961



Inhaltsübersicht

	Seite
Verzeichnis der Abkürzungen	IV
Literaturverzeichnis	V
A. Die Entwicklung des Rechts und die Gestaltung des Gerichtswesens als Voraussetzungen für die strafrechtliche Praxis	1.
I. Einleitung:	
Der Staat und der strafrechtliche Staatsschutz	1
II. Der Staatsschutz in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands	1
1. Die Erweiterung und Verschärfung des Staatsschutzes	1
2. Die ideologischen Voraussetzungen und ihre Auswirkungen auf Funktion und Anwendung des Rechts	2
3. Die Parteilichkeit der Rechtsprechung	9
4. Die Abhängigkeit und Parteilichkeit der Gerichte	15
III. Die Verurteilungsgrundlagen in politischen Strafsachen	26
1. Das StGB	26
2. Die besatzungsrechtlichen Vorschriften	27
3. Der Artikel 6 der Verfassung	29
4. Das Friedensschutzgesetz	32
5. Das StEG	34
B. Der Rechtszustand bis zum 1.2.1958 an Hand der zonalen Praxis	37
I. Der Begriff des Staatsverbrechens und seine Abgrenzung	38
1. Die Staatsverbrechen	39
2. Die Verbrechen gegen das sozialistische Eigentum	40
3. Die Verbrechen gegen die sozialistische Volkswirtschaft	40
4. Verbrechen gegen die Tätigkeit staatlicher Organe	40

II. Der Befehl 160 der SMAD	42
1. Die Rechtsprechung des Obersten Gerichts zur Auslegung des Befehls der SMAD	43
2. Der Begriff des Unternehmens	45
3. Die Anwendung des Befehls 160 durch das Oberste Gericht und die Untergerichte	45
III. Die Rechtsprechung zu Artikel 6 der Ver- fassung	54
1. Die Boykotthetze	54
2. Die Kriegshetze	80
3. Die Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhass	86
VI. Die Rechtsprechung zu der Kontrollratsdirek- tive 38 Abschnitt II Art. III A III	91
1. Das Tatbestandsmerkmal der "Erfindung oder Verbreitung friedensgefährdender tendenziöser Gerüchte"	92
2. Das Tatbestandsmerkmal der "Propaganda für den Nationalsozialismus oder Mili- tarismus"	97
V. Die Verbrechen nach dem Friedensschutzge- setz	102
VI. Zusammenfassung	104
C. Der gegenwärtig geltende Rechtszustand seit dem Inkrafttreten des Strafrechtsergänzungsgesetzes	105
I. Das Verhältnis des Artikels 6 zu den Be- stimmungen des StEG	106
II. Die Schwerpunkte der Rechtsprechung seit dem 1.2.1958	108
III. Die staatsgefährdende Hetze und die Staats- verleumdung der §§ 19 und 20.	109
1. Die staatsgefährdende Hetze	109
2. Die Staatsverleumdung	122
IV. Angriffe gegen örtliche Organe der Staatsmacht	127
V. Die Verleitung zum Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik, § 21, und die korrespondierenden Bestimmungen des Paß- gesetzes	127

VI. Die Spionage, die Sammlung und Übermittlung von Nachrichten und die Verbindung zu staatsfeindlichen Organisationen, - die §§ 14 - 16 StEG -	133
1. Die Abgrenzung der Vorschriften	135
2. Die Spionage	136
3. Die Verbindung zu staatsfeindlichen Organisationen	141
4. Die Sammlung und Übermittlung von Nachrichten	142
VII. Diversions- und Sabotagehandlungen; §§ 22 und 23 StEG	146
1. Die Sabotage	147
2. Die Diversion	148
VIII. Die staatsgefährdenden Gewaltakte, § 17	149
IX. Der Staatsverrat, § 13 StEG	152
X. Zusammenfassung	156

Verzeichnis der Abkürzungen

AKR	- Alliiertcr Kontrollrat
BG	- Bezirksgericht
DDR	- Deutsche Demokratische Republik
FDGB	- Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	- Freie Deutsche Jugend
GBI	- Gesetzblatt
KRD	- Kontrollratsdirektive
KrG	- Kreisgericht
LPG	- Landwirtschaftliche Produktions- genossenschaft
MTS	- Maschinen-Traktoren-Station
NJ	- Neue Justiz
OG	- Oberstes Gericht
OLG	- Oberlandesgericht
ROW	- Recht in Ost und West
SBZ	- Sowjetische Besatzungszone
SED	- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMAD	- Sowjetische Militär Administration Deutschlands
StEG	- Strafrechtsergänzungsgesetz
StGB	- Strafgesetzbuch
StPO	- Strafprozeßordnung
VO	- Verordnung
VOBl	- Verordnungsblatt
ZK	- Zentralkomitee

L i t e r a t u r v e r z e i c h n i s

Einzelne Verfasser:

1. Baade Artikel 6 II Verf.DDR als Strafgesetz
wirksam? - Recht in Ost und West,
1949/11
2. Benjamin Der Volksrichter in der Sowjetzone,
Neue Justiz 1947/13 f.
3. Benjamin Grundsätzliches zur Methode und zum
Inhalt der Rechtsprechung, Neue Justiz
1951/150 f.
4. Benjamin Das Oberste Gericht der Deutschen De-
mokratischen Republik im Kampf gegen
Spionage und Sabotage, Neue Justiz
1952/244
5. Benjamin Das Gerichtsverfassungsgesetz, Neue
Justiz 1952/434
6. Benjamin Der neue Strafprozess - die Prinzipien,
Neue Justiz 1952/467
7. Benjamin Unsere Justiz - ein wirksames Instru-
ment bei der Durchführung des Neuen
Kurses, Neue Justiz 1953/477
8. Benjamin Die Staatsverbrechen im Zusammenhang
mit der wirtschaftlichen und politi-
schen Entwicklung seit 1945, Neue
Justiz 1954/33
9. Benjamin Das 17. Plenum der SED und die Aufgaben
der Justiz auf dem Dorfe, Neue Justiz
1954/97 f.
10. Benjamin Zur Strafpolitik, Neue Justiz 1954/453
11. Benjamin Zehn Jahre demokratische Justiz in
Deutschland, Neue Justiz 1955/259

12. Berger Probleme eines demokratischen Strafrechts, Berlin 1950
13. Erben u. Löser Die Bedeutung des Tatbestandsmerkmals "Unternehmen" bei Spionageverbrechen und seine Anwendung, Neue Justiz 1958/202
14. Fechner Der Neue Kurs der Regierung und die Aufgaben der Justiz, Neue Justiz 1953/381
15. Fechner Über die Schwerpunkte der Rechtsprechung in Strafsachen, Neue Justiz 1953/225
16. Gerats Die Entstehung und das Wesen des Strafrechts, Neue Justiz 1950/482
17. Gerats Einige Fragen der Rechtswissenschaft und der Rechtspraxis im Lichte der Arbeit Stalins über den Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft, Neue Justiz 1951/405
18. Gerats und Benjamin Das sozialistische Strafrecht, ein Strafrecht neueren, höheren Typus, Neue Justiz 1951/252
19. Jahn Einige Fragen zur Verleitung zum Verlassen der Republik, Neue Justiz 1958/840
20. Kleine Erfahrungen aus den Strafverfahren zur Aburteilung der Teilnehmer am Putschversuch vom 17.6.1953, Neue Justiz 1953/511
21. Kleine und Krutzsch Die strafrechtliche Beurteilung von Staatsverbrechen, Neue Justiz 1954/71

22. Kühlig Zu den Tatbeständen der Spionage und der Verleitung zur Republikflucht, Neue Justiz 1956/428
23. Lange Die Anwendung des sowjetischen Strafrechts nach Inhalt und Form in der sowjetzonalen Praxis, Göttingen 1956 - Königsteiner Kreis -
24. Jekschas Das StEG - das mildere Gesetz im Vergleich zu Art. 6 der Verf., Neue Justiz 1958/82
25. Marx Zur Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1958
26. Marx und Engels Das kommunistische Manifest, Götz-Schwippert Verlag Bonn
27. Maurach Die politischen und soziologischen Grundlagen des sowjetischen Strafrechts, Göttingen 1956, Königsteiner Kreis
28. Maurach Zur Problematik der Rechtsbeugung durch Anwendung sowjetzonalen Rechts, Recht in Ost und West 1958/177
29. Melsheimer Sozialistische Gesetzlichkeit im Strafverfahren, Neue Justiz 1956/289
30. Melsheimer Das StEG - ein Gesetz der sozialistischen Demokratie, Neue Justiz 1958/41
31. Nathan Zwei Jahre Oberstes Gericht und Oberste Staatsanwaltschaft der DDR, Neue Justiz 1951/544
32. Olschekowski Die Erfahrungen mit ~~dem~~ materiellen Verbrechensbegriff bei der Anwendung des § 8 StEG berücksichtigen! Neue Justiz 1958/302

33. Reinwarth Die Entwicklung der Rechtsprechung auf dem Gebiete der Staatsverbrechen seit Inkrafttreten des StEG, Neue Justiz 1959/6
34. Renneberg Materieller Verbrechensbegriff, Strafpolitik und Gesetzlichkeit, Neue Justiz 1957/30
35. Renneberg Wie kam es zum StEG und was sind seine Ziele - Was jeder vom StEG wissen muß - Berlin 1958
36. Renneberg Die neuen Strafbestimmungen zum Schutze der DDR, Neue Justiz 1958/7
37. Schmidt Schaffung eines sozialistischen Strafrechts, Neue Justiz 1958/630
38. Schmuhl Verschärfter Klassenkampf auf dem Lande und die Aufgaben der Justiz, Neue Justiz 1952/561
39. Stalin Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft, Berlin 1955
40. Stiller und Benjamin Probleme der mehrfachen Gesetzesverletzung bei Verbrechen gegen die DDR, Neue Justiz 1958/189
41. Stiller Unser Strafrecht - ein wirksames Instrument im Kampf gegen die verbrecherische Wühl- und Umsturztätigkeit der NATO, Was jeder vom StEG wissen muß, Berlin 1958
42. Stiller Die Staatsverbrechen, Beiträge zum Strafrecht, Berlin 1959
43. Streit Einige Gedanken zur Vorbereitung der Richterwahl, Neue Justiz 1959/37

44. Ziegler Die Sabotage als eine Form der Boykotttätigkeit i.S.d. Art. 6 der Verfassung, Neue Justiz 1955/585
45. Ziegler Verbrechen gegen die DDR, Neue Justiz 1955/677

Sammelwerke:

46. Die Entwicklung des sowjetischen Strafrechts und sein Einfluß auf die Rechtsprechung in der Sowjetzone - Verhandlungen der 10. Tagung des Königsteiner Kreises, Göttingen 1956
47. Die Justiz in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands - Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland, Bonn-Berlin 1959
48. Die sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1945-1954, Bonn-Berlin 1956
49. Entscheidungssammlung des Obersten Gerichts in Strafsachen, Band 1 - 3, Berlin
50. Lehrbuch des Strafrechts der Deutschen Demokratischen Republik, Allgemeiner Teil, Berlin 1957
51. Neue Justiz, Zeitschrift für Recht u. Rechtswissenschaft, VEB Deutscher Zentralverlag Berlin
52. Recht in Ost und West, Zeitschrift für Rechtsvergleichung und internationale Rechtsprobleme, Berlin
53. Sowjetische Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie, Berlin 1953

- 54. Staat und Recht, Herausgeber Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft "Walter Ulbricht" und Deutsches Institut für Rechtswissenschaft, VEB Deutscher Zentralverlag Berlin
- 55. Unrecht als System, herausgegeben vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn, Band 1 - 3
- 56. Strafgesetzbuch von 1871 i.d.F. der Bekanntmachung vom 25.8.1953
- 57. Strafrechtsergänzungsgesetz der DDR
- 58. Strafprozessordnung der DDR
- 59. Gerichtsverfassungsgesetz der DDR
- 60. Verfassung der DDR
- 61. Gesetz zum Schutze des Friedens

Bei Zitierungen bedeutet eine Zahl in Klammern die Nummer, unter der die betreffende Abhandlung im Literaturverzeichnis angeführt ist.

DER STRAFRECHTLICHE STAATSSCHUTZ IN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS.

Die Entwicklung des Rechts und die Gestaltung des Gerichtswesens als Voraussetzungen für die strafrechtliche Praxis.

I. Einleitung:

Der Staat und der strafrechtliche Staatsschutz.

Der Sinn und die Aufgabe einer jeden Rechtsordnung bestehen darin, bestimmte Sicherungen und Regeln für das Zusammenleben der staatlichen Gesellschaft festzulegen und zu gewährleisten. Diesen Zweck hat auch das Strafrecht mit den ihm eigenen besonderen Zwangsmitteln.

Unabhängig von seiner Struktur und seinem Charakter bedient sich der Staat strafrechtlicher Normen und Sanktionen auch zur Erhaltung seines eigenen Bestandes. Die jeweilige Grundhaltung des Staates zu den Individualrechten seiner Bürger, die in ihm herrschenden und sich verwirklichenden Auffassungen vom Wesen des Rechts verleihen dabei der Ausgestaltung des Strafrechts ihr Gepräge und ihre Abhängigkeit. Ihnen kommt eine besondere Bedeutung zu durch die Unmittelbarkeit und Stärke des strafrechtlichen Eingriffs in die Persönlichkeitssphäre des Einzelnen.

Die Ausgestaltung und Intensität des strafrechtlichen Staatsschutzes hängt ferner entscheidend davon ab, inwieweit das bestehende System als geschütztes Objekt in seiner Existenz gesichert ist und von der Zustimmung oder dem Vertrauen des Volkes getragen wird.

II. Der strafrechtliche Staatsschutz in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

1. Die Erweiterung und Verschärfung des Staatsschutzes.

Beide Gesichtspunkte sind wesentlich für die Betrachtung der in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands entstandenen strafrechtlichen Gesetzgebung und Praxis, die in dem Schutz und der Sicherung der staatlichen Macht den wichtigsten, alle anderen Aufgaben des Strafrechts überragenden Zweck erblickt.

Es bedarf keiner Analyse der politischen, wirtschaftlichen

und ideologischen Gefestigkeit des sowjetzonalen Regimes und seiner Abhängigkeit zu den Ostblockstaaten, insbesondere der Sowjetunion, sondern nur der Übernahme authentischer Aussagen von Zonenpolitikern, um zu der Feststellung zu gelangen, daß ein in seinen Formen sich ständig wandelnder Kampf - in der Sprache zentraler Politiker: Klassenkampf - die Sicherheit und Entwicklung des kommunistischen Regimes bedroht, dessen Überwindungsmöglichkeiten zwar auch in eigenen staatlichen Mitteln, hauptsächlich aber in dem Bündnis und der ideologischen Unterstützung der Sowjetunion erkannt werden: "Die Sowjetunion ist das Zentrum der Weltfriedensfront Die Sowjetunion ist die einzige Weltmacht, die das Recht des deutschen Volkes auf einen demokratischen, unabhängigen und friedlichen nationalen Staat vorbehaltlos anerkannt hat und diesem Kampf die stärkste Unterstützung zuteil werden ließ und werden läßt." 1)

Bei der Erkenntnis einer ständigen Bedrohung war es daher nur eine konsequente Folgeerscheinung, daß dieser Staat sich mit den bereits bestehenden Strafrechtssätzen, den ihnen innewohnenden Garantien für den Einzelnen und ihrer Begrenzung des staatlichen ius puniend^o, nicht begnügte, sondern an ihre Stelle Normen setzte, die nach Form und Inhalt eine weiterreichende Verfolgungs- und Strafmöglichkeit des Staates gewährleisteten.

2. Die ideologischen Voraussetzungen und ihre Auswirkungen auf Funktion und Anwendung des Rechts.

Betrifft diese äußere Erscheinung nur die realen politischen Stärkeverhältnisse, insbesondere die innenpolitische Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone, als Ausgangspunkt für die Gestaltung des strafrechtlichen Staatsschutzes, so führt seine Handhabung im Gesamtsystem des Rechts zu dem eigentlichen Standpunkt des Staates. Allerdings besteht hierbei, was die politische Stellung der sowjetischen Besatzungszone zur Sowjetunion einerseits und ihren geistigen Standort andererseits anbetrifft, ein notwendiger Zusammenhang.

1) Aus dem Programm der Nationalen Front, vom 15.2.1950
Quelle: NJ 1950/108

Das sowjetzonale Regime bekennt sich in seiner gesamten staatlichen Tätigkeit zu den Theorien von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Sie bilden den Ausgangspunkt aller wissenschaftlichen Erörterungen und die Begründung für alle praktischen, auf staatlichem Gebiet getroffenen Maßnahmen.

Das gilt insbesondere für die Funktion des Rechts als notwendiges Instrument der herrschenden Klasse, die Stellung der Gerichte als abhängige Teilorgane der einheitlichen staatlichen Gewalt und der daraus sich entwickelnden parteilichen Rechtsprechung.

Die Übernahme der besonders von Lenin u. Stalin geprägten Grundsätze für die sogenannte Diktatur des Proletariats und der damit notwendig verbundenen Folgen für die Stellung von Staat und Recht in die zonale Lehre ist offensichtlich und findet in den Ausführungen der Politiker und Wissenschaftler ihren Ausdruck: "Der demokratische Jurist ist dem demokratischen Gesetz, das den Willen unseres Volkes zum Ausdruck bringt, unterworfen. Er hat die Gesetze nach dem Willen des demokratischen Gesetzgebers anzuwenden und auszulegen. Außerhalb dieses Staatswillens kann es keinen über dem Einzelnen stehenden und damit mystischen Willen der demokratischen Kräfte unseres Volkes geben." ¹⁾

Diese Auffassung nimmt insbesondere Bezug auf den Stalinischen Aufsatz "der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft", der in seiner über das eigentliche Thema hinausgehenden Bedeutung maßgeblich für die bis dahin innerhalb des kommunistischen Machtbereiches geltende Marx'-Engelsche These vom Basis-Überbau-Verhältnis wurde ²⁾ und sie dahin abänderte, daß der Überbau zum formenden und eigengesetzlichen Faktor erklärt wird, der die wirtschaftlichen Entwicklungen und Veränderungen bestimmt: "Der Überbau wird von der Basis hervorgebracht, aber das bedeutet keineswegs, daß er die Basis lediglich widerspiegelt, daß er

1) Gerats, NJ 1951/405 (17)

2) Vergl.: Marx, Vorwort zur Kritik der politischen Ökonomie, S. 12 (25)

passiv, neutral, gleichgültig ist gegenüber dem Schicksal seiner Basis, dem Schicksal der Klassen, dem Charakter der Gesellschaftsordnung. Im Gegenteil, einmal auf die Welt gekommen, wird er zu einer gewaltigen, aktiven Kraft, trägt er aktiv dazu bei, daß seine Basis ihre bestimmte Form annimmt und sich festigt, trifft er alle Maßnahmen, um der neuen Gesellschaftsordnung zu helfen und den alten Klassen den Rest zu geben und sie zu beseitigen." ¹⁾

An einer anderen Stelle heißt es: "Die spezifischen Besonderheiten des Überbaus bestehen darin, daß er der Gesellschaft durch juristische, ästhetische und andere Ideen dient und für die Gesellschaft die entsprechenden politischen und juristischen und anderen Institutionen schafft" ²⁾

Nach der zonalen Auffassung in ihrem Bezug auf die Thesen Stalins ist damit das Recht nicht mehr das Produkt bestimmter wirtschaftlicher Verhältnisse, das neben dem Staat als unselbständiger Überbau besteht, wie es von Marx und Engels noch verstanden wurde, sondern ein Produkt, ein bloßer Reflex und Überbau des Staates, dessen allein entscheidenden Willen zu verwirklichen seine ausschließliche Funktion ist.

Auch die Aufgabe des Strafrechts erschöpft sich in diesem Zweck: "Das Strafrecht ist wie alles Recht mit dem Staat entstanden und durch den Staat geschaffen worden. Sein Wesen wird daher durch das Wesen des Staates bestimmt ... Das Strafrecht kann daher, wie alles Recht, keine anderen Funktionen als die des Staates selbst erfüllen. Es bezweckt den Schutz der herrschenden Gesellschaftsordnung und dient der Selbstbehauptung der ökonomischen und politischen Macht der herrschenden Klasse, ... es ist der Wille des Staates, es bringt die ökonomischen Verhältnisse der Gesellschaft, die geschichtlich bedingte Klassenstruktur zum Ausdruck ... Es kann daher kein neutrales, über den Klassen stehendes Strafrecht geben." ³⁾

1) Stalin a.a.O. S.5ff. (39)

2) Stalin a.a.O. S.43

3) Gerats, NJ 1950/481 (16)

In dieser Definition findet sich die unmittelbare Anknüpfung an die Begriffsbestimmung des Rechts, wie sie für den gesamten kommunistischen Herrschaftsbereich gilt: "Recht ist die Gesamtheit der Verhaltensregeln, die den Willen der herrschenden Klasse ausdrücken und auf gesetzgeberischem Wege festgelegt sind, sowie die Gebräuche und Regeln des Gemeinschaftslebens, die von der Staatsgewalt sanktioniert sind. Die Anwendung dieser Regeln wird durch die Zwangsgewalt des Staates gewährleistet zwecks Sicherung, Festigung und Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse und Zustände, die der herrschenden Klasse genehm und vorteilhaft sind." 1)

Damit ist dem Recht das Kriterium der Gerechtigkeit als für uns allein mögliche Grundlage entzogen. Als parteiliches, nur den Interessen des Proletariats dienendes Instrument entspricht es der von Lenin und Stalin für die Diktatur des Proletariats aufgestellten Forderung, daß dieser Staat unter bewußter Ausschaltung einer Gleichbehandlung aller Bürger die Aufgabe hat, gerade mit den Mitteln des Rechts die besiegte Klasse zu unterdrücken und die Herrschaft der Arbeiterklasse zu sichern. Daraus folgt zwangsläufig, daß auch eine Berufung auf allgemeine Grundrechte für den sogenannten unterdrückten Teil des Volkes ausgeschlossen wird, sofern damit eine Gefährdung der proletarischen Herrschaft verbunden sein kann.

Diese mit westlichen Vorstellungen unvereinbare Grundhaltung fand auch in die neuen Gesetze der Zone Eingang. Das ergibt eine zusammenhängende Betrachtung der jeweiligen §§ 2 der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes aus dem Jahre 1952. Während § 2 StPO besagt:

Das Strafverfahren soll zur Achtung vor dem sozialistischen Gesetz, zur Achtung vor dem sozialistischen Eigentum, zur Arbeitsdisziplin und zur demokratischen Wachsamkeit erziehen,

werden die einzelnen Aufgaben der Rechtsprechung in dem § 2 GVG umschrieben:

1) Wyschinski, Sowj. Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie, S. 76

- I. Die Rechtsprechung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik dient dem Aufbau des Sozialismus, der Einheit Deutschlands und dem Frieden.
Ihre Aufgabe ist
- a) der Schutz der auf der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik beruhenden gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung und ihrer Rechtsordnung,
 - b) der Schutz und die Förderung der Grundlagen der sozialistischen Wirtschaft, vor allem des sozialistischen Eigentums und der Volkswirtschaftspläne,
 - c) der Schutz der verfassungsmäßigen Interessen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen,
 - d) der Schutz der gesetzlichen Rechte und Interessen der Bürger.

- II. Die Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik erziehen durch ihre Rechtsprechung alle Bürger in ihrem beruflichen und persönlichen Leben zu einem verantwortungsbewußten Verhalten und zur gewissenhaften Befolgung der Gesetze. 1)

Die Forderung der Erziehung, der Lenkung des Volkes, in und zu einer bestimmten Ideologie, in diesen Vorschriften nur als eine der spezifischen Funktionen des Rechts herausgestellt, führt zu dem Ausgangspunkt des kommunistischen Denkens. Gemeint ist der Absolutheitsanspruch, der sowohl für die vertretene Marxistisch-Leninistische Lehre, als auch für die Eigenschaften und Ziele des sie verwirklichenden Staates erhoben wird. Die Richtigkeit der Forderungen der Arbeiterklasse, des Proletariats als allein revolutionärer Kraft, und der Zwecke und Interessen ihrer Gesellschaftsordnung unterliegen damit in dem gleichen Maße diesem Exklusivanspruch; ihre Gleichsetzung mit dem Gesamtwohl des Staates ist nur eine weitere konsequente Folgerung. Der Staat als Ausdruck der Herrschaft der Arbeiterklasse bestimmt somit allgemeinverbindlich und unanfechtbar die politische und wirtschaftliche, dem Wohl der Klasse und damit der Gesamtheit entsprechende Richtung,

1) Anm.: Die Bestimmung hat durch die Änderung des GVG im Jahre 1959 insofern eine Änderung erfahren, als die Rechtsprechung nicht mehr dem "Aufbau", sondern entsprechend der heute erreichten Entwicklungsstufe des bereits entfalteten Sozialismus, dem Sieg des Sozialismus zu dienen hat.

außerhalb der es "keinen über dem Einzelnen stehenden und damit mystischen Willen der demokratischen Kräfte geben kann." Diesen Zielsetzungen wird das Recht untergeordnet.

Da die staatliche Gewalt ausschließlich in den Händen der Arbeiterklasse liegt, ergibt sich aus dieser Sicht notwendig, daß ihre Partei, die kommunistische Partei, als leitende und bestimmende Kraft die bedeutendste Rolle in diesem Staate einzunehmen hat. Auf der Grundlage der durch die marxistische Lehre gegebenen Erkenntnismöglichkeiten ist sie allein in der Lage, die jeweils richtige, politische, rechtliche und wirtschaftliche Linie zu bestimmen. "Die Politik der Partei der Arbeiterklasse erhält durch die Beschlüsse der Volksvertretungen verbindlichen Rechtscharakter." 1)

Die Berechtigung hierfür, sowie für die uneingeschränkte Machtausübung der proletarischen Diktatur überhaupt, wird neben der für die vertretene Lehre in Anspruch genommenen Absolutheit und Wahrhaftigkeit auch darin gesehen, daß sie von der - zahlenmäßigen - Mehrheit des Volkes, den Werktätigen, getragen wird. Hierbei ist es ohne Bedeutung, ob auch innerhalb dieser Klasse bereits eine klare und positive Einstellung zu ihrem Staat und ihren durch die marxistische Lehre vorbezeichneten Zielen besteht. Ausschlaggebend ist vielmehr, daß die bereits in der kommunistischen Partei zusammengeschlossenen Proletarier sich ihres Standortes bewußt sind und infolge der auf die wissenschaftliche marxistische Lehre gestützten Erkenntnisse eine entsprechende - richtige - Politik einleiten können. So schreibt bereits das "Kommunistische Manifest": "Die Kommunisten sind also praktisch der verschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus." 2)

Diese sogenannte "bewußte Minderheit" wird nun ihrerseits

1) Grevenrath, Schultz und Seifart, NJ 1960/149

2) a.a.O. S. 32 (26)

infolge des ihr eigenen richtigen Wissens und ihrer darauf beruhenden Politik, die dem Wohle der ganzen Arbeiterklasse dient, mit der Gesamtheit identifiziert, wobei gerade dieser letzte Ausdruck als typischer und technischer Begriff für die vorgenommene Gleichsetzung - der Klasseninteressen mit dem Gesamtwohl, der bewußten Minderheit mit der Gesamtheit der werktätigen Massen, - bezeichnet und als Prinzip erkannt werden kann.

Damit wird die weitere überragende Bedeutung der kommunistischen Partei deutlich, die in der Erziehung oder Umerziehung sowohl der noch in alten Ideologien wurzelnden Menschen, als auch der noch nicht bewußten Werktätigen liegt: "Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Partei der deutschen Arbeiterklasse, ihr bewußter und organisierter Vortrupp Die Partei läßt sich in ihrer gesamten Tätigkeit vom Marxismus - Leninismus leiten. Die Partei ist die führende Kraft aller Organisationen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, der gesellschaftlichen und staatlichen Organisationen und führt erfolgreich den Aufbau des Sozialismus. Sie arbeitet ständig an der Festigung und Entwicklung der Staatsmacht der Arbeiter und Bauern." 1)

Aus alledem folgt, daß die Partei als "bewußter Vortrupp" auf Grund der nur ihr innewohnenden richtigen Erkenntnisse einmal die entscheidende und bestimmende Kraft im gesamten politischen und gesellschaftlichen Leben des Staates ist, und daß sie zum anderen das Volk zu dem von ihr als wahrhaftig erkannten Denken und Handeln zu erziehen hat, wobei der tatsächliche Volkswille logischerweise unbeachtet bleiben muß.

Das Ergebnis ist, und nur deshalb bedürfte es dieser Darlegung, daß die Funktionen und die Stellung der kommunistischen Partei, ihre Gesellschaftsordnung und die von ihr festgelegten Grundsätze dem gleichen strafrechtlichen Schutz unterstellt werden, wie es hinsichtlich der staatlichen Ordnung der Fall ist. Die politische Gegnerschaft

1) Statut der SED vom 30.3.1954; Quelle: Unrecht Bd. III
Dok. 7/16

zur Partei beinhaltet immer eine gegnerische Einstellung zum Staat, der von ihr getragen und bestimmt wird. Alle solche Äußerungen und Handlungen richten sich daher auch unmittelbar gegen die staatliche Ordnung und sind Staatsverbrechen, die im Gegensatz zu den auf den absoluten Erkenntnissen beruhenden politischen Auffassungen von unrichtigen, die Herrschaft des Proletariats gefährdenden Standorten ausgehen und im Interesse der Sicherung der herrschenden Klasse mit den eigens und ausschließlich für diesen Zweck geschaffenen Mitteln des Rechts bekämpft werden müssen. Der politisch anders Denkende stellt sich außerhalb der Gesamtheit und der als absolut anerkannten Ideologie und verwirkt damit selbst alle die Rechte und Grundrechte, die für den bewußten Proletarier, der sich innerhalb der vorgeschriebenen politischen Richtlinien hält, ohnehin bedeutungslos sind.

Die Parteilichkeit der Rechtsprechung.

Die in der sowjetischen Besatzungszone gewonnenen und propagierten Erkenntnisse über die Funktion des Rechts als dienendes Instrument der Interessen des Proletariats führten zu ihrer Durchsetzung in der Praxis, um nur so zu dem realen Ergebnis der Unterdrückung der wirtschaftlich bereits entmachteten, politisch aber noch als Gegensatz bestehenden Schichten des Volkes zu gelangen.

Die Parteilichkeit und Zweckbestimmung des Rechts unter Loslösung von allgemeinen sittlichen und moralischen Grundlagen mußte zwangsläufig eine parteiliche und zweckbestimmte Rechtsprechung zur Folge haben. Der Inhalt der sogenannten Strafpolitik beschränkt sich darauf, innerhalb der Gerichtspraxis zu Ergebnissen zu kommen, die den Interessen der herrschenden Klasse im allgemeinen dienen und dem jeweiligen politischen Zweck im besonderen gerecht werden.

Der Ermöglichung und Sicherung einer solchen parteilichen Rechtsprechung gelten daher die besonderen Bemühungen in der sowjetischen Besatzungszone.

Die Voraussetzungen hierfür wurden schon durch die Gesetzgebung geschaffen; sie ist der Ausdruck der erkenn-

ten Notwendigkeit eines verstärkten strafrechtlichen Staatsschutzes, aber auch einer Gesetzestechnik, die, in Übereinstimmung mit der herrschenden Auffassung vom Wesen des Rechts, einer zweckbestimmten Strafpolitik den erforderlichen und gewünschten Spielraum läßt.

Auf dem Gebiete des strafrechtlichen Staatsschutzes ist der Artikel 6 der Verfassung das wesentlichste Beispiel. Die Vorschrift lautet in ihrem als Strafbestimmung angewandten Absatz 2 :

- II Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhass, militärische Propaganda, sowie Kriegshetze und alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches. Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze.

Die in dieser Vorschrift verwandten Begriffe sind der unbegrenzten Auslegung und Ausfüllung fähig und gewährleisten ihre richtige, d.h. eine zum gewollten Ergebnis führende parteiliche Anwendung. Die in einer engen und genauen tatbestandlichen Umschreibung liegende rechtstaatliche Garantie für den Staatsbürger wird damit aufgehoben. Der Zweck einer solchen Ausgestaltung von Straftatbeständen wird mit der folgenden Äußerung hinreichend definiert: "Wir glauben, daß ... die frühere Methode zu einem ernsten Hemmnis für den Fortschritt führen muß, und wir vertrauen auf den gesunden Menschenverstand unserer Richter und ihr Wissen um die politisch richtigen und notwendigen Lösungen, die ihnen dazu verhelfen müssen, nicht ausdrücklich geregelte Tatbestände im Sinne der Gesetze zu beurteilen." 1)

Die Abfassung der Strafrechtsnormen ist jedoch nicht die einzige Möglichkeit zur Verwirklichung dieses Zieles. Geht schon aus der oben zitierten Äußerung hervor, daß die geschaffenen Strafbestimmungen nur allgemeine Richtlinien und Anhaltspunkte für die Beurteilung eines bestimmten Tuns darstellen, so wird die freie, nur von dem Ermessen des Richters und seinem sozialistischen Bewußt-

1) Nathan NJ 1951/544 (31)

sein abhängige Handhabung der strafrechtlichen Vorschriften im parteilichen Interesse des Staates durch eine weitere Entwicklung gesichert, die im zonalen Sprachgebrauch als Materialisierung des Strafrechts bezeichnet wird.

Sie fand ihren Eingang in die zonale Strafrechtspraxis schon frühzeitig auf Grund zunächst theoretischer Erörterungen und entsprechender Anweisungen der Gerichte, und wurde mit dem Inkrafttreten des Strafrechts-Ergänzungsgesetzes am 1.2.1958 durch dieses Gesetz sanktioniert.

Die Bestimmungen der §§ 8 u. 9 des StEG lauten:

- § 8 I Eine Straftat liegt nicht vor, wenn die Handlung zwar dem Wortlaut eines gesetzlichen Tatbestandes entspricht, aber wegen ihrer Geringfügigkeit und mangels schädlicher Folgen für die Deutsche Demokratische Republik, den sozialistischen Aufbau, die Interessen des werktätigen Volkes, sowie des einzelnen Bürgers nicht gefährlich ist.
- II Die Bestrafung einer solchen Handlung als Übertretung wird dadurch nicht berührt.
- § 9 Eine Bestrafung erfolgt nicht,
- 1.) wenn zur Zeit der Durchführung des Strafverfahrens die Tat nicht mehr als gesellschaftsgefährlich anzusehen ist, oder
 - 2.) wenn nach der Tat im gesamten Verhalten des Täters eine grundlegende Wandlung eingetreten ist, die erwarten läßt, daß er die sozialistische Gesetzmäßigkeit achten wird.

Als zusätzliches und entscheidendes Verbrechensmerkmal ist damit der Begriff der sogenannten Gesellschaftsgefährlichkeit eingeführt; die negative Formulierung des Gesetzes: eine Handlung ist kein Verbrechen, wenn sie nicht gesellschaftsgefährlich ist, leitet über zu dem dieser Feststellung gleichfalls innewohnenden Positivum: jede Handlung, die gesellschaftsgefährlich ist, stellt ein Verbrechen dar, und zwar auch dann, wenn sie formal rechtmäßig und straflos wäre.

Die zonale Gesetzgebung und auch die Praxis haben es jedoch offiziell vermieden, an die Stelle von strafrechtlichen Sondertatbeständen eine solche allgemeine Generalklausel zu setzen und damit die Lösung von formellen

Kriterien zu vollenden. Vielmehr wird das Gegenteil ausdrücklich betont: "Auch die Aufnahme des materiellen Verbrechensbegriffes würde nicht bedeuten, daß aus diesem materiellen Verbrechensbegriff evtl. ein allgemeiner Tatbestand wird, nach dem die Gerichte schlechthin gesellschaftsgefährliche Handlungen als Verbrechen bestrafen dürfen. Diese Bestimmung über den materiellen Verbrechensbegriff ist zwar als allgemeine Strafrechtsnorm, die eine Anleitung zur richtigen Anwendung der Strafgesetze darstellt, für die Praxis von größter Bedeutung, sie stellt aber keinen Tatbestand dar. Sie ist nur insofern konstitutiv, als sie die Tatbestände von ähnlichen Handlungen nicht gesellschaftsgefährlichen Charakters abgrenzt." 1)

Auch hinsichtlich der Gestaltung eines neuen Strafbuches bleibt die Bindung an einen besonderen gesetzlichen Tatbestand, an Rechtswidrigkeits- und Schuld-feststellungen in den offiziellen Vorschlägen bestehen: "Ein Verbrechen oder Vergehen begeht, wer durch sein Handeln die DDR, den sozialistischen Aufbau, die Interessen des werktätigen Volkes sowie des einzelnen Bürgers schuldhaft gefährdet und zugleich ein Strafgesetz verletzt." 2)

Die Gesellschaftsgefährlichkeit wird nicht als weiteres - ungeschriebenes - Tatbestandsmerkmal angesehen; der materielle Verbrechensbegriff gilt als Abstraktion der in den speziellen Tatbeständen beschriebenen Handlungen: "Er beschreibt den Klassencharakter aller Verbrechen, die Eigenschaften jedes Verbrechens ohne Berücksichtigung seiner konkreten Erscheinungsform; er unterscheidet die Verbrechen von nicht strafbaren Handlungen. Die für diese Unterscheidung bedeutsame Eigenschaft ist die Gesellschaftsgefährlichkeit. Sie bedeutet, daß die Handlung sich gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR richtet, sie verletzt, zerrüttet, aufweicht oder gar zerstört." 3)

1) Lekschas, Lehrbuch S. 278 (50)

2) Schmidt, NJ 1958/632 (37)

3) Olschekowski, NJ 1958/302 (32)

Zur Rechtswidrigkeit verhält sich die Gesellschaftsgefährlichkeit "wie der (materielle) Inhalt zur (juristischen) Form." ¹⁾

Diese Bemühungen um eine wissenschaftliche Definition des materiellen Verbrechensbegriffes treten jedoch hinter seiner praktischen Bedeutung - trotz Nichtanerkennung als allgemeine Generalklausel - zurück.

Sie liegt einmal in der Beziehung zu den uferlosen Tatbeständen, die, wie die Äußerung von Nathan zeigt, nur Richtlinien und Anhaltspunkte bei der Beurteilung der Tatbestandsmäßigkeit einer Handlung sind und keine abschließende Regelung bilden. Die Gerichte sind damit nicht an eine genaue tatbestandliche Prüfung gebunden und legen ihrer Entscheidung allein das Kriterium der Gesellschaftsgefährlichkeit zugrunde, das im Falle seiner Bejahung die Handlung als Verbrechen charakterisiert und die Subsumierung unter einen - nicht ausdrücklich und abschließend geregelten - Tatbestand rechtfertigt. Der Unterschied zwischen dieser praktischen Handhabung und dem in der Theorie verneinten Anerkennen einer allgemeinen Generalklausel ist damit auf ein Minimum beschränkt.

Die Bedeutung liegt zum anderen darin, daß die Gesellschaftsgefährlichkeit auch bei der Schuldfeststellung und der damit verbundenen Strafzumessung den entscheidenden Vorrang einnimmt. Das Ausmaß der Gesellschaftsgefährlichkeit ist das wesentliche Kriterium für die Strafzumessung: je gesellschaftsgefährlicher ein Verbrechen ist, um so höher ist grundsätzlich auch die Strafe. ²⁾ Diese ist somit keine echte Reaktion oder ausgleichendes Übel für die verbrecherische Handlung, bei dem Präventivzwecke erst in zweiter Linie in Erscheinung treten, sondern eine auf vorbeugende Sicherung, auf Abschreckung zielende Zweckmaßnahme. Der Richter wird damit auch von einer genauen Schuldfeststellung entbunden, ob eine Tat vorsätzlich oder fahrlässig, un-

1) Lekschas, Lehrbuch S. 274

2) Lekschas, Lehrbuch S. 269

ter den gegebenen Umständen vorwerfbar war. Das Studium zonaler Urteile zeigt, daß solche Erwägungen entweder gar nicht oder nur in einem dürftigen Rahmen angestellt werden. Darin ist die Ursache dafür zu sehen, daß, losgelöst von einem notwendigen Verhältnis von Schuld und Sühne, der jeweilig festgestellten Gesellschaftsgefährlichkeit entsprechende hohe und unverhältnismäßige Strafen ausgesprochen werden.

Diese beiden Gesichtspunkte bilden die eigentliche Rechtfertigung aller zonalen Urteile in dem Bereich der politischen Strafverfahren. Die Möglichkeiten einer parteilichen Rechtsprechung sind damit unbegrenzt.

Schließlich bietet die negative Formulierung des StEG in seinen §§ 8 u. 9 die Gewähr, Handlungen trotz festgestellter Tatbestandsmäßigkeit, Rechtswidrigkeit und Schuld, die, wenn auch in wandelbarer Stärke, immer ein Verbrechen oder Vergehen darstellen, unverfolgt zu lassen, wenn eine Bestrafung nicht opportun ist. Auch diese Möglichkeit ist nicht theoretischer Natur, sondern findet ihren Niederschlag in der Praxis. Als ein Beispiel für zahlreiche Entscheidungen gleichen oder ähnlichen Inhalts sei das Urteil des Obersten Gerichts vom 12.9.1958 ¹⁾ angeführt.

Als Sachverhalt lag zugrunde, daß einige Angehörige der zonalen Volksarmee auf einer Vergnügensfeier von Arbeitern beschimpft worden waren. Geringfügige Tötlichkeiten waren sofort beigelegt worden. Als einer der Arbeiter, der die beiden angeklagten Volksarmisten beleidigt hatte, den Saal verließ, um sich auf den Heimweg zu begeben, wurde er von den Angeklagten verfolgt und schwer mißhandelt.

Durch das Kreisgericht als erster und das Bezirksgericht als Berufungsinstanz erfolgte zutreffend eine Verurteilung wegen Körperverletzung, da eine Notwehrsituation nicht mehr gegeben war. Auf Kassationsantrag, der die Nichtanwendung des § 8 StEG rügte, hob das Oberste Ge-

1) NJ 1958/789

richt die Entscheidungen auf und sprach beide Angeklagten frei mit der Begründung, die gefährlichen Provokationen der Arbeiter "forderten von den Angeklagten als Angehörigen der Nationalen Volksarmee, wenn auch nicht mehr im Rahmen einer gemäß § 53 StGB gebotenen Notwehrhandlung, eine energische Zurückweisung der Provokationen. Soweit sie dabei den Provokateur an der Gesundheit schädigten, erfüllt die Handlung zwar den Wortlaut des § 223 a, aber mangels schädlicher Folgen für die DDR liegt ein Verbrechen nicht vor. An dieser Einschätzung ändert auch nichts die durch die politisch notwendige Abwehr eingetretene körperliche Beeinträchtigung weil ein Provokateur die ihm durch sein staatsfeindliches Verhalten entstehenden Nachteile selbst zu verantworten hat; sie haben keine gesellschaftlichen Folgen und sind daher geringfügig." 1)

Die materielle Betrachtungsweise, die das Gericht in diesem Fall angewandt hat, kennzeichnet also die eigentlichen Möglichkeiten, die durch diese Entwicklung geschaffen wurden: eine parteiliche, auch willkürliche Handhabung der strafrechtlichen Gesetze unter rein politischen, rechtsfremden Aspekten.

Die strenge Einhaltung der Gesetze, die parteiliche Anwendung der weiten strafrechtlichen Tatbestände und die Ausfüllung alter, übernommener Gesetze mit den neuen Prinzipien werden in der Sowjetzone als besondere Formen der "sozialistischen Gesetzmäßigkeit" erklärt. Auf einen gemeinsamen Nenner gebracht beinhaltet dieser Begriff, unter den wahllos alle möglichen Ausdrucks- und Erscheinungsformen des Rechts eingeordnet werden, die Handhabung aller rechtlichen Bestimmungen im ausschließlichen Interesse der herrschenden Gesellschaftsordnung und ihre von vorneherein festgelegte Zielrichtung gegen alle dieser Ordnung konträr gegenüberstehenden, gesellschaftsgefährlichen Handlungen.

4. Die Abhängigkeit und Parteilichkeit der Gerichte.

Die Ausnutzung der schon durch die Gesetzgebung eröffneten Möglichkeiten für eine parteiliche Anwendung des

1) OG in NJ 1958/789

Rechts in der Praxis erforderte ein besonderes Bewußtsein, eine Bereitschaft auf Seiten der amtierenden Richter. Der Hervorhebung ihrer als Teil der einheitlichen Staatsgewalt abhängigen Position und der Pflicht zu einer dem erkannten Wesen des Rechts entsprechenden Anwendung gilt daher in starkem Maße die Aufmerksamkeit in der sowjetzonalen Justiz: "Von großer Bedeutung ist die Hebung des demokratischen Bewußtseins unserer Richter und Staatsanwälte. Bei manchen ... fehlt das Bewußtsein, daß sie berufen sind, durch ihre Rechtsprechung den Grundsätzen unserer demokratischen Staatsordnung Geltung zu verschaffen. Die Richter und Staatsanwälte müssen sich bewußt sein, daß sie nicht eine neutrale Position einnehmen können, sondern die Feinde unseres Staates ... entsprechend den Bestimmungen der demokratischen Gesetzlichkeit zu bestrafen haben ..." ¹⁾

Unter besonderer Bezugnahme auf die Einführung des materiellen Verbrechensbegriffes und die damit verbundenen Auswirkungen stellt auch Benjamin die Aufgaben der Richter heraus: "Der Schritt zur Anerkennung des materiellen Verbrechensbegriffes ist von sehr großer Bedeutung. Hierdurch wird die Verantwortung der Staatsanwälte und Richter, parteilich zu entscheiden, noch viel größer. Er verlangt von allen ... eine besonders sorgfältige Aufklärung aller Umstände eines Verbrechens, um sie dann, wie Wyschinski sagt, im Prisma der Weltanschauung des Richters zur richtigen Widerspiegelung zu bringen." ²⁾

Damit sind die Aufgaben des Richterstandes klar umrissen. Sie bestehen vor allem darin, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu studieren, die Erfordernisse der politischen Situation zu erkennen und innerhalb des durch die Gesetzgebung eröffneten weiten Spielraumes die für die herrschende Klasse der jeweiligen Lage angepaßten nützlichen und zweckmäßigen Entscheidungen zu treffen.

Es erscheint folgerichtig, daß entsprechend dieser dem Richter zugedachten Funktion auch hinsichtlich seiner

1) Ulbricht, Rede an die II. Partei-Konferenz, zitiert bei Schmuhl, NJ 1952/561 (38)

2) NJ 1954/453 (10)

Stellung zum Staat eine formelle Abhängigkeit zum Ausdruck gebracht wurde. Das geschah bereits durch die erste Fassung des GVG aus dem Jahre 1952.

Die in Artikel 127 der Verfassung und in § 5 GVG gewährleistete richterliche Unabhängigkeit bestand nicht.

Neben der in § 11 Abs. 1 GVG aufgestellten Forderung, daß sich der Richter vorbehaltlos für die Ziele der DDR einzusetzen habe, bestimmten die §§ 16, ff. GVG die Möglichkeit seiner Abberufung, und zwar u.a. bei Vorliegen der völlig unbestimmten Voraussetzung, daß er "seine Pflichten als Richter gröblich verletzt." Wenn in diese Feststellung weiter einbezogen wird, daß jeder Richter, gegen den ein Abberufungsverfahren schwebte, sofort vorläufig seines Amtes enthoben werden konnte, so zeigt sich, was unter der verfassungsmäßig garantierten Unabhängigkeit tatsächlich zu verstehen war.

Es entspricht der kommunistischen Denkweise, daß der Richter, der sich seiner klassenmäßigen Stellung bewußt ist, gar nicht anders als parteilich, im Interesse seiner Weltanschauung entscheiden kann und damit die Unabhängigkeit für ihn zu einer durchaus überflüssigen Forderung wird, während der dem marxistisch-leninistischen System konträr gegenüber stehende Richter sich bewußt außerhalb der Gemeinschaft stellt und so alle Rechte und seine Unabhängigkeit verwirkt: "Der Richter hingegen, der in seiner Rechtsprechung ganz auf dem Boden der demokratischen Interessen unseres Volkes steht, braucht nicht die Forderung seiner Unabhängigkeit zu erheben, denn das Volk wird zu ihm Vertrauen haben." ¹⁾

Zu der bis zum Jahre 1965 in Aussicht genommenen Richtervwahl direkt durch das Volk wurde von Benjamin ergänzend zu der oben zitierten Äußerung festgestellt, daß mit dieser Einrichtung der demokratische Zentralismus und die Parteilichkeit der Gerichte als Prinzipien der sozialistischen Demokratie gesichert werden. ²⁾

1) Ulbricht, 1947, zitiert bei Benjamin, NJ 1958/617

2) Benjamin, a.a.O.

Eine klare Stellungnahme gab zu diesem Problem auch Streit: "Der Richter der DDR muß ein verlässlicher politischer Funktionär sein, er muß sich auf der Höhe der Aufgaben befinden und in seiner richterlichen Tätigkeit die Politik der Partei, der nationalen Front und der Regierung durchsetzen helfen. Der in Zukunft gewählte Richter wird vor dem Antritt seiner Funktion ein Gelöbnis ablegen, das ihn zur Treue zum Volk, zum Staat der Arbeiter und Bauern und dessen sozialistischen Einrichtung verpflichtet. Das bedeutet, daß sich die Richter niemals über das Volk erheben oder dessen Interessen zuwider handeln dürfen." ¹⁾

Eine Zwischenstufe zu der für das Jahr 1965 geplanten Wahl der Richter an sämtlichen Gerichten direkt durch die Bevölkerung wurde durch das "Gesetz über die Wahl der Richter der Kreis- und Bezirksgerichte durch die örtlichen Volksvertretungen" und das "Gesetz zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes" vom 1.10.1959 erreicht, die beide in die Neufassung des Gerichtsverfassungsgesetzes eingearbeitet und damit am 1.11.1959 in Kraft gesetzt worden sind. ²⁾

Während an der bis zu diesem Zeitpunkt schon bestehenden Wahl der Richter zum Obersten Gericht durch die zonale Volkskammer keine Änderung vorgenommen wurde, werden die Richter an den Kreis- und Bezirksgerichten, die bisher von dem Justizminister ernannt wurden, nunmehr durch die örtlichen Volksvertretungen - z.B. Kreistag und Bezirkstag - für 3 Jahre gewählt.

Die entscheidende Stellung des Justizministers ist durch diese Neuregelung nicht geschwächt. Er hat das Recht, die Zahl der zu wählenden Richter für die einzelnen Gerichte festzusetzen, die Kandidaten im Einvernehmen mit der "Nationalen Front" vorzuschlagen, wobei die örtliche Volksvertretung in ihrer Auswahl nur auf die Ablehnung eines vorgeschlagenen Kandidaten beschränkt ist, und die Direktoren an den Kreis- und Bezirksgerichten zu ernennen.

1) Streit, NJ 1959/37 (43)

2) GBL. I/756

Auch hinsichtlich der Funktion und der Stellung der Richter ist inhaltlich keine Änderung festzustellen.

Eine Abberufung ist nach wie vor möglich. Sie wird jetzt durch die Volksvertretungen, allerdings wiederum im Einvernehmen mit dem Justizminister, vorgenommen. Ihre bisher schon weiten und unbestimmten Voraussetzungen sind insofern noch ausgedehnt worden, als eine Abberufung auch dann möglich ist, wenn Tatsachen über das Verhalten des Richters vor der Wahl bekannt werden, die unter Würdigung aller Umstände einer weiteren Ausübung seiner Tätigkeit entgegenstehen.

Gemäß § 5 GVG (neu) vom 1.10.1959 besteht eine Rechenschaftspflicht der Richter der Kreis- und Bezirksgerichte gegenüber den örtlichen Volksvertretungen, denen auch schon vorher das Recht der Kritik an den Gerichten - mit der korrespondierenden Verpflichtung der Gerichte, dazu Stellung zu nehmen, - zugestanden hatte. Die Einheit der staatlichen Gewalt und die Abkehr von einer Gewaltenteilung hat damit auch im Gesetz Ausdruck gefunden.

Neben der Abhängigkeit von den politischen Volksvertretungen wird auch die direkte Kontrolle der Gerichte durch das Justizministerium in § 13 GVG (neu) sanktioniert:

Die Kreis- und Bezirksgerichte werden in ihrer Tätigkeit durch das Ministerium der Justiz angeleitet und kontrolliert. Die Anleitung und Kontrolle haben die Erfüllung der Aufgaben der Rechtsprechung und der politischen Arbeit unter den Werktätigen zu gewährleisten. Sie haben sich auch auf die Zusammenarbeit zwischen dem Gericht und den örtlichen Organen der Staatsmacht zu erstrecken und sicherzustellen, daß das Gericht durch seine Tätigkeit mithilft, die sich aus den Beschlüssen der örtlichen Volksvertretungen und ihrer Räte ergebenden Aufgaben zu lösen.

Neben der nunmehr unmittelbar durch das Gesetz (GVG) zum Ausdruck kommenden richterlichen Abhängigkeit und der in den zuvor wiedergegebenen Äußerungen liegenden ständigen Beeinflussung sind zur Verwirklichung einer strengen Bindung des Richterstandes schon von dem Beginn der Entwicklung an weitere Institutionen geschaffen worden.

Hierunter zählten zum Beispiel die sogenannten Instrukteure, die die Richter auf die "Schwerpunkte des Klassenkampfes" aufmerksam machen und deren Hinweise ebenso wie die an alle Gerichte zugestellten Rundverfügungen des Ministers für Justiz als unbedingt zu beachtende Weisungen erklärt werden. So befaßt sich die Rundverfügung 141/5 des Ministers für Justiz des Landes Sachsen vom 10.9.1950, bezugnehmend auf die Rundverfügung des Ministers für Justiz der DDR vom 10.8.1950 - 105/50 - ¹⁾ mit der Frage der Strafzumessung und dem nach Ansicht der Ministerien nicht zu vertretenden Verhalten der Gerichte, die zumeist unter dem Strafantrag des Staatsanwaltes bleiben ... Neben dem Hinweis, daß die Staatsanwälte ohnehin alle auch zu Gunsten der Angeklagten sprechenden Umstände selbst berücksichtigen würden, wird festgestellt, daß der Staatsanwalt "stets den Interessen der Gemeinschaft und des Staates den Vorrang geben soll. Dieser Grundsatz gilt auch für das Gericht Stellt man diesen Gesichtspunkt in den Vordergrund, so ergibt sich schon daraus, daß für die früher von den Gerichten geübte Praxis heute kein Raum mehr ist Es wird allen Gerichten und Staatsanwälten aufgegeben, diese Rundverfügung zum Gegenstand ihrer Arbeitsbesprechungen zu machen und sie in der praktischen Arbeit zu beachten Um dem Ministerium der Justiz einen Überblick darüber zu ermöglichen, in welchem Maße die obige Rundverfügung Beachtung gefunden hat, berichten die Gerichte und Staatsanwaltschaften"

Die Kontrolle und Anleitung der Rechtsprechung wird auch durch das Oberste Gericht der Sowjetzone gewährleistet. Es wurde im Jahre 1949 auf Grund des Gesetzes "über die Errichtung des Obersten Gerichts und der Obersten Staatsanwaltschaft der Deutschen Demokratischen Republik" ²⁾ vom 8.2.1949 errichtet. Das Oberste Gericht wurde in seiner Rechtsprechung in politischen Strafverfahren richtungsweisend und bestimmend für die gesamte zonale Praxis. Es ist u.a. zuständig in erster und letzter Instanz für die Verhandlung und Entscheidung in Strafsachen, in denen der General-Staatsanwalt

1) Quelle: Unrecht Bd. I, Dok. 80/78

2) GBl. S 877

"wegen ihrer überragenden Bedeutung" Anklage vor dem Obersten Gericht erhebt. Die Zuständigkeitsbegründung beruht daher nicht auf bestimmten Tatbeständen. -

Die weitere Bedeutung des Obersten Gerichts liegt in seiner Stellung als Kassationsinstanz. Mit der Einrichtung des Kassationsverfahrens ist aber auch gleichzeitig die besondere Position des Generalstaatsanwaltes in der Sowjetzone begründet, die aus der gesamten Neuregelung der Stellung der Staatsanwaltschaft als ein von anderen Staatsorganen unabhängiges Organ hervorgehoben werden soll.

Danach hat der Generalstaatsanwalt die Möglichkeit, jede rechtskräftige Entscheidung durch Kassationsantrag anzufechten und ihre Aufhebung durchzusetzen.

Entscheidend ist auch hierbei nicht die rein technische Einführung und Gestaltung des Kassationsverfahrens, das auch vereinzelt in westlichen Demokratien zu finden ist, sondern die Formulierung der Voraussetzungen für eine Kassation als bloße Generalklausel zum Zwecke der Beseitigung einer nicht erwünschten Entscheidung. Neben den Voraussetzungen der Gesetzesverletzung und der gröblichen Unrichtigkeit im Strafausspruch, § 301 der neuen StPO vom 2.10.1952 ¹⁾, ist die Kassation auch dann zulässig, wenn die Entscheidung "der Gerechtigkeit gröblich widerspricht", § 12 des Gesetzes über die Errichtung des Obersten Gerichts und der Obersten Staatsanwaltschaft in der DDR. Durch diese Umschreibung ist die Möglichkeit geschaffen, praktisch jedes nicht opportune Urteil zu beseitigen: "Das Kassationsverfahren soll dann zur Anwendung kommen, wenn die rechtskräftige Entscheidung den Interessen des demokratischen Staates und der Gesellschaft derart entgegensteht, daß ihre Aufhebung ein dringendes Erfordernis für die politische und

1) GBl. S 996

wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR ist. Im Vordergrund steht der Schutz unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, die die Beseitigung offensichtlicher Fehlurteile verlangt." 1)

Mit dieser Urteilsbegründung des Obersten Gerichts ist als Ergebnis der Vorrang der politischen Zweckmäßigkeit als tragendes Prinzip des Kassationsverfahrens im alleinigen Interesse der herrschenden Gesellschaft, und nicht in dem der beteiligten und betroffenen Personen, festzustellen. Hier liegt auch die eigentliche Bedeutung der Stellung des Generalstaatsanwaltes, der, bei einer isolierten Betrachtung, nach den einschlägigen Vorschriften der Strafprozeßordnung durchaus keine bevorrechtigte Position einnimmt und auf die Stellung seiner Anträge innerhalb des Prozesses ebenso wie der Angeklagte beschränkt ist.

Können auf diesem Wege politisch unrichtige Entscheidungen beseitigt und die Praxis einer ständigen Kontrolle unterworfen werden, so bietet eine weitere Möglichkeit der Beeinflussung der Rechtsprechung durch das Oberste Gericht der § 58 des GVG vom 2.10.1952, das am 15.10.1952 in Kraft getreten ist. 2)

Diese Vorschrift bestimmt:

Im Interesse der einheitlichen Anwendung und Auslegung der Gesetze durch die Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik kann auf Antrag des Präsidenten des Obersten Gerichts, des Generalstaatsanwalts der Deutschen Demokratischen Republik oder des Ministers der Justiz das Plenum des Obersten Gerichts im Zusammenhang mit einer Entscheidung Richtlinien mit bindender Wirkung für alle Gerichte erlassen.

Der in ihrer Formulierung nicht klaren Bestimmung muß hinzugefügt werden, daß die Worte "im Zusammenhang mit einer Entscheidung" das Oberste Gericht in dem Erlaß von Richtlinien nicht auf die Fälle beschränken, in denen es selbst in einem konkreten Verfahren zu entscheiden hat. Vielmehr kann hierfür jedes beliebige, in sei-

1) Urteil des OG. vom 13.2.1951, NJ 1951/274

2) GBl. 52/983

nem Ergebnis nicht befriedigende Urteil eines anderen Gerichts zum Anlaß genommen werden. ¹⁾

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß neben dem allgemeinen Wandel von Rechtsidee und Rechtsbegriff die Entwicklung der Praxis in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands parallel und diesen neuen Auffassungen angepaßt verlaufen ist: durch die Ausgestaltung der Gesetze, die Einführung neuer Begriffe in das Strafrecht, schließlich durch die zur Sicherung einer parteilichen Rechtsprechung sich ergebende Abhängigkeit, Beeinflussung und Gebundenheit des Richterstandes an Weisungen des Staates und der Partei. In dieser Entwicklung sind die Ursachen für die zonale Praxis zu suchen. Die rein organisatorischen und prozessualen Abweichungen von westlichen Beispielen in der Neugestaltung des zonalen Gerichtswesens auf der Grundlage scheinbar ordnungsgemäßer Verfahrensgesetze, wie das GVG, die StPO oder die dem GVG vorausgehende Verordnung des Ministerrates "über die Neugliederung der Gerichte" vom 2.9.1952 ²⁾ - mit der Beseitigung der Länder in der sowjetischen Besatzungszone traten Kreis- und Bezirksgerichte an die Stelle des bis dahin beibehaltenen Instanzenzuges der Amts-, Land- und Oberlandesgerichte, - treten in ihrer Bedeutung hinter dem eigentlichen materiellen Inhalt und der ihm entsprechenden Handhabung zurück.

Abgesehen von der Erheblichkeit dieses inneren Struktur- und Auffassungswandels ist seine schnelle und fast reibungslose Durchsetzung und die in nahezu allen Entscheidungen zum Ausdruck kommende Bereitschaft zur Verwirklichung der neuen Rechtsanschauungen bemerkenswert.

Eine Ursache hierfür liegt in der Zerschlagung des alten, überkommenen Justizapparates und der schon von Beginn einsetzenden gesonderten Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone auf dem Gebiete der Richterauswahl- und -zulassung.

Für die Wiederaufnahme einer normalen gerichtlichen

1) Anm.: eine Aufstellung der bisher ergangenen Richtlinien findet sich in: Bonner Berichte, S.35 (47)

Tätigkeit in der Sowjetzone waren von Bedeutung die Proklamation Nr. 3 des Alliierten Kontrollrates über die Grundsätze für die Umgestaltung der Rechtspflege vom 20.10.1945 ¹⁾ und das Kontrollratsgesetz Nr. 4 über die Umgestaltung des deutschen Gerichtswesens vom 30.10.1945 ²⁾ in Verbindung mit der Kontrollratsdirektive Nr. 24 vom 12.1.1946 ³⁾ über die Beseitigung von Nationalsozialisten aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen.

Aus diesen Bestimmungen ist als Ergebnis festzuhalten, daß die Reorganisation der deutschen Gerichte in allen damaligen Zonen nach Entfernung nationalsozialistischer Elemente auf der Grundlage des vor dem 30.1.1933 geltenden Rechtszustandes erfolgen sollte. Diese Anweisung bezog sich daher auch auf die durch die nationalsozialistische Gesetzgebung nicht berührten Vorschriften über die Ausbildung und Ernennung von Richtern.

Zu diesem Punkt setzte jedoch bereits im Jahre 1945 in der sowjetischen Besatzungszone eine gesonderte Entwicklung ein. Zwar wurden zunächst auf Grund der Richtlinien des Kontrollrates sowie des für die sowjetische Besatzungszone zutreffenden Befehle Nr. 49 der SMAD vom 4.9.1945 die Gerichte in traditioneller Weise - Amts-, Land- und Oberlandesgerichte mit den dazugehörigen Staatsanwaltschaften - reorganisiert; auf dem entscheidenden Gebiet der Richterausbildung und -zulassung aber ging die sowjetische Besatzungszone unter Nichtbeachtung der Kontrollratsrichtlinien und des hiernach weiter in Geltung gebliebenen § 2 GVG (alt) eigene Wege.

So erließ bereits am 15.11.1945 der Präsident der Provinz Sachsen eine Anordnung über die Interpretation des Kontrollratsgesetzes Nr. 4 ⁴⁾, in der entgegen dem Wortlaut dieses Gesetzes zum Ausdruck gebracht wurde, daß das GVG in seinen Einzelheiten nicht wieder eingeführt sei und damit die geplante und zum Teil bereits in An-

1) Amtsbl. d.AKR Nr. 1/22

2) Amtsbl. AKR Nr. 2/26

3) Amtsbl.AKR Nr. 5/98

4) VOBl.Prov.Sachsen Nr. 7/10

griff genommene Ausbildung und Zulassung von sogenannten Volksrichtern für das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone bestehen bleibe. Die Gesetze und Verordnungen in den übrigen Ländern standen - auf Anweisung des SMAD - in Übereinstimmung mit dieser Verlautbarung und hoben ihrerseits § 2 GVG auf.

In Verfolg dieser Grundsätze wurden in Kurzlehrgängen von zunächst nur sechs bis sieben Monaten Dauer, die später auf ein bis zwei Jahre ausgedehnt wurden, sogenannte Volksrichter aus allen Kreisen der Bevölkerung herangebildet, die nach der Absolvierung dieser Kurse als vollwertige Richter und Staatsanwälte in die Justizverwaltung eingestellt wurden. Die Auswahl der Personen erfolgte nicht nach bildungsmäßigen Gesichtspunkten, vielmehr war die positive Einstellung zu den Zielen des im Entstehen begriffenen Systems entscheidend.

In der Gegenwart erfolgt die Richterbildung wieder ausschließlich an den Universitäten bzw. an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft Walter Ulbricht, wobei jedoch der alte Stamm der Volksrichter durch nachzuholende Examina erhalten bleibt. Von den im jetzigen Zeitpunkt amtierenden Richtern erfüllen nur noch 4 % die Voraussetzungen des § 2 GVG.

Die Bedeutung der Schaffung dieses neuen Richtertypus, die nur einen Teil der insgesamt in Angriff genommenen Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung bildete, liegt darin, daß mit ihr gegenüber den noch im alten, übernommenen Gedankengut wurzelnden Juristen ein wirksames, von allen Traditionen und überlieferten Rechtsbegriffen unberührtes Gegengewicht erstellt wurde, das zugleich den fruchtbaren und aufnahmebereiten Boden für die völlig neue Rechtsentwicklung darstellte: "Die Einrichtung der Volksrichter ist der Weg, um die deutsche Richterschaft möglichst schnell zu demokratisieren, dh. sie aus Menschen aus allen Schichten des Volkes zusammenzusetzen und dadurch die Grundlage für eine demokratische Justiz zu schaffen." ¹⁾

1) Benjamin, NJ 1947/13 (2)

Mit dieser Entwicklung parallel und in gleicher Zielrichtung lief die systematische Ausschaltung und Säuberung des alten Justizapparates. Die schon zitierte Anordnung des Präsidenten der Provinz Sachsen enthielt die weitere, in diesem Zusammenhang erhöhte Bedeutung gewinnende Feststellung, daß in Anwendung des Befehls Nr. 49 der SMAD, der über die Richtlinien der entsprechenden Kontrollratsgesetze weit hinausging, die Säuberung der Justiz von allen Angehörigen der nationalsozialistischen Partei, auch wenn nur eine nominelle Mitgliedschaft vorlag, durchzuführen sei. Die dadurch bedingte weitgehende Ausschaltung des bisherigen Richtertums und die Neuschaffung eines systemtreuen, in den meisten Fällen wegen der Kürze der Lehrgänge nur politisch geschulten Richterstandes, liefen daher Hand in Hand nebeneinander als die zunächst organisatorischen Voraussetzungen für den geplanten inneren Strukturwandel.

So bietet sich bei der Betrachtung der theoretischen und praktischen Entwicklung im zonalen Rechtswesen das Bild einer methodischen und einheitlichen Umwälzung mit der Folge eines dem westlichen Denken fremden und konträren Rechtsempfindens und einer ebensolchen, nach Aufbau und Durchführung angepaßten Praxis. Die sich entwickelnde Rechtsprechung, insbesondere auf dem alle anderen Aufgabenbereiche überschattenden Gebiete des strafrechtlichen Staatsschutzes, spiegelt diesen Umwandlungsvorgang deutlich wider.

III. Die Verurteilungsgrundlagen in politischen Strafsachen.

1. StGB.

Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 blieb in der sowjetischen Besatzungszone das alte Strafgesetzbuch in Geltung, mit Ausnahme der durch die alliierte Gesetzgebung aufgehobenen Bestimmungen und einiger in einzelnen Ländern getroffener Abänderungen. Die zunächst in die Zuständigkeit der Länderparlamente fallende Gesetzgebung auf strafrechtlichem Gebiet hatte im wesentlichen Schutzbestimmungen gegen Schädlingshandlungen aller Art

auf dem wirtschaftlichen Sektor zum Gegenstand, wie z.B. Verordnungen zum Schutze der Ernte u.ä.; sie interessieren in diesem Zusammenhang nicht.

2. Die besatzungsrechtlichen Vorschriften.

Für die bis zur Gründung der sogenannten DDR im Jahre 1949 - zunächst vor den sowjetischen Militärtribunalen, später vor den Zonengerichten - durchgeführten politischen Strafverfahren waren von primärer Bedeutung der Befehl Nr. 160 der SMAD vom 3.12.1945 ¹⁾ und die Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12.10.1946 ²⁾

Beide Vorschriften bildeten in dieser Übergangsepoche für die Rechtsprechung der zonalen Gerichte in politischen Strafsachen praktisch die alleinige Verurteilungsgrundlage. Sie behielten diese Bedeutung auch nach der Gründung der sogenannten DDR und wurden erst in den Jahren 1954 und 1955 als Besatzungsrecht aufgehoben.

Die genannten Vorschriften lauten:

Befehl Nr. 160

Betrifft Verantwortung für Sabotage und Diversionsakte.

Zwecks Unterbindung der verbrecherischen Tätigkeit einzelner Personen, welche auf den Abbruch des wirtschaftlichen Aufbaus der deutschen Selbstverwaltungsorgane gerichtet ist, befehle ich:

1.) Personen, denen auf den Abbruch der wirtschaftlichen Maßnahmen der deutschen Selbstverwaltungsorgane oder der deutschen Verwaltungen gerichtete Diversionsakte nachgewiesen sind, werden einer Gefängnisstrafe bis zu 15 Jahren und in schweren Fällen der Todesstrafe unterworfen.

2.) Derselben Strafe unterliegen Personen, welche sich der Sabotage schuldig gemacht haben, um die Tätigkeit von Unternehmen aufzuhalten, sie zu beschädigen oder zu vernichten.

3.) Der Direktor der deutschen Justizverwaltung Schiffer hat eine Verordnung betreffend die Gerichte, deren Aburteilung die Schuldigen der aufgezählten Verbrechen unterliegen, zu erlassen und der Justizabteilung der SMAD zur Bestätigung vorzulegen.

4.) Die Kontrolle über die Ausführung des vor-

1) Auszugsweise abgedruckt in VOBl.Prov.Sachsen Nr. 8 S. 4

2) Amtsblatt d. Kontrollrates 11/184

liegenden Befehls ist dem Chef der Justizverwaltung der SMA und der deutschen Justizverwaltung übertragen.

Kontrollratsdirektive 38 Abschn. II Art. III A III:

Aktivist ist auch, wer nach dem 8.5.1945 durch Propaganda für den Nationalsozialismus oder Militarismus oder durch Erfindung oder Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes oder den Frieden der Welt gefährdet hat, oder möglicherweise noch gefährdet.

Die KRD 38 enthielt in ihrem Artikel IX sogenannte Sühnemaßnahmen. Ihr Sinn und Zweck bestanden darin, eine einheitliche Verfolgung, Bestrafung und Einstufung nationalsozialistischer Kriegsverbrecher in Deutschland zu gewährleisten. So ging auch die anfängliche Gerichtspraxis in der sowjetischen Besatzungszone davon aus, bei einer sogenannten neofaschistischen Betätigung nach dem Zusammenbruch einen Angeklagten als sogenannten Minderbelasteten nach Art. X der Direktive einzustufen und ihn lediglich einer Bewährungszeit zu unterwerfen; dem gegenüber wies der damalige Justizminister der Zone, Fechner, in seiner Rundverfügung Nr. 40/51 vom 10.3.1951 1) darauf hin, daß die Vorschrift des Art. III A III der Direktive im Zusammenhang mit den in Art. IX vorgesehenen Sühnemaßnahmen als reine Strafvorschrift zu behandeln sei. Daher könne im Falle der Verurteilung nur auf die in Art. IX enthaltenen Sühnemaßnahmen als Strafe erkannt werden.

Durch diese willkürliche Interpretation und durch die sich an dem unbestimmten Tatbestand der Direktive entwickelnde Rechtsprechung wurde die Vorschrift zu einer geeigneten und anpassungsfähigen Verurteilungsgrundlage, die in ihrem Anwendungsbereich nicht auf die Verfolgung von neofaschistischen Tendenzen beschränkt blieb.

Ihr steht an Bedeutung der Befehl 160 nicht nach: obwohl er seinem Inhalt nach nur auf störende Tätigkeiten im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Maßnahmen der damaligen Zonenverwaltung zugeschnitten und aus seiner bis zur Todesstrafe reichenden Strafandrohung zu entnehmen

1) Quelle: Unrecht, Bd. 1 Dok 1/10

war, daß nur schwerste Wirtschaftsverbrechen von ihm erfaßt werden sollten, erlangte er infolge der Auslegung der in ihm enthaltenen Begriffe "Sabotage" und "Diversion" die gleiche Tragweite für rein politische Verfahren. Neben seiner Anwendung auch auf bloße Bagattelfälle von Wirtschaftsverstößen diente er vor allem auch zur Bestrafung von "Verbrechen gegen die Grundlagen der demokratischen Ordnung", wie sie in Angriffen gegen die durchgeführte Bodenreform, die Bildung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und die Schaffung von Volkseigentum als den wesentlichen Maßnahmen des sozialistischen Aufbaus gesehen wurden. Da solche Verstöße gegen die "Grundlagen" schon bei kritischen Äußerungen gegen staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen, in wahlloser Interpretation des Sabotagebegriffes, angenommen wurden, verlagerte sich die Bedeutung der Vorschrift mehr und mehr auf die politische Ebene mit der Zielrichtung, jede nach außen tretende Gegnerschaft zu den politischen und wirtschaftlichen Institutionen zu unterbinden. Die Anwendung des Befehls Nr. 160 blieb daher hinter der des Art. 6 der Verfassung und der KRD 38 nicht wesentlich zurück.

3. Der Art. 6 der Verfassung.

Mit der Gründung der sogenannten DDR am 7.10.1949 ergab sich für den Bereich des strafrechtlichen Staatsschutzes als weitere Verurteilungsgrundlage der schon zitierte Art. 6 d. Verf.; diese Bestimmung bildete in der Folgezeit bis zum Inkrafttreten des StEG am 1.2.1958 die wichtigste Handhabe bei der Verfolgung von politischen Straftaten. Die Ausgestaltung des Tatbestandes gleicht in der Verwendung von auszufüllenden Wertbegriffen wie "Boykotthetze, Kriegshetze, Propaganda" usw. den Vorschriften der KRD 38 und des Befehls 160 mit der Folge, daß alle früher unter diese Bestimmungen fallenden Handlungen neuerdings ohne Schwierigkeiten auch unter Art. 6 subsumiert werden konnten. Das Ergebnis einer kontinuierlichen Rechtsprechung veranlaßte demzufolge die amtlichen Organe zu der Feststellung, daß mit

dem Wegfall der besatzungsrechtlichen Vorschriften eine Gesetzeslücke nicht entstanden sei.

Die Anwendung des Art. 6 als unmittelbar geltendes Strafgesetz erfolgte in Verbindung mit dem StGB, § 1, da der Artikel selbst keine Strafandrohung enthält. Das Oberste Gericht führte hierzu in seinem Urteil vom 4.10.1950 ¹⁾ aus: "Artikel 6 ist ein unmittelbar anzuwendendes Strafgesetz. Er enthält selbst zwar keine Strafandrohung, spricht jedoch aus, daß die in ihm genannten Handlungen Verbrechen im Sinne des StGB sind. Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik bringt im allgemeinen - und im besonderen in ihrem Artikel 144 - zum Ausdruck, daß alle ihre Bestimmungen geltendes Recht sind. Es würde deshalb im Widerspruch zu diesem entscheidenden Grundgesetz in unserer Verfassung stehen, wenn gerade dem Artikel 6 als einem der wichtigsten Schutzgesetze unserer Ordnung unmittelbare Wirkung versagt würde. Die in ihm selbst nicht enthaltenen Strafbestimmungen sind daher dem allgemeinen Strafgesetzbuch zu entnehmen. Dieses droht für Verbrechen als Strafe an Todesstrafe, lebenslängliche und zeitliche Zuchthausstrafe. Alle diese Strafen finden für Verstöße gegen Art. 6 nach der Schwere der Tat Anwendung"

Dieser Entscheidung ist insofern zuzustimmen, als der Charakter einer Norm als Strafgesetz nicht durch ihre Stellung und die Erwähnung in der Verfassung angezweifelt zu werden braucht, daß ferner auch hinsichtlich der gesetzlichen Strafandrohung der Verweis auf das StGB ausreichend ist. Die Verneinung dieses Charakters findet jedoch ihre Begründung in der Ausgestaltung des Tatbestandes, in der Verwendung von völlig unbestimmten und auszufüllenden Begriffen wie Kriegshetze und Boykott-hetze, die wiederum, sowohl nach der Definition des Obersten Gerichts als auch nach dem Wortlaut des Art. 6 Abs. 2, nur einzelne Begehungsformen des Gesamttatbestandes sind, denn "alle sonstigen Handlungen, die sich gegen die Gleichberechtigung richten, sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches." Diese Formulierung setzt

1) OG Str. Bd. I S.33ff.

der Anwendungsmöglichkeit der Norm keine Grenzen. Eine Erkennbarkeit der vom Gesetzgeber mit Strafe bedrohten Handlungen, eine sichere und notwendige Abgrenzung von strafbarem und straffreiem Tun auf Grund einer genauen tatbestandlichen Beschreibung ist ausgeschlossen. Das sind jedoch die Mindestvoraussetzungen, die nach rechtsstaatlichen Vorstellungen an die Ausgestaltung einer strafrechtlichen Bestimmung unter dem Gesichtspunkt "nulla poena sine lege" gestellt werden. ¹⁾ Innerhalb des kommunistischen Rechtssystems allerdings bietet diese Gesetzestechnik, wie schon dargelegt wurde, das typische Bild einer nur als tatbestandlicher Anhaltspunkt gedachten Generalklausel, deren Inhalt unter Ausschluß von rechtsstaatlichen Garantien die richtige, d.h. parteiliche Anwendung gewährleistet:

"Die wütenden Angriffe des Klassegegners gegen diese weitgefaßte Strafnorm entbehren jeder Begründung. Sie werden auch nur erhoben, weil sich Art. 6 der Verfassung als ein gutes Instrument für die Bekämpfung der Machenschaften der Feinde unseres Staates bewährte. Bei uns ist kein Staatsverbrecher unschuldig verurteilt worden, es bestehen keine Zweifel an der Gesetzlichkeit der auf der Grundlage des Art. 6 ausgesprochenen Bestrafungen ... Zwar war es neu in der deutschen Rechtsgeschichte, daß Staatsverbrechen als Boykotthetze oder als Kriegshetze angeklagt und verurteilt wurden, aber es war nach dem revolutionären Umschwung, den unser Teil Deutschlands nach 1945 erfahren hat, notwendig und gerecht ... Wenn die Feinde unserer Republik gegen den Artikel 6 zetern, so beweist das erneut, daß Richter und Staatsanwälte eben durch den Artikel 6 und seine richtige Anwendung einen wirklichen Schutz unseres Staates vor all seinen verschworenen Feinden gewährleisten." ²⁾

Diese Äußerung zeigt, daß die Zulässigkeit der Anwendung des Art. 6 als unmittelbares Strafgesetz nicht unter den Gesichtspunkten einer durch die Ausgestaltung der Strafnorm zu schaffenden rechtsstaatlichen Garantie für

1) Vergl.: Maurach, ROW 1958/177 (28) Baade, ROW 1959/11 (1)

2) Melsheimer, NJ 1958/47 (30)

den Einzelnen, sondern von den Kriterien der Zweckmäßigkeit und der praktischen Auswirkung der als Instrument des Klassenkampfes gedachten Rechtsnorm ausgeht und innerhalb der Strafpolitik eine freie und unbegrenzte Handhabung erstrebt.

Aufgrund dieser Vorschrift der Verfassung wurden in der sowjetischen Besatzungszone alle für ein Verbrechen zutreffenden Strafen, in mehreren Fällen auch die Todesstrafe, verhängt. Ihre Aufhebung erfolgte auch dann nicht, als das neue StEG mit seinen aufgegliederten und besonderen Tatbeständen in Kraft trat.

4. Das Friedensschutzgesetz.

Zu den neu erlassenen materiellen Strafbestimmungen in den ersten Jahren des Bestehens der sogenannten DDR zählt ferner das "Gesetz zum Schutze des Friedens" vom 15.12.1950 ¹⁾. Es enthält keine unmittelbaren Staatsschutzvorschriften, sondern stellt in den §§ 1-5 allgemein kriegshetzerische und friedensgefährdende Handlungen und Äußerungen unter Strafe:

§ 1:

Wer andere Völker oder Rassen schmäht, gegen sie hetzt, zum Boykott gegen sie auffordert, um die friedlichen Beziehungen zwischen den Völkern zu stören und das deutsche Volk in einen neuen Krieg zu verwickeln, wird mit Gefängnis, in schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft.

§ 2:

1.) Wer eine Aggressionshandlung, insbesondere einen Angriffskrieg propagiert oder in sonstiger Weise zum Kriege hetzt, wer Deutsche zur Teilnahme an kriegserischen Handlungen, die der Unterdrückung eines Volkes dienen, anwirbt, verleitet oder aufhetzt, wird mit Gefängnis, in schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft.

2.) Ebenso wird bestraft, wer Deutsche für die französische Fremdenlegion oder ähnliche ausländische Militärformationen und Söldnertruppen anwirbt oder zum Eintritt in solche verleitet.

§ 3:

1.) Wer die Wiederaufrichtung des aggressiven deutschen Militarismus und Imperialismus oder die Ein-

1) GBl. Nr. 141/50 S. 1199

beziehung Deutschlands in einen aggressiven Militärblock propagiert, wird mit Gefängnis, in schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft.

2.) Ebenso wird bestraft, wer gegen völkerrechtliche Vereinbarungen, welche der Wahrung und Festigung des Friedens, der Entwicklung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage dienen, hetzt, zum Bruch solcher Vereinbarungen auffordert, um Deutschland in aggressive Kriegshandlungen einzubeziehen.

§ 4:

Wer die Verwendung von Atomwaffen oder anderen Massenvernichtungsmitteln wie Gift, radioaktive, chemische und bakterieologische Mittel, verherrlicht oder propagiert, wird mit Gefängnis, in schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft.

§ 5:

Wer im Dienste der Kriegshetzung die Bewegung und Festigung des Friedens verächtlich macht oder herabwürdigt oder gegen Teilnehmer am Kampf für den Frieden wegen ihrer Tätigkeit hetzt oder sie verfolgen läßt, wird mit Gefängnis, in schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft.

Neben der dem Artikel 6 gleichenden Ausgestaltung der Tatbestände kommt die politische Zielrichtung gegen die westlichen Mächte und die Bundesrepublik im besonderen deutlich zum Ausdruck. Sie geht auch aus der Präambel des Gesetzes hervor: "Die aggressive Politik der imperialistischen Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die auf ein neues Weltgemetzel hinzielt, droht das deutsche Volk in einen mörderischen Bruderkrieg zu verstricken. Die Remilitarisierung Westdeutschlands, die Bestrebungen zur Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Imperialismus stellen eine große Gefahr für die Existenz und Zukunft der deutschen Nation und für den Frieden und die Sicherheit Europas dar"

Dieser Richtung entspricht auch die Ausdehnung des Zuständigkeitsbereiches, die gleichermaßen gegen die Bürger der Bundesrepublik und West-Berlins mit der Strafdrohung dieses Gesetzes herantritt. So bestimmt § 10 Abs. 3: "Die Zuständigkeit des Obersten Gerichts der Deutschen Demokratischen Republik ist auch dann gegeben, wenn die Tat von deutschen Staatsbürgern nicht im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik begangen worden ist, auch wenn

der Täter im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat."

Für die Praxis in politischen Strafverfahren hat das Friedensschutzgesetz bisher keine Bedeutung erlangt. Das Gesetz stimmt nach Wesen und Grundzügen mit den entsprechenden Gesetzen in der Sowjetunion mit den übrigen Volkdemokratien überein und ist insofern ein Ausdruck der "einheitlichen sozialistischen Gesetzlichkeit, des sozialistischen Internationalismus."

5. Das Strafrechtsergänzungsgesetz.

Wurden bereits die KRD 38, der Befehl Nr. 160 und der Artikel 6 der Verfassung als wirksame und zweckgebundene Instrumente in der Strafpolitik des Staates angesehen und gehandhabt, um die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des zonalen Regimes einem rigorosen Schutz zu unterstellen, so galten diese Zielsetzung und Bestimmung auch für das StEG, das am 1.2.1958 in Kraft getreten ist¹⁾ und den vorläufigen Abschluß sowohl auf dem Gebiete der strafrechtlichen Gesetzgebung, als auch in einer Entwicklung auf rechtstheoretischen Gebiet durch die Aufnahme des materiellen Verbrechensbegriffes bildet.

Zu seinem Erscheinen schreibt Melsheimer: "Man kann sagen, das Gesetz bringt neues, sozialistisches Strafrecht ... das einerseits dem Gedanken des verstärkten und qualifizierten Schutzes unseres Staates der Arbeiter und Bauern Rechnung trägt und das andererseits berücksichtigt, daß sich in den Beziehungen unserer Menschen zueinander, die sich in Folge des erfolgreichen sozialistischen Aufbaues in der DDR verändert haben und nicht mehr die Beziehungen von Menschen unter den kapitalistischen Ausbeuter-Verhältnissen sind, ein neues sozialistisches Verhältnis entwickelt hat Das StEG ist eine wertvolle und scharfe Waffe, um den Machenschaften der NATO und ihrer Geheimagenturen auf deutschem Boden mit noch mehr Erfolg entgegenzutreten. Das Gesetz wird einen entscheidenden

1) GBl. DDR I/643

Beitrag dazu leisten, unsere Bürger zu einem noch höheren sozialistischen Bewußtsein, zu noch größerer Wachsamkeit und Kampfbereitschaft gegen die Kriegstreiber zu führen. 1)

Im gleichen Sinne äußerte sich Benjamin bei der Begründung des Gesetzes vor der Volkskammer am 11.12.1957: "Es ist ein Ausdruck des inneren Zusammenhanges, der zwischen der Verteidigung des Staates, der aktiven Abwehr^{v.a.} der Unschädlichmachung aller derjenigen, die die DDR in ihrem Bestand, in ihrer Entwicklung angreifen, zwischen dem Kampf gegen rückständige Denkweise und Gewohnheiten und dem Kampf für die Entwicklung neuer menschlicher Beziehungen besteht." 2)

Schon aus diesen offiziellen Stellungnahmen geht der gleichbleibende politische Zweck des Gesetzes hervor. Entsprechend seiner Bestimmung erscheint es folgerichtig, daß die neuen Staatsschutznormen des StEG in ihrer Ausgestaltung zwar in Abweichung zu der Vorschrift des Art. 6 in verschiedene besondere Tatbestände aufgegliedert sind, jedoch am Prinzip der normativen, ausfüllungsbedürftigen Begriffe festhalten und von einer scharfen und klaren tatbestandlichen Abgrenzung absehen. Damit und nicht zuletzt durch die Aufrechterhaltung der Geltung des Art. 6 wird der Strafpolitik auch für die Zukunft der notwendige Spielraum offenstehen. So zeigt bereits die neue Gesetzgebung, ganz abgesehen von der sich daran entwickelnden kontinuierlichen Praxis, daß eine Hinwendung zu rechtsstaatlichen Grundsätzen, ein ernsthaftes Bemühen um eine auf klaren Tatbeständen beruhende Unterscheidung von straffreiem und strafbarem Tun mit dem Erlass der neuen Strafrechtssätze nicht verbunden war. Die Annahme von Liberalisierungstendenzen in der zonalen Strafjustiz, die sich an die Neugestaltung des politischen Strafrechts knüpfen mochte, wurde auch offiziell eindeutig zurückgewiesen: "Nach all dem wird offenkundig, daß der Erlass des Strafrechtsergänzungsgesetzes nicht etwa eine Wende in der Strafpolitik unseres Staates mit sich bringt,

1) NJ 1958/41 ff. (30)

2) NJ 1957/785

und zwar weder im Sinne einer Liberalisierung noch im Sinne einer Verschärfung und Ausweitung des Strafrechts ...¹

Die aus den Vorschriften des Art. 6 und der KRD 38 bekannten allgemeinen und unbestimmten Wertbegriffe finden sich auch in den neuen Staatsschutzbestimmungen des StEG, die in vierzehn Paragraphen unter dem Titel: "Verbrechen gegen den Staat und die Tätigkeit seiner Organe" zusammengefaßt sind, §§ 13-27 StEG.

So enthält § 19 Abs. 1 Nr. 1 die Bezeichnung "Propagierung von Faschismus und Militarismus", die Paragraphen 19, Abs. 1 Nr. 2 und 20 sprechen von "Hetze" und "Verleumdung", § 23 stellt "Schädlingstätigkeit" und "Sabotage" unter Strafe; schon die ersten Ergebnisse in der Rechtsprechung zum StEG, insbesondere zu den § 19 und 20 als den Nachfolgetatbeständen der "Boykotthetze" des Art. 6, zeigen eine Uneinheitlichkeit und Ausweitung bei der Interpretation dieser Tatbestände, die der Anwendung des Art. 6 gleichkommt.

Auch die Ausgestaltung nahezu aller Tatbestände als Unternehmensdelikte, die Gleichsetzung der staatlichen mit der Gesellschaftsordnung, ihres gewaltsamen Umsturzes mit einem bloßen Untergraben - § 13 -, der strenge Schutz der örtlichen Organe und ihrer einzelnen Mitglieder in den § 18 und 20, die Strafbarkeitserklärung des Verleitens zum Verlassen der SBZ, § 21, stellen keine Neuerungen dar, sondern bilden eine konsequente Anknüpfung an die vor dem Inkrafttreten des StEG entwickelte Rechtsprechung. Das Gleiche gilt für die Ausweitung allgemeiner dogmatischer Begriffe wie Unternehmen, Vollendung und Versuch. Die tatsächlichen Anwendungsbereiche und -möglichkeiten der neuen Staatsschutzbestimmungen lassen sich jedoch nur durch eine genaue Analyse der Praxis kennzeichnen, wie auch eine annähernde Profilierung der übrigen schon erwähnten Vorschriften nur das Studium zentraler Urteile ermöglicht.

1) Renneberg in "Was jeder vom StEG wissen muß", S. 12(35) ebenso Stiller, S. 58 (42)

Gemäß § 24 StEG kann in sogenannten schweren Fällen der §§ 13,14,22 u. 23 auf lebenslanges Zuchthaus oder auf die Todesstrafe erkannt werden. In der nicht ausschließlichen Aufzählung der schweren Fälle ist allein von Bedeutung § 24 Abs.2 e, wonach das Vorliegen eines schweren Falles schon dann bejaht werden muß, wenn das Verbrechen "in einer Zeit erhöhter Gefährdung der DDR begangen wird". Diese Formulierung ermöglicht es den Gerichten praktisch in allen Fällen, in denen diese politisch geboten erscheint, auf die Todesstrafe zu erkennen, eine Folge, die unter den Gesichtspunkten der zonalen Rechtsauffassung nur konsequent erscheinen kann.

Die Fassung der strafrechtlichen Staatsschutzbestimmungen, insbesondere des Art. 6, hatte in der Praxis zum Ergebnis, daß nicht nur gegnerische Handlungen in Bezug auf das kommunistische Zonenregime verfolgt wurden, sondern auch solche, die sich gegen andere Ostblockstaaten und die Sowjetunion im besonderen richteten. Äußerungen oder Handlungen, die als Kriegs- oder Boykotthetze erklärt wurden, erfuhren wegen ihrer Zielrichtung, sofern sie nur den gesamten kommunistischen Machtbereich betrafen, keine Unterscheidung. Die auf dem politischen Gebiet propagierte internationale Solidarität des kommunistischen Lagers wurde somit auch in der zonalen Rechtsprechung klar zum Ausdruck gebracht.

Die neben den ausgesprochenen Staatsschutzbestimmungen parallel erlassenen Strafgesetze auf dem wirtschaftlichen Sektor bilden wegen ihres Umfanges und ihrer Bedeutung in der Praxis - ebenfalls zur Erreichung politischer Ziele - ein besonderes Thema, das in die vorliegende Darstellung nicht einbezogen werden kann.

Der Rechtszustand bis zum 1.2.1958 an Hand der zonalen Praxis.

Wie schon aus dem Wortlaut der bis zum Inkrafttreten des StEG geltenden zonalen und besatzungsrechtlichen Strafrechtlichen Staatsschutzbestimmungen zu folgern ist, kann

eine exakte, den Tatbestand und seinen Anwendungsbereich analysierende und abgrenzende Beschreibung auf Grund der allgemeinen und nur als Richtlinien gedachten Normen nicht gegeben werden. Bei diesen gesetzlichen Bestimmungen war auch nicht zu erwarten, daß durch die einsetzende Rechtsprechung eine Profilierung erfolgen und möglich sein würde. Das Studium der Gerichtsurteile zeigt demzufolge auch das Bild einer wahllosen, von der Bemühung um eine Festlegung der tatbestandlichen Merkmale absehenden Anwendung der Strafnormen.

I. Der Begriff des Staatsverbrechens und seine Abgrenzung.

Im Mittelpunkt der in der strafrechtlichen Theorie und Praxis einsetzenden Entwicklung, die den Schutz des sowjetzonalen Regimes sowohl vor als auch nach der Gründung der „DDR“ zum Gegenstand hatte, stand der Begriff des Staatsverbrechens, eines Deliktes, das allein seinem Inhalt und seiner Schwere nach die Anwendung der hierfür gesondert neben den Bestimmungen des alten Strafgesetzbuches geschaffenen Vorschriften mit ihren weiten Strafraumen nach sich ziehen sollte. Da bis zum Jahre 1958, dem Inkrafttreten des StEG mit seinen aufgegliederten Tatbeständen, die sich mit den einzelnen, wenigsten annähernd beschriebenen Möglichkeiten staatsfeindlicher und staatsgefährdender Handlungen befaßten, an zonalen Gesetzen nur der Art. 6 der Verfassung mit seinem bis zur Todesstrafe reichenden Strafraumen ergab, mußte zwangsläufig eine Abgrenzung zwischen Straftaten erfolgen, die ihrer Erheblichkeit nach als Staatsverbrechen erklärt und der Aburteilung nach der Sondervorschrift des Art. 6 unterworfen werden konnten, und solchen, denen sowohl ihrer Schwere als auch ihrer Richtung nach nicht der Charakter eines Verbrechens gegen den Staat zuzusprechen war. Hinzu kam, daß die bestehenden besatzungsrechtlichen Vorschriften - der Befehl 160 der SMAD und die Kontrollratsdirektive Nr. 38 - ihrem Wortlaut und ihrer Entstehung zufolge nur Spezialgebiete betrafen, von denen Störungstätigkeiten gegen entscheidende wirtschaftliche Maßnahmen der

Zonenverwaltung - schwere Wirtschaftsverbrechen - durch den Befehl 160, und jede Art einer neofaschistischen Tätigkeit durch die KRD 38 erfaßt wurden.

Diese Notwendigkeit einer Differenzierung führte zu einer Definition des Begriffes "Staatsverbrechen", die theoretisch eine annähernde Abgrenzungsmöglichkeit zu sonstigen, den allgemeinen strafrechtlichen und speziellen wirtschaftsstrafrechtlichen Vorschriften unterliegenden, Handlungen bot.

1. Die Staatsverbrechen.

Danach wurden in der Gruppe der Staatsverbrechen "solche gesellschaftsgefährlichen Handlungen zusammengefaßt, die darauf gerichtet sind, die DDR, ihre ökonomischen und politischen Grundlagen zu untergraben oder zu liquidieren oder die äußere Sicherheit der DDR zu schwächen oder zu untergraben." ¹⁾

Aus dieser Formulierung war ersichtlich, daß als Staatsverbrechen nicht nur die gegen die verfassungsmäßige Ordnung, die Verfassungsgrundsätze, gerichteten Tätigkeiten angesehen werden sollten, vielmehr der besondere strafrechtliche Schutz auch den wirtschaftlichen und vor allem politischen Einrichtungen und Zielsetzungen zugestanden wurde, - eine Entwicklung, die bei der erkannten staatstragenden und staatsgestaltenden Rolle der kommunistischen Partei nur folgerichtig erschien. Auf der anderen Seite gab diese Beschreibung den Hinweis, daß nur solche Handlungen den Begriff des Staatsverbrechens erfüllen, die entscheidende, die Grundlagen und Prinzipien der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung beeinträchtigende und auf Beseitigung - Untergrabung - eines hierauf gegründeten Zustandes zielende Tätigkeit²⁾ waren: "Verbrechen gegen die DDR sind solche verbrecherischen Handlungen, die sich unmittelbar gegen den Bestand der Arbeiter- und Bauernmacht oder gegen einzelne der ihr zugrundeliegenden wesentlichen Verhältnisse richten. Sie zielen auf die Beseitigung der ökonomischen Grundlagen

1) Kühlig, Lehrbuch S. 319 ff. (50)

oder des Systems der politischen Herrschaft, insbesondere des sozialistischen Staates ab, bzw. auf die Zersetzung der ideologischen Grundlagen." ¹⁾

Entsprechend dieser Definition erfolgte theoretisch auch eine Abgrenzung zu den anderen, den Bestand des Staates und seine wirtschaftlichen und politischen Fundamente nicht unmittelbar beeinträchtigenden Handlungen.

Zu diesen zählten:

2. Die Verbrechen gegen das sozialistische Eigentum:

"Zum Unterschied zu den gegen die ökonomischen Grundlagen der Arbeiter- und Bauernmacht gerichteten Staatsverbrechen zielen diese Verbrechen nicht darauf ab, die ökonomischen Grundlagen in ihrem Bestand anzutasten, sondern sie sind darauf gerichtet, das sozialistische Eigentum zu Gunsten gesellschaftlich nicht anerkannter individueller Interessen zu schmälern." ²⁾

Die für diesen Bereich zutreffenden materiellen Strafvorschriften waren in dem "Gesetz zum Schutz des Volkseigentums" enthalten.

3. Die Verbrechen gegen die sozialistische Volkswirtschaft.

Als Weiteres, von den Staatsverbrechen abzugrenzendes Gebiet wurden die Verbrechen gegen die sozialistische Volkswirtschaft gerechnet: "Im Unterschied zu den Staatsverbrechen suchen die Wirtschaftsverbrechen nicht die sozialistische Planwirtschaft zu beseitigen und den Aufbau des Sozialismus zu untergraben; jedoch stören sie die auf die Verwirklichung der Volkswirtschaftspläne oder die auf die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung gerichtete Tätigkeit der Wirtschaftsorgane der demokratischen Volksmacht." ³⁾

Die Erfassung dieser Straftaten sollte durch die Wirtschaftsstrafverordnung vom 23.9.1948 (Änderungsverordnung vom 29.10.1953) erfolgen.

4. Verbrechen gegen die Tätigkeit der staatlichen Organe.
Schließlich wurden die Verbrechen gegen die Tätigkeit staatlicher Organe besonders herausgestellt:

1) Stiller, S. 53 (42)

2) ^{Kritik} Lehrbuch S. 319 ff

3) Lehrbuch, a.a.O.

"Verbrechen dieser Art sind im Unterschied zu den Staatsverbrechen nicht darauf gerichtet, die Arbeiter- und Bauernmacht zu untergraben oder zu liquidieren, sondern sie stören und hemmen die ordnungsgemäße Tätigkeit der staatlichen Organe und beeinträchtigen dadurch die Autorität und die Kraft der Volksmacht." 1)

Mit diesen Abgrenzungsversuchen, die notwendig waren, weil nur zwei allgemeine, keine einzelnen Handlungen beschreibende Vorschriften generell "Staatsverbrechen" unter Strafe stellten, war somit hinreichend betont, daß - in der Zeit der ausschließlichen Geltung des Art. 6 der Verfassung und des Befehls 160 der SMAD - eine Verurteilung als Staatsverbrechen nach diesen Bestimmungen nur bei solchen verbrecherischen Handlungen erfolgen sollte, die einen unmittelbaren Angriff auf den Bestand des Staates, seine politischen und ökonomischen Grundlagen beinhalteten und auf ihre Beseitigung zielten.

Diese vor allem für die Behandlung von Delikten auf dem wirtschaftlichen Gebiet bedeutenden Unterscheidungen fanden zum Teil auch in der Rechtsprechung des Obersten Gerichts eine Stütze. So führte das Plenum dieses Gerichts in seiner Entscheidung vom 28.11.1953 aus: "Zwischen den gesetzlichen Tatbeständen der Wirtschaftsstraßverordnung bzw. anderen Wirtschaftsstraßbestimmungen und dem Tatbestand der Sabotage muß eine klare Unterscheidung vorgenommen werden. Die Verschiedenartigkeit des Charakters des Befehls 160 der SMAD und der Wirtschaftsstraßbestimmungen ergibt sich eindeutig aus der Verschiedenheit der durch sie geschützten Objekte. Durch die Tatbestände der Wirtschaftsstraßverordnung und der übrigen Wirtschaftsstraßbestimmungen werden einzelne Teile der Wirtschaft der DDR, so z.B. ... die Versorgung der Bevölkerung ... geschützt. Dem gegenüber schützt der Befehl 160 der SMAD, wie sich aus seinem Wortlaut eindeutig ergibt, den wirtschaftlichen Aufbau und die Wirtschaftsentwicklung in unserem Staat. Daraus folgt, daß ein Verbrechen gegen den Befehl 160 nur dann vorliegt, wenn sich das Verbrechen gegen die Grundlage des wirtschaftlichen Aufbaus in der DDR richtet." 2)

1) Lehrbuch a.a.O.

Ebenso äußerten sich Benjamin ¹⁾ und Kleine, deren Ausführungen zu der Anwendung des Art. 6 und des Befehls 160 bei der Aburteilung von Staatsverbrechen besonders eindeutig sind: "Auch die Verbrechen nach Befehl 160 richten sich gegen den Bestand unserer Ordnung im ganzen, sind also Staatsverbrechen. Sie unterscheiden sich in ihrem Wesen nicht von verbrecherischen Angriffen, die nach Art. 6 zu bestrafen sind Schon frühzeitig erkannte das Oberste Gericht daß Staatsverbrechen nur dann vorliegen, wenn die Angriffe von einer solchen Schwere, der drohende oder eingetretene Schaden von einer solchen Tragweite sind, daß sie sich auf die Grundlagen unserer Ordnung auswirken." ²⁾

Der in der Literatur und in der Rechtsprechung vorgeschriebene Weg für die Gerichte bestand somit darin, die Anwendung des Art. 6 und des Befehls 160 bei Wirtschaftsverbrechen, auf solche Fälle zu beschränken, in denen ein unmittelbarer Angriff gegen die staatliche, politische oder wirtschaftliche Ordnung gesehen werden konnte, und im übrigen die speziellen Vorschriften des Wirtschaftsstrafrechts und, in Ermangelung von strafrechtlichen Staatsschutzbestimmungen im weiteren Sinne, wie sie später das StEG z.B. zum Schutz der staatlichen Organe und ihrer Mitglieder einführte, die allgemeinen Bestimmungen des noch in Geltung befindlichen Strafgesetzbuches heranzuziehen.

Die Entwicklung der Praxis zeigte jedoch, und zwar sowohl in ihren Anfängen, als auch nach Bekanntwerden dieser Grundsätze, ein anderes Bild, das mit den rechtstheoretisch gewonnenen Erkenntnissen nicht in Einklang gebracht werden kann und eine allgemeine Ausweitung gegenüber den in mühsamer Abgrenzung gefundenen Begriffen darstellte.

II. Der Befehl 160 der SMAD.

Das galt in erster Linie für den Anwendungsbereich des Befehls 160 der SMAD. Die sich zu dieser Vorschrift entwickelnde Rechtsprechung fand sogar in der sowjetzonalen Literatur eine heftige Kritik, die in der Feststellung gipfelte, "daß der eigentliche Sinn und Zweck dieses

(1) Benjamin, NJ 1954/71 f. (21).
2) " NJ 1954/33 f. (8)

Befehls nicht sofort erkannt wurde." 1)

Die Bestätigung dieser Ansicht findet sich in zahlreichen Urteilen.

1. Die Rechtsprechung des Obersten Gerichts zur Auslegung des Befehls 160 der SMAD.

Um für die in ihrer Fassung nicht bestimmte Vorschrift des Befehls 160 eine einheitliche Auslegung durch die Gerichte zu gewährleisten, stellte das Oberste Gericht in seinem Urteil vom 29.4.1950 folgende Leitsätze auf:

"Zur Erfüllung des objektiven Tatbestandes des Befehls 160 genügt eine Tätigkeit, die eine Durchkreuzung der Maßnahmen staatlicher Organe bezweckt, d.h. die an sich geeignet ist, einen solchen Erfolg herbeizuführen. In subjektiver Hinsicht ist keine über den Vorsatz hinaus gehende Absicht des Täters zu fordern Der erstrebte Erfolg der Tat braucht nicht eingetreten zu sein, da das Verbrechen der Sabotage nicht nur bei seiner Vollendung, sondern als Unternehmen bestraft wird. Jede Handlung, die an sich geeignet ist, eine Durchkreuzung der Maßnahmen staatlicher Organe herbeizuführen, ist Sabotage. Es gibt daher keine Unterscheidung zwischen Tätervorsatz und Gehilfenvorsatz." 2)

Formulierungen dieser Art machen eine tatbestandliche Beschreibung an sich überflüssig. Das Oberste Gericht war offensichtlich nicht geneigt, der Anwendbarkeit der Vorschrift irgendwelche Grenzen zu setzen. Es begründete diese allgemein und unbestimmt gehaltene Interpretation auch im gleichen Urteil: "Eine solche Auslegung entspricht auch dem Zweck des Befehls 160. Er wurde erlassen, um die Tätigkeit von Personen, die die Störung des wirtschaftlichen Aufbaus zum Zweck hat, zu unterbinden; dieses Ziel erfordert einen solchen eindeutigen, einfachen und umfassenden Tatbestand." 3)

Im einzelnen ist aus den Leitsätzen des Obersten Gerichts festzuhalten:

Der unbestimmte Begriff der Sabotagehandlung hat durch

1) Ziegler, NJ 1955/585 (44); 2) OGStr. Bd. 1/79 f.

3) siehe 2)

die ihm gegebene Umschreibung - Durchkreuzen von staatlichen Maßnahmen - keine Klarheit und Konkretisierung erfahren, er ist vielmehr durch einen weiteren ausfüllungsbedürftigen Begriff ersetzt worden. Diese völlig allgemeine Formulierung für den gesamten Tatbestand des Befehls 160 ließ auch eine Unterscheidung zwischen den im Abs. 1 bezeichneten Diversionsakten und den im Abs. 2 genannten Sabotagehandlungen vermissen und stand damit auch im Widerspruch zu einer späteren Entscheidung des gleichen Gerichts vom 25.2.1952. ¹⁾ Dort wurde die Sabotage als eine auf die kontinuierliche Unterbrechung oder Hemmung, also auf planmäßige Störung eines bestimmten Geschehensablaufes gerichtete Handlung beschrieben, während der Diversionsakt zutreffend als eine einmalige, auf unmittelbare Zerstörung oder Beschädigung des angegriffenen Gegenstandes zielende Tätigkeit gekennzeichnet wurde. Maßgebend für die Praxis ist jedoch das erstgenannte Grundsatzurteil des Obersten Gerichts geblieben, das ohne mögliche Abgrenzungsversuche die Generalklausel - Durchkreuzen staatlicher Maßnahmen als Erfüllung des objektiven Tatbestandes des Befehls 160 - bestimmte.

Das Oberste Gericht stellte ferner in dieser Entscheidung bei der Frage der Anwendbarkeit des Befehls 160 nicht darauf ab, daß die Handlung einen unmittelbaren Angriff gegen die Grundlagen der wirtschaftlichen Ordnung, eine Durchkreuzung von für die wirtschaftliche Gesamtentwicklung entscheidenden Maßnahmen der Zonenregierung beinhalten mußte, vielmehr waren auch alle unbedeutenden Akte, die mit irgendwelchen Anordnungen von Zonenorganen nicht in Einklang standen, gleichermaßen als Staatsverbrechen nach dem Befehl 160 strafbar; letztlich war das Oberste Gericht nicht gewillt, in Bindung an überkommene und feste strafrechtliche Begriffe eine Differenzierung von Täter- und bloßen Teilnahmehandlungen - bei Berücksichtigung der entsprechenden Willensrichtungen auf der subjektiven Seite - zu beachten und zuzulassen; schließlich wurde die Vorschrift ohne gesetzliche Stütze zum Unternehmenstatbestand erklärt und, wie die Interpretation des Gerichts

1) OGStr. Bd. 2/37 f.

zeigt, auch hier eine Ausweitung allgemeiner dogmatischer Begriffe vorgenommen, die auch heute noch Gültigkeit besitzen.

• Der Begriff des Unternehmens.

Eine genaue Unterscheidung zwischen dem z.B. im westdeutschen Strafgesetzbuch geltenden engeren Unternehmensbegriff, § 87, der nur die Vollendung und den Versuch betrifft, und der strafrechtlichen Erfassung von Vorbereitungshandlungen - im westdeutschen StGB nur für bestimmte hochverräterische Unternehmen, § 81, - ist nach der Definition des Gerichts gegenstandslos. Vielmehr wird mit dem Begriff des Unternehmens jedes Verhalten des Täters erfaßt, "das an sich geeignet ist, einen solchen Erfolg herbeizuführen", oder, wie Melsheimer es allgemein formuliert hat, "das auf die Verwirklichung der objektiven Seite des Verbrechens gerichtet ist, also auch jede Art von Vorbereitungshandlungen und der Versuch." ¹⁾

Ebenso lautet die Definition von Kühlig, ²⁾ abweichend die im Lehrbuch des Allgemeinen Teils vertretene Auffassung, wonach das objektive Verhalten als vollendetes Verbrechen zu behandeln ist, welches Voraussetzungen bzw. günstige Bedingungen für die Verwirklichung des im Tatbestand gekennzeichneten verbrecherischen Endzwecks schafft; da das früheste Stadium der Verwirklichung als vollendetes Verbrechen gelte, seien Vorbereitung und Versuch als einer besonderen rechtlichen Regelung unterliegenden Entwicklungsstadien unmöglich. ³⁾ Danach war das jeweilige Stadium der Verbrechens-verwirklichung nur noch für die Gesellschaftsgefährlichkeit und damit für die Strafzumessung von Bedeutung. Die Möglichkeit eines strafbefreienden Rücktritts nach § 46 StGB war ausgeschlossen, eine Strafbefreiung konnte in diesen Fällen - später - nur noch unter den Voraussetzungen des § 9 Nr. 2 StEG erfolgen. ⁴⁾

• Die Anwendung des Befehls 160 durch das Oberste Gericht und die Untergerichte.

Die Entscheidungen der Zonengerichte stellten einen Ausfluß dieser Interpretationen dar.

1) NJ 1958/47 f. (30);

2) Nj 1956/430 f. (22);

3) a.a.O. S. 418;

4) Vergl. hierzu Stiller, S.60 (42)

In einem durch Urteil des Obersten Gerichts vom 11.10.1951 abgeschlossenen Verfahren war dem damaligen Angeklagten, der als Berater in einem VEB tätig war, Verbindung zu den ehemaligen Zweigwerken dieses verstaatlichten Betriebes in Westdeutschland und die Übermittlung von Betriebsprüfungsberichten vorgeworfen worden. Das Landgericht verurteilte ihn in erster Instanz mit der Begründung, daß nur die Übersendung der Berichtsabschriften die tatbestandsmäßigen Voraussetzungen des Befehls erfülle. Die zweite Instanz schloß sich dieser Ansicht an. Auf Kassationsantrag hob das Oberste Gericht auf und stellte fest: "Das Landgericht würdigt zu Unrecht nur die Übersendung der Abschriften, nicht aber die lange Verbindung des Angeklagten mit westlichen Konzernvertretern Die monopolistischen Elemente ziehen zu ihren Besprechungen nicht Personen hinzu, die die Interessen der demokratischen Wirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik vertreten, sondern Personen, die als Feinde der antifaschistischen-demokratischen Ordnung auftreten und bereit sind, den Aufbau unserer Wirtschaft zu sabotieren Aus seiner feindlichen Gesinnung heraus hat der Angeklagte sich mit den monopolistischen Kräften verbunden, um Ihnen bei der Wiedererringung ihrer verlorenen Einflußsphären behilflich zu sein, und damit ein Verbrechen begangen, das sich gegen den Bestand unserer Wirtschaftsordnung richtet." ¹⁾

Abgesehen von der politischen Beweisführung hinsichtlich der antidemokratischen Gesinnung des Angeklagten, die aus dem wiederum gerichtsbekannten Methoden westdeutscher Wirtschaftler gefolgert wurde, erschien dem Obersten Gericht schon die sich in einer Verbindung mit westlichen Firmen äußernde Einstellung des Angeklagten als ausreichend, um eine "auf die Verwirklichung der objektiven Seite des Verbrechens gerichtete Tätigkeit" zu erkennen, die als nur mögliche Bereitschaft zur Unterstützung der westlichen Gesprächspartner als Vorbereitungshandlung generell geeignet war, Maßnahmen der Zonenverwaltung zu durchkreuzen und den Bestand des zonalen Wirtschaftssystems insgesamt zu gefährden. Es ist

offensichtlich, daß die strafrechtliche Relevanz einer Handlung bei dieser Beurteilung nicht in Bezug auf tatbestandliche Elemente geprüft wurde, sondern nach dem Ermessen des Gerichts alle die Tätigkeiten und Meinungskundgaben als Vorbereitungshandlungen gewertet wurden, die eine konträre Stellung zur wirtschaftlichen Entwicklung in der SBZ beinhalteten, ohne daß es auch auf eine erkennbare Willensrichtung zur Verwirklichung des Sabotageetatbestandes angekommen wäre.

Das OLG Potsdam hatte als Revisionsinstanz über folgenden, von ihm gestellten Sachverhalt zu entscheiden:

Der Angeklagte bewirtschaftete in den Jahren 1947 bis 1951 seinen Bauernhof von 12,97 ha. Ohne Kenntnis des Kreisrates versah er noch die Arbeiten in zwei weiteren Wirtschaften, nämlich in der 9,10 ha. großen Neubauernstelle einer 78-jährigen Witwe, die ihre Arbeiten nicht mehr selbst erledigen konnte und vom Angeklagten ein Ausge-
dinge erhielt, und in der eines 74-jährigen Landwirtes, der seinen Betrieb jedoch selbständig leitete und auch die Soll-Ablieferungen vornahm.

Das OLG Potsdam hielt die von der ersten Instanz ausgesprochene Verurteilung nach dem Befehl 160 für zutreffend mit der Begründung, daß die zusätzliche Bewirtschaftung von anderen Bauernstellen durch den Angeklagten eine Durchkreuzung der Bodenreform darstelle. Er habe anderen Siedlern diese Höfe vorenthalten und zugleich wirtschaftliche Macht in seiner Hand zusammengeballt. Damit sei erwiesen, daß durch das Verhalten des Angeklagten "objektiv wirtschaftliche Maßnahmen der deutschen Verwaltung, nämlich die Erreichung des mit der Bodenreform bezweckten Zieles, durchkreuzt wurden." ¹⁾ Da die Bodenreform als "wesentliche ökonomische Grundlage" des Staates angesehen wurde, stellte sich somit das Verhalten des Angeklagten als Staatsverbrechen dar.

Das gleiche Gericht bejahte die Anwendbarkeit des Befehls 160 auch auf folgenden Sachverhalt: der Angeklagte war

1) Urteil vom 24.7.1951 in NJ 1951/525

als Ingenieur in den Jahren 1948 und 1949 mit dem Bau von Neusiedlerhäusern beschäftigt. Er wurde aufgefordert, zur Kontrolle der Arbeiter Poliere einzustellen, was er jedoch unterließ. Die Herstellung der Häuser war mangelhaft, einige von ihnen stürzten ein.

Das OLG stellte ohne eine notwendige Prüfung des Kausalzusammenhanges fest, daß ohne Rücksicht auf die Motive des Angeklagten für die Nichtbeschäftigung von Polieren "in jedem Falle eine schuldhafte Störung der Baumaßnahmen zu erblicken ist, die bei dem Ausmaß des von der Strafkammer festgestellten ungeheuren Schadens die Anwendung des Befehls 160 rechtfertigt." ¹⁾

Es ist kein Zweifel, daß beide Urteile, ganz abgesehen von den zum Teil mangelhaften, zum Teil völlig fehlenden Schuldfeststellungen, in objektiver Hinsicht die gleiche Ausuferung des in dem Befehl 160 enthaltenen Sabotagebegriffes wie die Rechtsprechung des Obersten Gerichts zeigten und gleichermaßen eine unbegründete Ausweitung der für die Charakterisierung als Staatverbrechen geforderten Voraussetzungen und damit des Anwendungsgebietes des Befehls 160 darstellten. Das Vorliegen eines hierfür notwendigen, nach Schwere und Auswirkung zutreffenden Angriffs auf die wirtschaftlichen Grundlagen des Staates war in beiden Fällen zu verneinen, wie auch die erforderlichen subjektiven Gesichtspunkte in den Urteilen außer Acht gelassen worden sind.

Daß es den Gerichten auf solche Feststellungen bei der Frage der Anwendbarkeit des Befehls 160 ernstlich nicht ankam, beweist das Urteil des Kreisgerichts Suhl vom 9.1.1953. In diesem Verfahren beschäftigte sich das Gericht mit zwei Angeklagten, die einen Holzverarbeitungsbetrieb besaßen und große Mengen von Tabakspfeifen produzierten. Trotz Absatzschwierigkeiten entließen die Angeklagten ihren Arbeiterstamm nicht.

Das Gericht warf den Angeklagten vor, Arbeitskräfte und Rohstoffe der Industrie vorenthalten zu haben und be-

1) Urteil vom 17.4.1951 in NJ 1952/43 f.

gründete die Strafbarkeit ihres Verhaltens nach dem Befehl 160 lediglich damit, daß für ihre Geschäftsmethoden "in der heutigen Situation kein Verständnis aufgebracht werden kann, weil sie sich nur zum Schaden der Gesellschaft auswirken können." 1)

Sonstige Ausführungen darüber, inwieweit die Angeklagten Maßnahmen von Zonenorganen durchkreuzt und damit den Bestand oder die Entwicklung der wirtschaftlichen Ordnung angegriffen hätten, waren in dem Urteil nicht enthalten. Das Kriterium der Gesellschaftsgefährlichkeit oder des möglichen gesellschaftlichen Schadens bildete für das Gericht die ausreichende Rechtfertigung der Verurteilung.

Alle Entscheidungen wurden verständlich bei der Erkenntnis des stetigen Verfolgens des politischen Zieles, im Rahmen der wirtschaftlichen Umwälzung in der Industrie und auf dem Lande noch bestehende Privatunternehmen oder sogenannte besitzende Altbauern zu entmachten oder sie zumindest innerhalb der gesamten staatlichen Lenkung zu kontrollieren. Die dem Recht und den Gerichten zugedachte aktive Rolle bei der Schaffung der neuen ökonomischen Verhältnisse, die Indienstellung der Strafjustiz für politische Forderungen, kommt in diesen Urteilen klar zum Ausdruck.

Der Befehl 160 wurde auch in den Verfahren anlässlich der Aburteilung im Zusammenhang mit dem Juni-Aufstand im Jahre 1953 herangezogen. Ein Beispiel hierfür bietet das Urteil des Stadtgerichts Berlin vom 26.5.1954, das sich mit dem Verhalten von vier an den Arbeitsniederlegungen in Ostberlin beteiligten Angeklagten beschäftigte. Das Gericht stellte als Sachverhalt im wesentlichen fest, daß die vier angeklagten Bauarbeiter aktiv an den Vorbereitungen der Arbeitsniederlegung zur Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen beteiligt gewesen seien. Schließlich hätten sie in Übereinstimmung mit den auch offen vorgetragenen Forderungen der Arbeiter eine Resolution verfaßt und diese im Sekretariat des Ministerpräsidenten abgegeben. Eine Beteiligung an den Demonstrationen wurde

1) NJ 1953/87.

den Angeklagten nicht vorgeworfen.

Zur rechtlichen Begründung der Verurteilung nach dem Befehl 160 führte das Gericht aus: "Durch ihre Handlungen waren die Angeklagten maßgeblich an der Organisation der Arbeitsniederlegungen beteiligt. Sie haben also die Tätigkeit der volkseigenen Betriebe sabotiert. Bei Tätern von Sabotagehandlungen kommt es nicht auf das letzte Ziel der Täter an, sondern es genügt das Bewußtsein, daß durch ihre Handlungen eine Störung eintritt Sie sind den faschistischen Parolen des RIAS und der westlichen Presse sowie deren Agenten gefolgt und haben durch organisierte Arbeitsniederlegung die Grundlage zur Auslösung des faschistischen Putsches geschaffen" ¹⁾

Dieses Urteil zeigt die willkürliche Subsumtion von legalen Streikvorbereitungen und der Geltendmachung von arbeitspolitischen Forderungen von Arbeitnehmern unter den auf reine Wirtschaftsdelikte, die ihrer Schwere und ihrer Richtung auf die ökonomischen Grundlagen wegen die Charakterisierung als Staatsverbrechen verdienen, zugeschnittenen Tatbestand des Befehls 160.

Die Notwendigkeit der Heranziehung dieser Bestimmung ergab sich für das Gericht aus der Nichtanwendbarkeit des Art. 6 der Verfassung für das Gebiet von Berlin. Da eine Verurteilung der Angeklagten als Reaktion und Abschreckung nach den Ereignissen des 17. Juni 1953 zweckmäßig, nach den Vorschriften des Strafgesetzbuches jedoch in dieser Form nicht möglich erschien, wurde der Befehl 160 als zwar nicht zutreffende, aber geeignete Bestimmung ohne ausreichende Begründung herangezogen.

Diese Tendenz, die besondere und weite Vorschrift des Befehls 160 ohne Beschränkung auf die durch Wortlaut, Entstehung und die in der Theorie geprägten Voraussetzungen der Anwendbarkeit auf Staatsverbrechen wirtschaftlichen Charakters als Verurteilungsgrundlage an Stelle der engen Tatbestände des Strafgesetzbuches heranzuziehen, war allgemein aus den Urteilen ersichtlich; der absolute Vorrang dieser Bestimmung wurde auch in dem Grundsatzurteil des Obersten Gerichts vom 29.4.1950 hervorgehoben:

1) Quelle: Unrecht, Bd.2, Dok. 155/127

"Zur Sicherung gegen solche Übergriffe dienen in erster Linie nicht Bestimmungen des gegenwärtig geltenden StGB, sondern Strafgesetze mit einem viel weiteren Ausblick - dem Ausblick auf Schutz vor Angriffen gegen den Aufbau unseres demokratischen Staates; das ist der Befehl 160." 1)

Dieser für die Praxis gegebene und ausnahmslos beachtete Hinweis führte daher zu der dargelegten wahllosen, an tatbestandliche und sonstige Voraussetzungen nicht gebundenen Anwendung des Befehls 160.

Das Urteil des Stadtgerichts Berlin machte ferner durch die in ihm ausgesprochenen Strafen - einmal 10 Jahre und einmal 8 Jahre Zuchthaus, einmal 4 Jahre Gefängnis - deutlich, daß die zunächst aus der Verkündung des sogenannten "Neuen Kurses" im Jahre 1953 gezogene Vermutung und Erwartung einer mildereren, rechtsstaatlichen Grundsätzen sich nähernden Strafjustiz vergeblich war. Die Höhe der verhängten Strafen, - ganz abgesehen von der Bejahung der Tatbestandsmöglichkeit und Rechtswidrigkeit der Handlungen überhaupt, - erscheint besonders dann unhaltbar, wenn die eigenen Feststellungen des Gerichts berücksichtigt werden, wonach die verurteilten Bauarbeiter mit einer neuen Normfestsetzung zurecht unzufrieden waren und daher berechnete Forderungen geltend machen konnten.

Neben diesen Verfahren, die bei einer Überprüfung ausnahmslos nicht zu dem Anwendungsbereich des Befehls 160 gerechnet werden konnten, führte das Oberste Gericht einige große Schauprozesse durch, die zumindest nach ihrem Gegenstand, ihrer Materie, in das Gebiet von Staatsverbrechen wirtschaftlichen Charakters und damit des Befehls 160 fielen.

Diese Verfahren richteten sich fast alle gegen ehemalige Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder von Industrie- und Gewerkschaften, deren Werke oder Teile davon in dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone waren, so z.B. im Falle der in Sachsen-Anhalt gelegenen "Deutschen-Continental-Gas-Gesellschaft Dessau" - DCGG - Urteil des Obersten Gerichts vom 29.4.1950. 2)

1) a.a.O.

2) OGStr. Bd. 1/7 f.

Der gegen die damaligen Angeklagten erhobene Vorwurf lautete, - und das traf generell für nahezu alle Verfahren dieser Periode zu, - Verfahren gegen Vorstandsmitglieder der Deutschen Solvay-Werke in Bernburg, OG-Urteil vom 20.12.1950 1) - die Durchführung der im Jahre 1947 ausgesprochenen Enteignung behindert, weitere Kontakte zu den westlichen Zweigfirmen aufrechterhalten und mit ihrer Hilfe der Wirtschaft der sowjetischen Besatzungszone bedeutende Vermögenswerte entzogen zu haben.

Das Urteil des Obersten Gerichts - und ihm folgend weitere Entscheidungen - stellte in umfangreichen Ausführungen fest, daß die gesamte Tätigkeit dieser Monopolgesellschaften, ihre Ausnutzung der werktätigen Bevölkerung und ihre Indienstellung für die nationalsozialistischen Kriegsvorbereitungen als verbrecherisch angesehen werden mußte. Das treffe auch noch für die heutige Situation zu, in der die betreffenden Gesellschaften durch ihre Unterstützung der Westalliierten wiederum friedensgefährdend tätig seien.

Die Grundlage für die Durchführung dieser Prozesse, deren Bedeutung in erster Linie auf wirtschaftlichem Gebiet mit der völligen Umwälzung und Neuordnung der Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone lag, wurde in dem Potsdamer Abkommen der Siegermächte vom 2.8.1945 gesehen, dessen Abschnitt 3, Punkt 12 lautete: "In praktisch kürzester Zeit ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der wirtschaftlichen Kräfte, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen."

In Verfolg dieser Vereinbarung ordnete dann der Befehl Nr. 124 des sowjetischen Oberbefehlshabers die Vernichtung der Rechtspersönlichkeit der Kartelle und anderer Monopolvereinigungen an, deren Vermögenswerte gemäß dem Befehl Nr. 154/181 des Obersten Chefs der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland vom 21.5.1946 in Besitz und Verfügung der sowjetischen Besatzungszone überstellt wurden.

Die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens und die Besei-

1) OGStr. Bd. 1 S. 104 f.

tigung sogenannter Monopolgesellschaften mit dem Endziel der totalen Entprivatisierung der Wirtschaft und ihrer Überführung in staatliches Eigentum wurden als wesentliche Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus und als entscheidende ökonomische Grundlage des Staates angesehen. Die jeweiligen Handlungen der Angeklagten, die in mehr oder minder starkem Ausmaß diesen Bestrebungen konträr und auf eine Erhaltung der konfiszierten Vermögenswerte gerichtet waren, wurden somit in konsequenter Anwendung des Begriffes der Staatsverbrechen auf wirtschaftlichem Gebiet als erhebliche und unmittelbare Angriffe gegen die wirtschaftliche Gesamtentwicklung und Ordnung angesehen und unter die Vorschrift des Befehls 160 subsumiert: "Ihre Straftaten lagen auch darin, die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens zu verhindern und somit den Aufbau des Sozialismus zu stören." 1)

Ähnlich lautete die Begründung des Obersten Gerichts in dem DCGG-Prozeß: "Was die Angeklagten getan haben, ist: Rütteln an den Grundpfeilern des Aufbaus der früheren Sowjetischen Besatzungszone, unserer heutigen Deutschen Demokratischen Republik und zugleich an den Grundpfeilern eines einheitlichen demokratischen Deutschlands überhaupt. Es ist darüber hinaus auch eine Bedrohung des Friedens in Europa und der Welt: Die Angeklagten haben mitgewirkt an der Rettung und dem Wiederaufbau von Konzernunternehmen, d.h. von Kräften, die den Frieden der Welt auf neue gefährden, weil sie, die deutschen Monopolisten, die bedeutungsvollsten Helfer für alle die Kräfte sind, die zu einem neuen Kriege treiben." 2)

Bei der Lektüre dieser Begründungen - abgesehen von den allgemeinen und üblichen politischen Feststellungen, - findet sich die Anknüpfung an die Definition von Staatsverbrechen wirtschaftlichen Charakters als einer unmittelbar den sozialistischen Aufbau entscheidend durchkreuzenden Tätigkeit, die zugleich ihre Auswirkung auf die ökonomische Grundordnung - durch den Versuch der Aufrechterhaltung von privatwirtschaftlichen Großunternehmen innerhalb einer allgemein in Angriff genommenen Verstaatli-

1) OGStr. Bd. 1, S. 104 f. 2) a.a.O.

chung und Kontrolle - zeitigt. Die im Tatbestand des Befehls 160 enthaltene Sabotagehandlung stellte sich in diesen Fällen, im Gegensatz zu den erstzitierten Urteilen, in denen unwesentliche Einzelhandlungen ohne jede Bedeutung für den Bestand der Wirtschaftsstruktur unter diesen Begriff subsumiert wurden, als eine planmäßige, die Grundsätze und Ziele der ökonomischen Gesamtentwicklung beeinträchtigende Tätigkeit dar, die somit der alle wirtschaftlichen Maßnahmen der Zonenorgane einem rigorosen strafrechtlichen Schutz unterstellenden Vorschrift des Befehls 160 unterlag.

III. Die Rechtsprechung zu Artikel 6 der Verfassung.

1. Die Boykotttätze.

Nach dem Außerkrafttreten des Befehls 160 als besatzungsrechtliche Vorschrift wurden in der Folgezeit solche Handlungen, die bisher als Sabotage und Durchkreuzung von wirtschaftlichen Maßnahmen nach dieser Bestimmung abgeurteilt worden waren, unter den Art. 6 der Verfassung subsumiert.

Auch hinsichtlich dieses unbestimmten und weiten Tatbestandes wurde der absolute Vorrang in der Anwendung gegenüber speziellen wirtschaftsstrafrechtlichen oder Bestimmungen des StGB mit ihren engen Tatbeständen festgestellt: "Unsere antifaschistische demokratische Staatsordnung unterscheidet sich grundsätzlich von jeder kapitalistischen und formaldemokratischen Ordnung. Sie ist eine Ordnung der realen Demokratie, die sich nicht darauf beschränkt, eine äußere Ordnung und einen solchen Friedenszustand zu schützen In unserer Staatsordnung wird offen erklärt, daß es in ihr auf unausgesetzte Zusammenfassung und Intensivierung der Kräfte der Demokratie entscheidend ankommt. Das werktätige Volk hat sich zur Erfüllung dieser Aufgaben demokratische Einrichtungen und Organisationen geschaffen, die in der Entwicklung und Stärkung unserer Ordnung eine unerläßliche Rolle spielen. Gegen sie gerichtete Störungshandlungen bewirken weit mehr als eine Störung der äußeren Ordnung. In unserer Republik dienen zur Sicherung gegen solche Angriffe in erster Linie nicht das Strafgesetzbuch, sondern Strafgesetze mit einem viel

weiteren Zweck, insbesondere Artikel 6, das spezifische Gesetz zum Schutz unserer staatlichen und gesamten gesellschaftlichen Ordnung. Wenn durch Verletzung dieses übertragenden Schutzgesetzes unsere Ordnung als Ganzes angegriffen oder gefährdet wird, werden Verstöße gegen Gesetze, die unsere Ordnung nur in begrenztem Umfang und nach gewissen Richtungen hin schützen, nicht aber die dargelegte Entwicklung sichern, im allgemeinen unberücksichtigt zu bleiben haben. Insbesondere kommen Einzelbestimmungen, die nur die äußere Ordnung schützen, nicht in Betracht, wenn der Angriff in unmittelbarer Gegnerschaft gegen unsere Ordnung als solche mit dem Ziel der Schwächung oder Zermürbung oder gar Vernichtung einer demokratischen Organisation gerichtet ist." 1)

Schon diese Feststellungen, entwickelt an dem konkreten Fall einer Schlägerei mehrerer Angeklagter mit Angehörigen der Freien Deutschen Jugend, zeigten bei der Frage des Anwendungsbereiches des Art. 6 eine Abweichung zu dem durch die Definition der Staatsverbrechen gestellten Rahmen. Zwar sprach auch das Oberste Gericht noch von einem Angriff gegen die staatliche Ordnung als solche, es verlegte dieses Merkmal jedoch auf das Gebiet der subjektiven Tatseite und ließ eine erkennbare Gegnerschaft zu den staatlichen und gesellschaftlichen Grundlagen für die Anwendung des Art. 6 genügen. In gleichem Maße aber wurde klar betont, daß auch einzelne staatliche und politische Organisationen - und damit ihre Mitglieder - und staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen dem Schutze des Art. 6 unterliegen. Die theoretische Abgrenzung solcher Handlungen von eigentlichen, nach objektiven Merkmalen zu beurteilenden Angriffen gegen die Gesamtordnung und ihren Bestand wurde schon damit fallen gelassen, Diese Handhabung setzte sich auch in allen Fällen durch, in denen die jeweiligen Tätigkeiten ausschließlich nach dem Strafgesetzbuch - mit dem dort vorgesehenen Strafmaß - in einem richtigen Verhältnis zu beurteilen gewesen wären, wie z.B. bei Beleidigungen, übler Nachrede, in Fällen privater Auseinandersetzungen, an denen Angehörige einer po-

1) OG-Urteil v. 24.8.1951, OGStr. Bd. 2, S. 214

litischen Organisation der sowjetischen Besatzungszone beteiligt waren. Der Anwendungsbereich des Art. 6 wurde damit weit ausgedehnt.

Wie der Befehl 160 wurde auch der Art. 6 durch das Oberste Gericht ohne gesetzliche Stütze als Unternehmenstatbestand interpretiert. Dieses Ergebnis zog das Gericht aus der besonderen Gefährlichkeit der in Betracht kommenden staatsfeindlichen Handlungen und der damit verbundenen Notwendigkeit, bereits Vorbereitungshandlungen jeder Art zu erfassen. Die rechtliche Zulässigkeit dieser Auslegung folgte dem Obersten Gericht allein aus dem Charakter des Art. 6: "Es würde gegen den besonderen Zweck, der gerade durch die Aufnahme eines Strafgesetzes in das Grundgesetz unseres Staates zum Ausdruck kommt, verstoßen und die Gefährlichkeit der durch ihn gekennzeichneten Tatbestände außer Acht lassen, wenn nicht auch Vorbereitungshandlungen erfaßt werden. Die bei Gesetzen dieses Gewichts sonst bisher üblich gewesene besonders ausgesprochene Strafbarkeit von Vorbereitungshandlungen ist daher hier unmittelbar aus dem Art. 6 zu entnehmen." 1)

Hinsichtlich der bei Art. 6 festzusetzenden Strafen stellte das Oberste Gericht durch Urteil vom 4.1.1952 fest: "Für Verbrechen nach Art. 6 gibt es keine mildernden Umstände mit der Rechtsfolge der Verurteilung zu Gefängnis statt Zuchthaus." 2)

Auf Grund der Hinweise des Obersten Gerichts zu der Auslegung des Art. 6 zeigte die Rechtsprechung nach dem Wegfall des Befehls 160 ein kontinuierliches Bild; nur die Verurteilungsgrundlage wechselte. Angebliche Sabotagehandlungen auf dem wirtschaftlichen Sektor fielen nunmehr auch unter diese Verfassungsbestimmung.

So stellte das Bezirksgericht Gera in seinem Urteil vom 11.3.1955 fest: "Sabotageakte in Maschinentraktorenstationen, durch die die friedliche und demokratische Entwicklung gestört werden soll, sind Verbrechen nach Art. 6 der Verfassung." 3)

1) OG-Urteil v. 20.2.1952, OGStr. Bd. 2, S. 9 f;

2) OGStr. Bd. 2, S. 289 f. - im Gegensatz zu dem früheren Urteil vom 4.10.1950 in OGStr. Bd. 1, S. 33 f;

3) NJ 1955/503

Das Gericht rechtfertigte diese These mit der den Maschinentraktorenstationen zukommenden überragenden Bedeutung: "Die Maschinentraktorenstationen sind das Hauptmittel, das die Arbeiterklasse besitzt, um ihr Bündnis mit den werktätigen Bauern zu stärken. Die Maschinentraktorenstationen sind bereits heute aus dem Leben unserer Bürger nicht mehr wegzudenkende wirtschaftlich politische Stützpunkte der Arbeiterklasse, von denen aus das Leben auf dem Lande verändert wird. Sie haben die Aufgabe, durch die unmittelbare ökonomische Hilfe und durch eine ständige politische Aufklärung das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern zu festigen." 1)

In diesen Ausführungen kam in Fortführung der Rechtsprechung zu dem Befehl 160 die Tendenz zum Ausdruck, alle im Anschluß an die Bodenreform zur Beseitigung der noch bestehenden selbständigen Landwirtschaften und ihrer Kolchosierung getroffenen Maßnahmen und neuen Einrichtungen - LPG, MTS - als wirtschaftliche Grundlagen und Voraussetzungen für die Entwicklung auf dem Lande zu kennzeichnen und sie damit dem verstärkten Schutz und der Anwendung der weiten Tatbestände der Staatsschutzbestimmungen zu unterstellen. Neben diesen Zweckmäßigkeitsüberlegungen ließ das Gericht allerdings jede Feststellung darüber vermissen, welche Tatbestandsmerkmale des Art. 6 es als erfüllt angesehen hat.

In der gleichen Richtung lag das Urteil des Bezirksgerichts Erfurt vom 14.6.1955, das entschied: "Ein Tierarzt in verantwortlicher Funktion, der aus bewußter Gegnerschaft zu unserem Staat die gesetzlichen Vorschriften über die Bekämpfung der Schweinepest und über die Impfung von Schweinen mißachtet, so daß der Schweinezucht der volkseigenen Güter und der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften unter Umständen großer Schaden entsteht, betreibt Schädlingstätigkeit, die sich gegen die Grundlagen unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen richtet." 2)

Selbst bei einer dem System der sowjetischen Besatzungszone entsprechenden und insofern logischen Bevorrechtigung

1) a.a.O.

2) NJ 1955/504

gung aller im staatlichen Eigentum stehenden Güter, ist die Gleichsetzung einer Schädigung der Schweinezucht in einer LPG mit einem Angriff gegen die "Grundlagen der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung" nicht nur ihrem Wortlaut, sondern auch ihrem Inhalt nach absurd.

Die Kennzeichnung solcher Handlungen als Staatsverbrechen und die Anwendung des Art. 6 begründete das Gericht zunächst im Einklang mit den Äußerungen der Zonenfunktionäre und ihrer angeblichen Erkenntnis der berühmten Worte Lenins über einen sich ständig verschärfenden Klassenkampf: "Dieser Prozeß hat wieder einmal die Erkenntnis bestätigt, daß der Klassenfeind, die Imperialisten und die von ihnen gekauften Verräter, von unbändigem Haß be-seelt, ihre Anstrengungen, die Macht der Arbeiter und Bauern der Deutschen Demokratischen Republik zu stürzen, ständig steigern. Die Methoden und Mittel, die der Feind anwendet sind vielseitig und sie ändern sich ständig. Der Schwerpunkt der Feindtätigkeit gegen die Grundlagen des Staates der Deutschen Demokratischen Republik liegt jetzt auf dem Gebiete der Spionage, des Terrors und der Schädlingstätigkeit in der Volkswirtschaft Die Nichteinhaltung der Impfvorschriften war unter den genannten Umständen und Voraussetzungen als Verbrechen gegen die Deutsche Demokratische Republik zu würdigen. Beide Angeklagten haben vorsätzlich die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung nicht eingehalten und damit einen schweren Angriff gegen die Grundlagen unserer staatlichen Ordnung geführt."

Neben diesen allgemeinen Feststellungen zur Anwendbarkeit des Art. 6 überhaupt befaßte sich das Gericht auch mit der Charakterisierung der Handlung im einzelnen. Da die Vorschrift des Art. 6 als ein einheitlicher Tatbestand angesehen wird, der durch die verschiedenen Begehungsformen - Kriegshetze, Boykotthetze usw. - erfüllt werden kann, sah sich das Bezirksgericht Erfurt zu einer genaueren Subsumtion veranlaßt. Es wertete die Handlungen der Angeklagten als Boykotthetze und führte hierzu aus: "Der Angeklagte wollte durch sein verantwortungsloses Verhalten den Beweis dafür erbringen, daß die Schweinehaltung in derar-

tigen Mastanstalten falsch und unmöglich ist."

Diese Konstruktion fand sich auch in der Rechtsprechung des Obersten Gerichts bei der Verurteilung sogenannter Schädlingstätigkeiten in einzelnen Wirtschaftszweigen nach der Begehungsform der Boykotthetze des Art. 6: "Durch ihre Handlungen haben die Angeklagten versucht zu beweisen, daß es unter den Verhältnissen einer Arbeiter- und Bauernmacht nicht möglich sei, die Wirtschaft so zu leiten und zu organisieren, daß eine ständige Hebung des Lebensniveaus der werktätigen Bevölkerung gewährleistet ist. Ihr Ziel ist es gewesen, den Anschein zu erwecken, daß die Werktätigen unfähig seien, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, und es notwendig sei, auf kapitalistische Weise zu produzieren und zu wirtschaften. Sie haben das Vertrauen der Werktätigen zur Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und in ihre eigene Kraft erschüttert. Das ist Boykotthetze in schärfster Form." ¹⁾

Es ist kein Zufall, daß diese Konstruktionen der Boykotthetze erstmalig im Jahre 1955 in den genannten Urteilen zu Tage traten. Es war die klare Erkenntnis der Notwendigkeit, nach dem Wegfall des Befehls 160 die Tätigkeiten dieser Art, die bisher unter den weiten Sabotagebegriff der besatzungsrechtlichen Vorschrift subsumiert wurden, weiterhin trotz der Nichterwähnung der Sabotagehandlung in Art. 6 unter diese Bestimmung zu stellen und sie als Staatsverbrechen zu erklären. Obwohl eine genaue Definition des Begriffes der Boykotthetze in der Rechtsprechung niemals erfolgt ist, gingen die Gerichte doch offensichtlich davon aus, daß zur Erfüllung dieses Begriffes eine Kundgabe der Mißachtung, der Verächtlichmachung staatlicher Einrichtungen oder Maßnahmen erforderlich sei, die durch die verschiedenen sogenannten Schädlingstätigkeiten nicht unmittelbar als gegeben angesehen werden könnten. Nur aus diesem Grunde und wegen des Fehlens einer für solche Handlungen zutreffenden Vorschrift sahen sich die Gerichte daher zu der Folgerung veranlaßt, daß in dem Verletzen

1) OG-Urteil v. 3.9.1955, NJ 1955/586

wirtschaftlicher Vorschriften und in der Schädigung einzelner wirtschaftlicher Institutionen mittelbar eine Mißachtung und Verunglimpfung der staatlichen Maßnahmen dergestalt zu sehen sei, daß durch sie der Anschein der Unrichtigkeit und Unzulänglichkeit der betreffenden Anordnungen oder Einrichtungen erweckt werde.

Schon diese Argumentation zur Rechtfertigung einer Subsumierung solcher Handlungen unter den Begriff der Boykotthetze, die einer Analogie gleichkam, zeigte, daß diese Begehungsform des Art. 6 auf Grund der Rechtsprechung keiner Abgrenzung fähig war und eine genaue Festlegung des mit Strafe bedrohten Tuns ausscheiden mußte. Das galt umso mehr, als die genannten Fälle, die in der Beweisführung und Interpretation das Gemeinsame hatten, nur eine einzelne von zahlreichen typischen Gruppen von Anwendungsformen des Begriffes der Boykotthetze darstellten und lediglich die kontinuierliche Rechtsprechung zu dem früher in Geltung befindlichen Befehl 160 bildeten.

Eine nach der praktischen Handhabung ähnliche Anwendungsgruppe des Art. 6 in der Form der Boykotthetze stellten die Fälle der sogenannten Abwerbung von Bewohnern der sowjetischen Besatzungszone in das westdeutsche Bundesgebiet dar, da einmal auch hierfür bis zu dem Inkrafttreten des Strafrechtsergänzungsgesetzes keine strafrechtliche Bestimmung vorhanden war und zum anderen wiederum keine unmittelbare, als Hetze zu deutende Herabsetzung und Verächtlichmachung zonaler Verhältnisse in diesen Handlungen gesehen werden konnte.

Das Bezirksgericht Karl-Marx-Stadt befaßte sich in seinem Urteil vom 9.8.1955 mit den Vorwürfen gegen einen Angeklagten, er habe einigen jungen Facharbeitern zur - schließlich nicht durchgeführten - Abwanderung nach Westdeutschland seine Hilfe zugesagt: "Die organisierte Abwerbung von Fachkräften aus dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik soll die aggressiven Absichten der westdeutschen Kriegstreiber unterstützen. Die westdeutschen Monopolisten und aggressiven Kräfte, die danach trachten, das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik durch

einen Krieg unter ihren Einfluß zu bringen, wollen damit den Eindruck hervorrufen, als ob die von ihnen abgeworbenen Personen mit den Verhältnissen in der Deutschen Demokratischen Republik nicht einverstanden seien und deshalb unsere Republik verlassen Der Angeklagte war Handlanger der Feinde der DDR Seine Handlungen richteten sich gegen unseren Staat und sind Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen." 1)

Die auch hier im Wege der Analogie festgestellte Boykotthetze bestand darin, daß im Einklang mit der westlichen Propaganda durch die Abwerbung der Eindruck erweckt wurde, die Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone seien unzulänglich und würden zu einer Abwanderung der Bevölkerung führen. Darin erblickte das Gericht eine indirekte Herabsetzung und Verächtlichmachung von staatlichen Einrichtungen, ohne allerdings im einzelnen eine Diskreditierung einer bestimmten Einrichtung darzulegen. Die Auslegung der Begehungsform der Boykotthetze in diesen Fällen war damit gleichermaßen weit und ähnlich der Interpretation bei angeblichen Sabotagehandlungen eine freie, analoge Handhabung der gesetzlichen Bestimmung.

Hinzu kam, daß das Gericht das sogenannte Verleiten zum Verlassen der Republik nicht auf die eigentlichen Motive untersuchte und auch als Objekte keine bestimmten Personengruppen festlegte, sondern in dieser Tätigkeit eine Unterstützung der westlichen Argumente und der damit verbundenen Kritik an den zonalen Verhältnissen automatisch bedingt sah. Das Bezirksgericht Leipzig stellte hierfür eine ganz allgemeine Formel auf. Der Angeklagte dieses Verfahrens hatte in Stellengesuchen an westdeutsche Firmen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone einer scharfen Kritik unterzogen. Das Gericht wertete nicht nur den Inhalt dieser Äußerungen als Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, es sah diese Begehungsform gleichermaßen auch schon durch die Unterstützung der westlichen Propaganda als erfüllt an: "Er gab damit den Gegnern unserer Ordnung die Mittel in die Hand, um weiter gegen das

1) NJ 1956/25

Lager des Friedens und des Fortschritts zu hetzen." 1)

Auch das Urteil des Bezirksgerichts Dresden vom 31.5.1957 betonte diese doppelte Funktion der Boykotthetze. Der Angeklagte, ein Rentner, hatte sich zu verantworten, weil er sich brieflich an westdeutsche und ausländische Anschriften mit der Bitte um wirtschaftliche Unterstützung gewandt hatte, wobei er zugleich über die Lebensverhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone Klage führte. Das Gericht ging auch in diesem Fall auf die besonderen Auswirkungen der angeblich hetzerischen Äußerungen auf die westliche Argumentation ein: "Der Angeklagte hat durch seine Briefe, in denen er das Leben der alten Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik als ausweglos hinstellt und von Not und Hunger spricht, die im kapitalistischen Ausland, aber auch besonders in Westdeutschland gegen die DDR betriebene Hetze praktisch unterstützt. Durch die Auswertung derartiger Hetzbriefe versuchen die Gegner unserer Arbeiter- und Bauernmacht, ihre aggressiven Pläne, die sie hinsichtlich der Deutschen Demokratischen Republik haben, zu rechtfertigen. Durch solche Briefe an Personen in Westdeutschland und im kapitalistischen Ausland wird daher nicht nur in verleumderischer Weise gegen die DDR geschrieben, sondern auch ideologisch der Boden vorbereitet für die in Westdeutschland propagierte Befreiung des Ostens." 2)

Die angeführten Urteile zeigten - für die durch sie typisierten Anwendungsfälle - daß neben der direkten Kundgabe einer Kritik oder einer Herabsetzung auch alle Handlungen und Äußerungen, die sich mittelbar als eine Unterstützung der westlichen Kritik an den zonalen Verhältnissen auswirken konnten, als Boykotthetze erfaßt wurden und damit die Subsumierung und Strafbarkeitserklärung von Tätigkeiten erreicht wurde, für die eine Strafvorschrift gar nicht existierte. Die Behandlung der sogenannten Abwerbung, bei der zwischen einer Beeinflussung zu einer legalen oder illegalen Übersiedlung nach Westdeutschland keine Differenzierung vorgenommen wurde, zeigt-

1) Quelle: Unrecht, Bd. 3 Dok. 168/120

2) Quelle: Unrecht, Bd. 3 Dok. 169/130

te damit das gleiche Bild, wie es sich schon bei der Aburteilung gesetzlich nicht - mehr - geregelter Sabotagefälle ergeben hatte.

Die willkürliche Heranziehung der Sondervorschrift des Art. 6 und die wahllose Strafbarkeitserklärung von einzelnen, für den Bestand des Staates und seine wirtschaftliche und politische Entwicklung unmaßgeblichen Handlungen als Staatsverbrechen kam auch vor allem dort zum Ausdruck, wo diese Bestimmung zum Schutz von Einzelorganisationen oder politischen Funktionären bzw. ihrer Tätigkeit in bewußter Negierung der bei der Definition der Staatsverbrechen getroffenen und geforderten Abgrenzung angewandt wurde. Auch in diesen Fällen war es der Begriff der Boykotthetze, der den Art. 6 zu einer für den jeweiligen Einzelfall anpassungsfähigen Strafvorschrift machte.

Zeigten schon einige der vorgenannten Beispiele aus der Praxis, daß sogenannte Sabotagehandlungen in oder gegen die neuen landwirtschaftlichen Einrichtungen unter die Begehungsform der Boykotthetze und als Staatsverbrechen nach Art. 6 zusammengefaßt wurden, so galt das in gleichem Maße für kritische oder herabsetzende Äußerungen in Bezug auf diese landwirtschaftlichen Institutionen.

In einem Verfahren vor dem Bezirksgericht Cottbus hatten sich mehrere Angeklagte gegen den Vorwurf zu verantworten, unwahre Gerüchte über die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft ihres Ortes verbreitet zu haben, so z.B., die LPG sei nur gegründet worden, um einige Großbauern zu sanieren und werde bald wieder aufgelöst. Den Angeklagten wurde auch als Mitgliedern der LPG mangelhafte Arbeit zur Last gelegt, durch die einige andere Bauern zum Austritt bewogen worden seien.

Durch Urteil vom 18.4.1955 stellte das Gericht die Äußerungen und Handlungen der Angeklagten als Boykotthetze fest: "Durch dieses Verhalten der Angeklagten wurde die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft in ihrem Ansehen von den werktätigen Bauern herabgesetzt Die An-

geklagten untergruben nicht nur die politische und wirtschaftliche Kraft derselben, sondern hemmten die demokratische Entwicklung in der Gemeinde Daraus ergibt sich, daß die Handlungen der Angeklagten in Zielsetzung und Wirkung den Bestand der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft gefährdet haben und ihr Angriff sich somit - was sich aus der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft ergibt - unmittelbar gegen die Grundlagen unseres Staates gerichtet hat Eine solche Handlung verwirklicht den Tatbestand des Art. 6 in Form der Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen " 1)

Das Urteil machte deutlich, daß eine Kritik an einer staatlichen bzw. gesellschaftlichen Einrichtung in der Überbetonung des ihnen zugesprochenen strafrechtlichen Schutzes als geeignet angesehen wurde, das Ansehen der betreffenden Institution in der sowjetischen Besatzungszone selbst herabzusetzen und die wirtschaftliche Gesamtentwicklung zu beeinträchtigen. Die Notwendigkeit der Heranziehung des Art. 6 und der Charakterisierung dieser Handlungen im konkreten Fall als Staatsverbrechen ergab sich wiederum daraus, daß sowohl nach allgemeinen strafrechtlichen Gesichtspunkten, als auch nach besonderen Tatbeständen des Strafgesetzbuches das Verhalten der Angeklagten irrevelant gewesen wäre.

Der rigorose Schutz staatlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen sowie der Maßnahmen der Zonenbehörden zeigte sich auch auf den übrigen Gebieten. Dort waren es besonders die politischen Institutionen und Vereinigungen, die einer Kritik durch den Staatsbürger enthoben und in ihrer Unantastbarkeit mit dem Schutz der Strafbestimmungen umgeben wurden. Das galt besonders für die Organisationen der Volkspolizei, der Volksarmee, der Sozialistischen Einheitspartei und der Freien Deutschen Jugend.

So erblickte das Oberste Gericht in seinem Kassationsurteil vom 20.4.1951 in der Austeilung von Flugblättern, die sich gegen ein geplantes Treffen der FDJ richteten,

1) NJ 1955/416 f

eine Boykotthetze gegen eine demokratische Organisation. 1)

Das gleiche Gericht befaßte sich in seinem Urteil vom 24.8.1951 mit folgendem Sachverhalt: der damalige Angeklagte hatte nach einer Kulturveranstaltung der FDJ einen Zusammenstoß mit einem Angehörigen dieser Organisation. In seinem Verlauf geriet der Angeklagte mit einigen Gleichgesinnten in eine Schlägerei mit weiteren FDJ-Mitgliedern und äußerte sich dahin, die FDJ-ler seien Kommunistenschweine, sie würden ihre Blau-Hemden noch ausziehen müssen.

Das Oberste Gericht wertete die Taten sowie die Äußerungen des Angeklagten als eine einheitliche, gegen die FDJ gerichtete Handlung, mit dem Ziel, sie zur Aufgabe ihrer politischen Tätigkeit zu zwingen. Es führte im einzelnen aus: "Alle Handlungen und Äußerungen entspringen dem verbrecherischen Willen des Angeklagten, gegen die demokratische Ordnung vorzugehen, sie sind als Boykotthetze nach Art. 6 zu werten. Denn Boykotthetze kann nicht nur durch schriftliche oder mündliche Äußerungen, sondern auch durch solche gewalttätigen Maßnahmen begangen werden " 2)

Die Charakterisierung von tätlichen Auseinandersetzungen als Boykotthetze erfolgte auch in zahlreichen anderen Entscheidungen, wobei die Rechtsprechung eine klare Abgrenzung zwischen rein privaten Streitigkeiten und solchen, die wirklich aus einer politischen Gegnerschaft zum Staat bzw. seinen Organisationen und ihrer Mitglieder inszeniert wurden, vermissen ließ.

Das zeigte das Kassationsurteil des Obersten Gerichts (Plenum) vom 26.8.1953 mit folgendem Sachverhalt: Der Angeklagte fuhr zu einem Ball des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes. Auf seinem Fahrrad beförderte er noch zwei Jugendliche. Ein Volkspolizist in Zivil machte sie auf ihr verkehrswidriges Verhalten aufmerksam, woran sich die Betroffenen jedoch nicht störten. In dem Veranstaltungsort begann darüber ein neuer Streit mit dem Volkspolizisten, der in eine Schlägerei ausartete. Als der Polizist den Angeklagten mit zur Wache nehmen wollte, wurde er wiederum

1) OGStr. Bd. 2/147 f

2) a.a.O. S. 214 f

tätlich angegriffen. Bei dieser Gelegenheit riefen unbeteiligte dritte Personen, die dem Geschehen zusahen: Schlagt ihn tot!

Das in erster Instanz zuständige Bezirksgericht wertete das Verhalten des Angeklagten als Boykotthetze. Auch das Oberste Gericht schloß sich dieser Auffassung an. Es erörterte zunächst allerdings durchaus zutreffend die Ursachen des Streites: "Die Tatsache, daß die Streitigkeiten von nicht politischen Differenzen ausgegangen sind, ist nicht genügend berücksichtigt worden. Der 1a Strafsenat hat lediglich auf die objektive Gefährlichkeit von Angriffen gegen Angehörige der Volkspolizei hingewiesen, ohne den Anlaß und die Ursache der Streitigkeiten in genügendem Maße zu beachten Es hätte größeres Gewicht darauf gelegt werden müssen, daß das vorschriftswidrige Radfahren des Angeklagten und die daraufhin erteilte Rüge der Ausgangspunkt des Streites und der späteren Tätlichkeiten gewesen sind." 1)

Nach dieser Einleitung war zu erwarten, daß das Gericht die ganze Auseinandersetzung als das betrachten würde, was sie in Wirklichkeit gewesen ist, nämlich eine einfache Wirtshausschlägerei, resultierend aus einer persönlichen Verärgerung des Angeklagten über die ihm durch den Volkspolizisten pflichtgemäß erteilte Rüge. Das Plenum kam jedoch, im Widerspruch zu seinen anfänglichen Ausführungen, zum gegenteiligen Ergebnis:

"Diese Betrachtungen dürfen aber nicht dazu führen, Zweifel in die richtige Schuldfeststellung des 1a Strafsenates des Obersten Gerichts zu setzen, daß die Angeklagten ein Verbrechen gegen Artikel 6 der Verfassung durch Boykotthetze begangen haben. Die Situation, in der die tätlichen Angriffe gegen den Volkspolizisten geführt worden sind, wird durch die Tatsache charakterisiert, daß aus der Menge der Ruf laut wurde: "Schlagt ihn tot!" In der Praxis der Gerichte ist in einer Anzahl von Fällen der Fehler festzustellen, daß jedes tätliche Vorgehen gegen einen Angehörigen der Volkspolizei als Verbrechen gegen Artikel 6 der Verfassung betrachtet wird, ohne eine ein-

1) NJ 1953/594 f.

gehende Charakterisierung der Person des Täters, des Ausgangspunktes der Tötlichkeit sowie aller anderen Umstände der Tat vorzunehmen Die Tatsache, daß von dem Täter die besonderen Aufgaben der Volkspolizei für die Festigung unserer Staatsmacht bei einem tätlichen Angriff gegen einen ihrer Angehörigen ignoriert wurden, wird in der Regel ein starkes Indiz dafür sein, daß die Handlung von einer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen unseren Staat getragen ist und sich deshalb nicht nur gegen die Tätigkeit der Organe des Staates, sondern gegen dessen Grundlagen richtet. Dies ist im vorliegenden Fall vom Bezirksgericht und vom 1a Strafsenat richtig erkannt worden¹⁾

Neben der rechtlichen Qualifikation der von dem Angeklagten begangenen Tötlichkeiten als Boykotthetze, die im Einklang mit der übrigen Rechtsprechung stand, war das Urteil in seinen grundsätzlichen Erwägungen widerspruchsvoll. Während es zu der Frage der Abgrenzung der privaten und ausgesprochen politischen Auseinandersetzungen richtige Anhaltspunkte enthielt, wurden diese praktisch wiederum dadurch ausgeschlossen, daß das Tötlichwerden gegen einen Volkspolizisten an sich als Indiz für einen aus politischer Gegnerschaft entspringenden Angriff angesehen und diese Einstellung dem jeweiligen Angeklagten unterstellt wurde. Eine Rechtfertigung der Entscheidung ergab sich auch nicht aus den Begleitumständen, daß von unbeteiligten Dritten eine feindliche Haltung gegenüber dem Volkspolizisten eingenommen wurde. Einmal enthielt diese Beteiligung keinen Hinweis auf die innere Einstellung des Angeklagten, zum anderen wäre die Wertung des Plenums nur dann zu verstehen, wenn es von einer grundsätzlichen Gegnerschaft der Bevölkerung zum Staat und seinen Schutzorganisationen ausginge, die sich bei diesen Anlässen zu äußern pflegte.

Das Urteil ging auch in der Charakterisierung der Tat als Staatsverbrechen weit über den in der sowjetischen Besatzungszone selbst geprägten Begriff hinaus, indem es eine Tötlichkeit dieser Art gegen einen einzelnen Volkspolizisten, der sich zudem nicht einmal im dienstlichen Ein-

1) a.a.O.

satz befand, als direkten Angriff gegen die Grundlage und den Bestand des Staates bezeichnete.

Der Sinn solcher und ähnlicher Entscheidungen konnte nur darin gesehen werden, Angehörigen der staatlichen und politischen Organisationen der sowjetischen Besatzungszone den vollen strafrechtlichen Schutz gegen beleidigende und tätliche Angriffe im Interesse ihres notwendigen Ansehens einzuräumen, der nur in den scharfen Bestimmungen des politischen Strafrechts, nicht in den besonderen Tatbeständen des Strafgesetzbuches gesehen wurde.

Diese politische Bewertung einer Tat und ihre Einstufung als staatsfeindliche Tätigkeit wurde von dem Obersten Gericht auch in seinem Urteil vom 9.12.1952 grundsätzlich hervorgehoben, wobei eine Schlägerei eines Angeklagten mit einem Funktionär der Sozialistischen Einheitspartei, der erkennbar das Parteiabzeichen getragen hatte, den Anlaß gab: "Darüber hinaus hat das Bezirksgericht im besonderen die politische Seite und im allgemeinen den Umstand, daß gerade der Tanzsaal, das Wirtshaus, der Biertisch die geeignete Plattform für staatsfeindliche Betätigungen sind, nicht beachtet. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in diesen Fällen die staatsfeindliche Betätigung nicht immer offen und eindeutig zum Ausdruck kommt. Vielmehr nimmt der Gegner, soweit er die Gelegenheit nicht provokatorisch herbeiführt, in der Regel die kleinsten Anlässe wahr, um gegen fortschrittliche Funktionäre unseres Staates und der Partei vorzugehen und sie unter dem Deckmantel der Trunkenheit, des Beleidigtseins, des Vergeltungstriebes u.ä.m. brutal niederzuschlagen" 1)

Damit konnte grundsätzlich festgehalten werden, daß jede Art von verbalen oder tätlichen Angriffen gegen Mitglieder von staatlichen oder politischen Organisationen unter die Begehungsform der Boykotthetze als Staatsverbrechen subsumiert und dem jeweiligen Täter in solchen Fällen eine politische Gegnerschaft zum Staat als Motiv seines Handelns unterstellt wurde.

Diese Praxis der Gerichte fand ihre Anleitung und Weisung in den Äußerungen von Zonenfunktionären, die zu einer noch

1) NJ 1953/25

rigoroserer Verurteilung nach den weiten Tatbeständen der Staatsschutzbestimmungen aufforderten. Die bisherige Rechtsprechung wurde in diesem Zusammenhang als zu milde und nicht ausreichend kritisiert. So äußerte sich Schmuhl unter Hinweis auf die "verstärkten Angriffe reaktionärer Großbauern auf dem Lande" und den "Widerstand gegen den demokratischen Aufbau" sowie auf einige von ihm zitierte Beispiele, in denen die Gerichte private Auseinandersetzungen als solche erkannt und nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches abgeurteilt hatten: "Was zeigen diese Vorkommnisse? Sie zeigen einmal, daß manche unserer Richter und Staatsanwälte noch nicht verstanden haben, in welcher Weise sich der Klassenkampf auf dem Lande verschärft und welche Formen er annimmt. Diese Staatsanwälte und Richter haben noch nicht begriffen, daß sie in ihrer Funktion ein Teil der Staatsgewalt sind, die das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus ist." ¹⁾

Auch der damalige Justizminister Fechner unterzog die Rechtsprechung in den Fällen, in denen sich eine von der hier dargelegten Praxis abweichende Übung anzudeuten begann, einer heftigen Kritik: " Ein Teil unserer Richter scheint noch nicht begriffen zu haben, daß das Hauptinstrument bei der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus unsere Staatsmacht ist, daß es deshalb gilt, die volkdemokratischen Grundlagen der Staatsmacht auch mit der Waffe unseres demokratischen Rechts ständig zu festigen Und was haben unsere Gerichte angesichts dieses verschärften Klassenkampfes getan? Leider müssen wir feststellen, daß ein Teil unserer Richter neutrale Positionen einnimmt, daß sie sich nicht bewußt sind, daß sie die Feinde unseres demokratischen Staates entsprechend den Bestimmungen der demokratischen Gesetzlichkeit zu bestrafen haben Die Analyse der Rechtsprechung in Strafsachen zeigt, daß manche Richter die Lehre von der aktiven Rolle des Staates und des Rechts wohl formell kennen, aber in ihrer Rechtsprechung nicht zeigen, daß unsere Gesetze der Durchführung der Politik unseres Staates dienen und deshalb auch im Sinne dieser Politik angewendet

1) NJ 1952/561 f. (38)

- 70 -

werden müssen. Sie weichen vor der konsequenten Anwendung der Gesetze zurück. Sie treten nicht kämpferisch hervor Die schlechten Urteile zeigen die Unfähigkeit mancher Richter, die Tat im allgemeinen politischen Zusammenhang zu sehen, und das Unvermögen oder den mangelnden Willen, das gesellschaftlich Neue, zu erkennen und mit aller Konsequenz zu schützen Die Analyse der Rechtsprechung in Strafsachen zeigt, daß ein Teil der Richter seine Arbeit isoliert von den Forderungen der Partei formal durchführt daß sie weiter antidemokratische Handlungen nicht nach Artikel 6 bestrafen, sondern als persönliche Verfehlungen beurteilen " 1)

Angesichts dieser gleichlautenden Stellungnahmen und ihrer Bedeutung, die ihnen bei der abhängigen Position der Richter zukam, war das Ergebnis der Rechtsprechung, wie es aus den bisher zitierten Urteilen zu Tage trat, nicht überraschend. Die Bewertung einer Tat nach nur politischen Gesichtspunkten mußte konsequenterweise eine saubere rechtliche Praktizierung der betreffenden Vorschriften, soweit das ihrer Fassung nach überhaupt möglich war, ausschließen.

Ebenso wie Tötlichkeiten gegen Angehörige von staatlichen und politischen Organisationen als Ausdruck der Mißachtung unter dem Begriff der Boykotthetze gerechnet wurden, erfolgte diese Subsumtion auch bei anderen Gewalthandlungen. So zählte das Oberste Gericht in seinem Urteil vom 1.5.1952 die Beschädigung von demokratischen Zeitungskiosken, die Entfernung von Straßensperren als Äußerungsformen der Boykotthetze auf. 2)

Eine Ergänzung dieser Rechtsprechung fand sich bei dem Anwendungsbereich, in dem die Gerichte die Nichtbefolgung von staatlichen Anordnungen und Maßnahmen unter diesen Begriff der Hetze subsumierten.

Das Oberste Gericht hatte in seinem Urteil vom 4.10.1950 anläßlich des Schauprozesses gegen Mitglieder der zuvor in der sowjetischen Besatzungszone verbotenen Sekte "Zeugen Jehovas" festgestellt, daß die Angeklagten Boykott-

1) NJ 1953/225 f. (15);

2) OGStr. Bd. 2/14 f.

hetze nicht nur durch die Verbreitung ihrer mit hetzerischem Inhalt versehenen Schriften begangen hätten, sondern auch schon durch die ihnen gleichfalls zur Last gelegten Vorkehrungen für den Fall des Verbots ihrer Gemeinschaft. Nach Ansicht des Obersten Gerichts stellte sich als eine ganz besonders hartnäckige und gefährliche Form der Boykotthetze gegen demokratische Einrichtung "die Gesamtheit und Vielheit der Handlungen dar, die in der Anklage unter dem Sammelbegriff 'Vorbereitung der Illegalität' zusammengefaßt sind. Sie enthalten nicht nur die Aufforderung, Anordnungen der Staatsgewalt nicht zu beachten, sondern fordern auch zu aktiven Maßnahmen auf, um die Durchsetzung staatlicher Maßnahmen zu durchkreuzen " 1)

Auch in den übrigen Prozessen gegen einzelne Mitglieder der Sekte wegen einer nach dem im Jahre 1950 ausgesprochenen Verbot ausgeübten Tätigkeit trat der Grundsatz hervor, daß allein der Verstoß gegen eine staatliche Anordnung den Begriff der Boykotthetze erfüllt: "Beide Angeklagten haben durch ihre verbotene Handlung Boykotthetze ... begangen, indem sie gegen den Willen des deutschen Volkes in der DDR das Verbot gegen die Sekte Zeugen Jehovas, welches von der Regierung der DDR als Willensorgang der Werktätigen in der DDR erlassen wurde, mißachteten." 2)

Das Bezirksgericht Leipzig befaßte sich in seinem Urteil vom 17.4.1953 mit dem Verhalten von zwei Angeklagten, die an dem zu dem Tode Stalins angeordneten Volkstrauertag in einer Gastwirtschaft angetrunken gesungen und auch andere Gäste zum Singen aufgefordert hatten. Nach den Feststellungen des Gerichts hatten die Angeklagten die Festsetzung eines Trauertages und die Person Stalins beschimpft. Es sah in diesem Verhalten die Begehungsform der Boykotthetze insbesondere dadurch als verwirklicht an, daß die Angeklagten sich gegen die Verfügung der Regierung gewandt und diese nicht beachtet hatten. 3)

1) OGStr. Bd. 1/33 f.

2) Urteil des BG Potsdam vom 17. 2.1953, Quelle: Unrecht Bd. 2 Dok 167/143

3) Quelle: Unrecht Bd. 2 Dok. 157/134

Die genannten Urteile enthielten keine rechtliche Begründung für die Subsumtion von Zuwiderhandlungen gegen staatliche Verbote unter dem Begriff der Boykotthetze, sie begnügten sich lediglich mit der Feststellung, daß auch darin eine Verunglimpfung der Politik der Regierung und ihrer Maßnahmen zu sehen sei. Während bei den zuvor geschilderten Anwendungsgruppen die Heranziehung dieses Begriffes wenigstens dadurch begründet wurde, daß durch irgendwelche Handlungen - Sabotage, Abwerbung - mittelbar eine Verächtlichmachung der zonalen Verhältnisse als Ganzes durch den versuchten Beweis ihrer Unzulänglichkeit verbunden sei, fehlten solche Überlegungen bei den letzten Charakterisierungen völlig. Die isolierte Betrachtung der Urteile gegen Mitglieder der Sekte Zeugen Jehovas könnte zu der Folgerung führen, daß die Gerichte lediglich die Verbindung oder Mitgliedschaft zu einer verbotenen und, nach den Feststellungen der Gerichte, verfassungsfeindlichen und staatsgefährdenden Organisation als Boykotthetze werten wollten. Die Entscheidung des Bezirksgerichts Leipzig belehrte jedoch darüber, daß generell Zuwiderhandlungen gegen staatliche oder politische Anordnungen jeder Art als Staatsverbrechen im Sinne der Boykotthetze des Artikel 6 behandelt wurden.

Die Verfahren gegen Mitglieder der Sekte Zeugen Jehovas waren - neben der Aburteilung der illegalen Tätigkeit als Boykotthetze - insofern von weiterer Bedeutung, als sie im Gegensatz zu den bisherigen Fällen, in denen die Kritik an nur einzelnen staatlichen oder politischen Gruppen oder Einrichtungen zur Beurteilung stand, die rechtliche Qualifizierung von staatskritischen und staatsfeindlichen, gegen die ideologischen Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone insgesamt gerichteten Äußerungen zum Gegenstand hatten und dabei durch die Kollision des Rechts der freien Religionsausübung bzw. der freien Meinungsäußerung einerseits und dem staatlichen Kontrollanspruch andererseits besonderes Interesse verdienten.

Der Hauptinhalt der den Sektenmitgliedern gemachten Vorwürfe richtete sich auf die in den Schriften der Sekte

- Wachturm - enthaltenen Anklagen gegen das kommunistische System. So wurde in ihnen behauptet, daß in der Sowjetunion und in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands "rote Totalitäre" an der Macht seien; daran schloß sich die Frage, ob die kommunistischen Herrscher das vollenden wollten, was Hitler begonnen habe. Auch die in der sowjetischen Besatzungszone in Aussicht genommenen Oktoberwahlen des Jahres 1950 wurden einer scharfen Kritik unterworfen und als unfrei und undemokratisch bezeichnet. Diesen Feststellungen wurde die Aufforderung an die Zonenbevölkerung hinzugefügt, sich nicht an den Wahlen zu beteiligen.

Das Oberste Gericht charakterisierte diese Äußerungen über die politischen Gesamtverhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone als Boykotthetze. Das war umso mehr folgerichtig, als bereits die belanglose Kritik an einzelnen staatlichen oder politischen Institutionen dieser Bezeichnung unterlag. Die Begründung der Urteile legte aber in diesen Fällen insbesondere darauf Gewicht, daß durch den Inhalt dieser Äußerungen die Bevölkerung erregt, unsicher und zum Widerstand gegen die Politik in der sowjetischen Besatzungszone veranlaßt wurde. Damit kam zum ersten Mal der Begriff des Aufwiegelns als Bestandteil der Begehungsform der Boykotthetze klar zum Ausdruck, der jedoch erst später bei der Abgrenzung von der staatsfeindlichen Hetze und der Staatsverleumdung der §§ 19 und 20 des StEG eine entscheidende Rolle spielen sollte. Unter dem Geltungsbereich des Art. 6 war er von keiner Bedeutung, ebenso wie die Begriffe "Unwahrheit" oder "Entstellung" bei den zu beurteilenden Äußerungen nicht als objektive Kriterien der Hetze beachtet wurden.

Das Oberste Gericht setzte sich auch mit der besonderen Problematik dieser Verfahren auseinander, die in dem Kollidieren von freier Meinungs- und Religionsausübung und dem diesen Rechten durch den Staat gesetzten Grenzen bestand: "Die Verfassung legt in Artikel 41 volle Glaubens- und Religionsfreiheit fest und schützt die ungestörte Religionsausübung. Sie legt aber ebenso fest, daß Einrichtungen von Religionsgemeinschaften, religiöse Handlungen

und der Religionsunterricht nicht für verfassungswidrige Zwecke mißbraucht werden dürfen. Das, was die Angeklagten getan haben und wofür sie bestraft werden, hat mit Religionsausübung nichts zu tun. Deshalb hat das Gericht auch während der Hauptverhandlung alle Erörterungen religiöser Fragen abgelehnt. Die Angeklagten haben keine Glaubensgrundsätze bekannt und verbreitet, wenn sie gegen den Frieden und die Bemühungen des Volkes, den Frieden zu erhalten, und gegen die Demokratie agitierten. Es ist nicht Religionsbetätigung, wenn sie gegen die Freiheit des Volkes auftraten und damit gegen die friedfertige Politik Deutschlands, die eine Grundlinie unserer Verfassung bildet, und gegen das Wohl und die Freiheit des Volkes, die oberste Prinzipien der Verfassung sind, verstießen Daß die hier Angeklagten als Anhänger einer religiösen Sekte auftraten, ändert nichts an dem Inhalt ihrer Tätigkeit, auf den Inhalt der Tätigkeit kommt es aber an" 1)

Das OLG Dresden stellte bereits in seinem Urteil vom 4.5.1948 zu dem Recht der freien Meinungsäußerung fest: "In gleicher Weise muß der Kampf geführt werden gegen jene Kräfte, die der Entfaltung der neuen Demokratie Hindernisse zu bereiten suchen durch Äußerung und Verbreitung von Mißtrauen gegen die Ziele der neuen Demokratie und gegen ihre Organe Sie verbieten es, antidemokratische Äußerungen oder Betätigungen als mit Demokratie vereinbar anzusehen, oder aus Gründen der Demokratie, Gründen des demokratischen Rechts der freien Meinungsäußerung " 2)

Schon diese letzte Entscheidung drückte die Vorrangigkeit des staatlichen Interesses aus, die politischen Ziele und Maßnahmen des Systems der sowjetischen Besatzungszone vor kritischen und gegnerischen Äußerungen oder, wie es das Gericht allgemein sagte, vor der Äußerung von Mißtrauen gegen die politischen Richtlinien zu schützen und eine abwertende Haltung zu der eingesetzten Entwicklung unter Einengung der rechtsstaatlichen Meinungsfreiheit weitgehend auszuschalten. Wenn das Oberste Gericht in sei-

1) Urteil vom 4.10.1950 a.a.O.

2) NJ 1948/197

nem angeführten Urteil zusätzlich hervorhob, daß allein der antidemokratische Inhalt solcher Äußerungen für die Bestrafung als Boykotthetze entscheidend sei, so war auch das nur im Sinne der kommunistischen Interpretation zu verstehen, wonach allein ihre Staatsform für sich in Anspruch nehmen kann, den wahren Belangen des Volkes in realer Weise zu dienen und auch die Politik dieses Staates allein friedliche und völkerverbindende Ziele verfolgt; notwendigerweise waren damit alle politisch anders orientierten Auffassungen antidemokratisch, sie beinhalteten eine Verächtlichmachung der wahrhaftigen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung des kommunistischen Systems und wirkten damit selbst das Recht der freien Meinungsäußerung.

Wie die Rechtsprechung als Ausfluß dieser Überzeugung zeigte, wurde bei Äußerungen, die eine Kritik oder eine Herabsetzung zonaler Verhältnisse zum Gegenstand hatten, konsequenterweise keine Unterscheidung zwischen staatlichen oder gesellschaftlichen Institutionen als Objekt dieser Meinungskundgaben gemacht und auch keine Differenzierung danach vorgenommen, ob die betreffenden Äußerungen mit dem Ziel der Beeinflussung oder eines Aufwiegeln der angesprochenen Bevölkerungskreise getan wurden. Die staatsgefährdenden Auswirkungen auf das ideologische Verhältnis des einzelnen Bürgers zum Staat wurden in allen Fällen als gleich stark angesehen und unter die solche Unterschiede ohnehin expressis verbis nicht beinhaltende Begehungsform der Boykotthetze subsumiert.

Die Verfahren gegen die Mitglieder der Sekte der Zeugen Jehovas trugen dem Umstand, daß die Möglichkeiten einer Aufklärung und Beeinflussung durch religiöse und kirchliche Institutionen sehr groß sind, Rechnung, wobei jedoch der Eindruck einer systematischen Unterbindung solcher Tätigkeiten vermieden werden sollte. Das geschah in diesen Prozessen - neben dem Hinweis auf den antidemokratischen Inhalt der Sektenzeitschriften - durch die Kennzeichnung der Sekte als Spionageorganisation, die

durch ihren Stammsitz in den Vereinigten Staaten von Amerika allein für diesen Zweck in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands organisiert worden sei; in anderen Fällen wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß sich das Urteil nicht gegen die Kirche, sondern nur gegen den jeweiligen Angeklagten richtet. Ein Beispiel hierfür bildete die Verurteilung des Leipziger Studentenseelsorgers durch das dortige Bezirksgericht. (Urteil vom 28.11.1957)

Diesem Angeklagten wurde u.a. zur Last gelegt, Verbindungen zu den westdeutschen evangelischen Akademien aufgenommen und ihre antimarxistischen und verleumderischen Lehrgänge besucht zu haben. Infolge der dadurch gewonnenen negativen Einstellung zum Staat der DDR habe der Angeklagte auch eine bedeutende Anzahl seiner Studenten an diese Akademie gesandt, damit sie ebenfalls gegen die DDR eingenommen würden. Zudem habe er auch Hetzschriften bei seinen Aussprachen mit Studenten und anderen Bürgern verwandt und Teile der Bevölkerung negativ beeinflußt. Er habe die DDR als totalitären Staat bezeichnet und sich mit den Aufständen in der DDR und in Ungarn solidarisch erklärt. Auch gegen die Freie Deutsche Jugend und die sogenannte Jugendweihe habe er eindeutig Stellung genommen und geäußert, daß zu einer völligen Orientierung über die tatsächlichen Verhältnisse in der DDR auch das Studium der westlichen Presse gehöre. Zudem habe er mit seinen sogenannten Arbeitskreisen auch eine illegale Organisation gegründet.

Das Gericht stellte zunächst hinsichtlich der Verbindung des Angeklagten zu Westdeutschland fest: "Die westdeutschen evangelischen Akademien verfolgen das Ziel, zwischen die Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Regierung einen Keil zu treiben. Die Einheit und Geschlossenheit der Bevölkerung der DDR soll untergraben werden, um dadurch den Angriffskrieg gegen unseren Staat vorzubereiten. Allen Agentenorganisationen der westlichen Mächte ist das bisher nicht gelungen Die NATO-Mächte versuchen deshalb, legale Organisationen auszunutzen, um diese Wühlarbeit gegen unseren Staat fortzusetzen. Eine solche Möglichkeit bieten ihnen die

Einrichtungen der Kirche" 1)

Sämtliche Handlungen des Angeklagten wertete das Gericht unterschiedslos als Boykotthetze. Hierunter fielen demnach nicht nur die in Gesprächen und Vorträgen zum Ausdruck gebrachten Kritiken an zonalen Einrichtungen, sondern auch die Verbindung zu den nach sowjetzonaler Ansicht verbrecherischen und friedensgefährdenden westdeutschen evangelischen Akademien und der Ausbau dieser Verbindung durch die Entsendung von Studenten. Diese Begründung, die generell eine Fühlungnahme zu sogenannten staatsfeindlichen Organisationen bereits als ausreichendes Kriterium für eine Boykotthetze hinstellte, ging offensichtlich von dem ^{Westen} westlichen Unternehmensbegriff aus, wonach bereits die Schaffung einer günstigen Voraussetzung für die Verwirklichung des Tatbestandes des Art. 6 - hier für die staatsfeindliche Beeinflussung Anderer - als strafbare Vorbereitungshandlung angesehen wird. Daraus mußte gefolgert werden, daß damit konsequenterweise bereits die Schaffung einer Orientierungsmöglichkeit - im zonalen Sprachgebrauch immer eine staatsfeindliche Beeinflussung - durch westliche Verlautbarungen als Täterhandlungen der Boykotthetze charakterisiert wurde.

Entgegen der einleitenden Feststellung des Gerichts, daß die kirchlichen Institutionen zur Wühlarbeit gegen den zonalen Staat benutzt würden, betonte es anschließend, daß dieses Verfahren keine Zielrichtung gegen die Kirche als solche beinhalte: "Es muß auch klar herausgestellt werden, daß der Angeklagte nur wegen seiner staatsfeindlichen Tätigkeit verurteilt wird und nicht wegen seiner Weltanschauung. Auch wenn er entsprechend seiner ideologischen Einstellung eine ablehnende Haltung gegenüber dem Aufbau des Sozialismus einnimmt, wird er deshalb niemals von den Organen unseres Staates zur Verantwortung gezogen werden. Er hat aber die Pflicht, sich loyal zu verhalten und die Gesetze unseres Staates zu beachten. Unser Staat muß darauf achten, daß die Kirche nicht von reaktionären Kräften benutzt wird, um religiös gebundene Menschen zu staatsfeindlichen Aktionen gegen unseren Staat

aufzuhetzen. Die Ausübung religiöser Handlungen wird entsprechend unserer Verfassung nach wie vor garantiert und unser Staat wird auch weiterhin sowohl die kirchlichen Einrichtungen als auch die Menschen, die darin tätig sind, schützen und es nicht zulassen, daß durch verbrecherische Elemente die Stätten für religiöse Handlungen zu Aktionen gegen unseren Staat mißbraucht werden. Kirchliche Einrichtungen und das Christentum an sich haben mit diesem Prozeß nichts zu tun. Das Urteil richtet sich gegen den Angeklagten als Bürger, weil er gegen unseren Staat vorgegangen ist und die durch die Verfassung geschützte Ordnung gefährdete, und damit indirekt gegen die reaktionären Kräfte in der Kirchenleitung, die diese feindliche Tätigkeit unterstützen und bestrebt waren, mit Hilfe des Angeklagten die NATO-Politik durchzusetzen." 1)

Diese Darlegungen waren sowohl in sich als auch in ihrer Beziehung zu den einleitenden Feststellungen des Gerichts widerspruchsvoll. Während auf der einen Seite das Christentum und die Kirche ausgeklammert werden sollten, wurden der Kirche bzw. ihren Leitern, und insofern war die Methode die gleiche wie bei den Verfahren gegen die Sekte Zeugen Johovas, staatsfeindliche Wühlarbeit und reaktionäre Handlungen vorgeworfen. Dem entsprach sodann die zutreffende Behauptung des Gerichts, daß mit diesem Prozeß nicht nur der Angeklagte, sondern die Kirche an sich betroffen werden sollte.

Auch der Hinweis des Urteils auf die Pflicht eines jeden Bürgers, sich zum Staat und seinen Gesetzen loyal zu verhalten, war mißverständlich und brachte nicht klar genug zum Ausdruck, was darunter verstanden werden mußte. Die Bezeichnung einiger Tätigkeiten des Angeklagten - seine Verbindung zu westdeutschen Akademien, sein Hinweis auf eine Orientierung durch die westliche Presse und Rundfunk, seine Kritik an der zonalen Jugendweihe usw. - als staatsgefährdende Hetze und damit ihrer Strafbarkeits-erklärung als Staatsverbrechen nach Art. 6 der Verfassung, zeigten eindeutig den tatsächlichen Inhalt des vom Gericht gemeinten Loyalitätsbegriffes: Der Staatsbürger

1) a.a.O.

hatte sich jeder Kritik und jeder ablehnenden Stellungnahme gegenüber zonalen Institutionen zu enthalten und auch eine engere, dem Meinungsaustausch und der Orientierung dienende Verbindung mit den westlichen Ländern zu vermeiden.

Damit war jeder politisch anders Denkende, der dem kommunistischen System in der sowjetischen Besatzungszone ablehnend gegenüber stand, zum Schweigen gezwungen. Wie kaum eine andere Entscheidung zeigte das vorliegende Urteil sowohl durch seine Begründung, als auch durch seinen Strafausspruch - das Gericht erkannte auf 5 Jahre Zuchthaus - daß eine politische Freiheit in der sowjetischen Besatzungszone mit allen in der Verfassung ausdrücklich gewährleisteten Rechten nicht besteht, daß diese vielmehr bewußt mit den Zwangsmitteln des Rechts, insbesondere des hierfür geschaffenen und geeigneten politischen Strafrechts, ausgeschaltet wird.

Das Urteil des Bezirksgerichts Leipzig war insofern, als es bereits die Verbindung zu westdeutschen Institutionen und die Schaffung von Orientierungsmöglichkeiten durch diese Stellen oder durch die westliche Presse als vollendete Boykotthetze bestrafte, kein Einzelfall. Auch Das Bezirksgericht Magdeburg befaßte sich in seinem Urteil vom 25.4.1952 mit einem ähnlichen Sachverhalt: Der Angeklagte hatte eine westdeutsche Zeitung in das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone eingeführt, die über die geplante und später auch durchgeführte Errichtung eines Sperrgürtels an der Zonengrenze und der damit verbundenen Evakuierung einzelner Dörfer berichtete. Der Angeklagte hatte diesen Artikel auch Bekannten zum Lesen gegeben. Das Gericht stellte fest: "Der Artikel ist ein Hetzartikel übelster Prägung. Der Angeklagte hat diesen in die Deutsche Demokratische Republik eingeführt und damit bereits Boykotthetze betrieben" ¹⁾

Die angeführten Beispiele zu der in dem Artikel 6 der Verfassung enthaltenen Boykotthetze zeigten, daß auf Grund dieser Rechtsprechung nicht gesagt werden kann, was Boykotthetze oder staatsgefährdende Hetze ist, vielmehr ist nur der Versuch möglich, durch das Aufzeigen

bestimmter gemeinsamer Anwendungsfälle einen annähernden Überblick darüber zu geben, was alles unter diesen Begriff gerechnet und nach ihm abgeurteilt worden ist. Fälle dieser Art wurden im zonalen Sprachgebrauch umfassend als "ideologische Diversion" bezeichnet, die in ihren verschiedenen Erscheinungsformen und Auswirkungen das Mittel für die Störung einer schnellen ökonomischen und politischen Entwicklung in der DDR bildete.¹⁾ Von der Verfolgung sogenannter Sabotagehandlungen und Abwerbungen, von gewaltsamen Tötlichkeiten gegen zonale Funktionäre und Einrichtungen, der Verbindung zu westlichen Organisationen und der Mitgliedschaft zu einer in der sowjetischen Besatzungszone verbotenen Organisation, von der Nichtbeachtung der Anordnungen der Zonenregierung und der Orientierung durch die westliche Presse, bis zu einer Bestrafung der direkten Kundgabe von Kritik und Ablehnung gegenüber der Gesamtheit der zonalen Verhältnisse und einzelnen Einrichtungen spannte sich der Anwendungsbereich dieser Begehungsform der Artikel 6, die weder ihrem Wortlaut nach noch durch ihre Handhabung in der sowjetzonalen Rechtsprechung eine Profilierung erfahren konnte. Mit rechtsstaatlichen Grundsätzen ist diese Praxis nicht zu vereinbaren.

2. Die Kriegshetze.

In gleichem Maße undurchsichtig und eine Ausuferung des Tatbestandes des Artikel 6 darstellend war die Rechtsprechung, die sich zu der Begehungsform der Kriegshetze entwickelte. Auch zu diesem Begriff ist eine genaue Definition niemals erfolgt, so daß wiederum nur eine summarische Aufzählung einzelner typischer Anwendungsfälle eine annähernde Vorstellung der abgeurteilten Handlungen vermitteln kann.

Das Oberste Gericht hat in seinem schon einmal erwähnten Urteil vom 4.10.1950 anlässlich des Schauprozesses gegen Angehörige der Sekte Zeugen Jehovas die von den Mitgliedern der Sekte angeblich betriebene Spionage als ein nach Art. 6 strafwürdiges Verbrechen bezeichnet, obwohl solche,

1) Stiller, S. 48 (42)

den gewöhnlichen Spionagebegriff erfüllenden Handlungen in Artikel 6 weder erwähnt werden noch mit Taten, "die die Gleichberechtigung verletzen" identifiziert werden konnten.

Das Oberste Gericht half sich auch hierbei, wie schon in den Fällen der Bejahung einer Boykotthetze, mit einer der Analogie gleichstehenden Gedankenkonstruktion, die wiederum in ganz bestimmten politischen und gleichermaßen gerichtsbekannten Tatsachen ihren Ausgangspunkt fand; "Auch die mit dieser Bezeichnung 1) gekennzeichneten Handlungen der Angeklagten enthalten einen Vorstoß gegen Artikel 6, ohne daß es in der rechtlichen Beurteilung einer Anlehnung an aufgehobene Bestimmungen des Strafgesetzbuches bedarf Die Angeklagten, deren Handlungen als Spionage bezeichnet werden, haben im Dienste des amerikanischen Imperialismus gestanden. Die Bedeutung dessen, was sie getan haben, kann nur erfaßt werden, wenn die Rolle berücksichtigt wird, die die Vereinigten Staaten von Amerika seit Jahren in der Weltpolitik spielen. Die letzten Ereignisse lassen klar erkennen, wie der amerikanische Imperialismus den Krieg gegen die friedliebenden Völker der Welt vorbereitet, und wie nicht nur Westdeutschland, sondern ganz Deutschland Kriegsschauplatz werden soll Alles dies bedeutet für ihn wichtiges Informationsmaterial und deshalb beteiligt sich derjenige, der dieses Informationsmaterial liefert, selbst an der Vorbereitung zum Krieg, treibt selbst Kriegshetze." 2)

In gleicher Richtung lag auch das Urteil des Obersten Gerichts vom 20.12.1950: "Die rechtliche Qualifizierung einer bestimmten Handlung als Kriegshetze ist an die konkreten Bedingungen der jeweiligen geschichtlichen Situation gebunden" 4)

Neben diesen Feststellungen zur analogen Anwendung der Begehungsform der Kriegshetze für sogenannte Spionagehandlungen verzichtete das Oberste Gericht auch bei diesen Begründungen darauf, wenigstens genaue Voraussetzungen in objektiver und subjektiver Hinsicht für die Er-

1) gemeint ist die Spionage, d.Verf.;

2) gemeint sind die angeblich gesammelten Nachrichten

fällung des Spionagebegriffes festzulegen. Es erfolgte keine Bezeichnung des als Objekt einer Spionagetätigkeit in Betracht kommenden Materials, keine Begrenzung auf den Verrat von Staatsgeheimnissen oder sonstiger im politischen Geheimhaltungsinteresse stehenden Nachrichten. Das Oberste Gericht stellte in seinem zuletzt genannten Urteil vom 20.12.1950 ganz allgemein fest: "Das im allgemeinen Sprachgebrauch als Spionage bezeichnete Verbrechen beschränkt sich nicht nur auf die Ausspähung von militärischen Geheimnissen, sondern umfaßt die Sammlung bzw. Übermittlung von Nachrichten aus allen Gebieten des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens." ¹⁾ Mit dieser weiten Formulierung war das Merkmal der Geheimhaltung von bestimmten Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gänzlich entfallen. Die Feststellungen des Gerichts gingen dahin, daß seitens der Westmächte der Versuch gemacht werde, alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens in der sowjetischen Besatzungszone zu erforschen und die gewonnenen Erkenntnisse sowohl für eine Propaganda gegen das kommunistische Regime, als auch zur Durchführung und Planung von Sabotage- und Diversionsakten auszunutzen, wobei alle diese Tätigkeiten wiederum unmittelbar der Kriegsvorbereitung und damit der Kriegshetze dienen würden. Hinsichtlich der möglichen Entfaltung einer Propagandatätigkeit gegen die Verhältnisse in der Zone, die bei Übermittlung von Nachrichten aus dem gesamten gesellschaftlichen Leben logischerweise nur bei einer falschen und entstellenden Überlieferung sich entwickeln könnte, während es sich sonst um eine wahre Berichterstattung handeln würde, machte das Oberste Gericht keine solchen Unterscheidungen. In seinem Urteil vom 20.2.1952 stellte es vielmehr ausdrücklich fest: "Dabei ist strafrechtlich unerheblich, ob diese Nachrichten - aus allen Teilen des Lebens - zutreffen oder unwahr sind. Entscheidend ist vielmehr, daß im gegenwärtigen Zustand der anglo-amerikanischen Kriegsvorbereitung jede Nachricht aus unserem Staat für sie von Wichtigkeit ist Jede Nachricht wird als ein Beitrag zur Vorbereitung des

1) OGStr. Bd. 1/104 f

Krieges aufgenommen." 1)

Gegenüber dieser Aufuferung des Spionage- und Kriegshetzbegriffes gab es in der Rechtsprechung der Zonengerichte auch Ansätze für eine sinnvollere Handhabung der Vorschrift. Das zeigte das Berufungsverfahren des OLG Halle mit dem abschließenden Urteil vom 22.2.1952.

Der Angeklagte dieses Prozesses, ein ehemaliger Volkspolizist, war nach Westdeutschland übergesiedelt. Dort machte er in einem Auffanglager allgemein in Mittel- und Westdeutschland bekannte Angaben über die Volkspolizei.

Das Landgericht als erste Instanz verurteilte den Angeklagten lediglich nach § 353 b des Strafgesetzbuches und führte zu der Frage der Erfüllung der Begehungsform der Kriegshetze zutreffend aus: "Der Gesetzgeber will mit dem Artikel 6 der Verfassung alle diejenigen Täter eines Verbrechens strafen, die als gewissenlose Elemente zum Kriege hetzen. Ein Täter kann nur dann verurteilt werden, wenn er die Tatbestandsmerkmale des Gesetzes verwirklicht hat. Das, was der Angeklagte gemacht hat, ist keine Kriegshetze. Daß die englischen Kriegstreiber die durch ihren Geheimdienst gemachten Erfahrungen über die Einsatzstärke unserer Volkspolizei vielleicht in einem Kriege auswerten, kann dem Angeklagten nicht zur Last gelegt werden. Die Kammer glaubt, daß die Anwendung des Artikel 6 auf diesen konkreten Fall eine zu gewagte extensive Auslegung sei, die an Analogie grenzen würde." 2)

Der um eine saubere Abgrenzung in objektiver und subjektiver Hinsicht bemühten Begründung des Landgerichts konnte in allen Punkten gefolgt werden; das galt insbesondere für die Ausführungen zu dem Spionagebegriff und der am konkreten Fall ausgesprochenen Verneinung, weil die vom Angeklagten gemachten Angaben bereits hinreichend in der west- und mitteldeutschen Öffentlichkeit bekannt waren und von einer Geheimhaltungsbedürftigkeit auch im weitesten Sinne nicht gesprochen werden konnte; es traf

1) OGStr. Bd. 2/9 f

2) NJ 1952/419

ferner für die Urteilsausführungen zu der Kennzeichnung solcher Handlungen als Kriegshetze überhaupt zu, die das Gericht schon aus subjektiven Gründen richtig abgelehnt hat.

Da die Entscheidung in einem krassen Gegensatz zu der uferlosen Rechtsprechung des Obersten Gerichts an Hand dieser Begehungsform des Art. 6 stand, war ihre Aufhebung durch das als Berufungsinstanz tätige Oberlandesgericht selbstverständlich. Das OLG begnügte sich dabei mit dem Hinweis, das Landgericht habe die politischen Folgen nicht genügend berücksichtigt, da der Angeklagte das Ansehen und das Vertrauen der Volkspolizei geschädigt und die in der Öffentlichkeit bekannten Informationen zumindest bestärkt habe.

Die Einheitlichkeit der Rechtsprechung war damit wieder hergestellt.

Gingen die bisher genannten Urteile von dem konkreten Fall aus, daß bestimmte Nachrichten irgendwelcher Art an Agentenorganisationen der westlichen Mächte zur direkten Ausnutzung für Kriegsvorbereitungen übermittelt wurden, so stellte das Urteil des Bezirksgerichts Karl-Marx-Stadt vom 9.8.1955 eine noch weitergehende Ausuferung dar. Der Angeklagte dieses Verfahrens hatte die Tatsache der Einsetzung eines neuen Betriebsleiters in einer sowjetzonalen Firma an eine Privatperson berichtet, die einige Zeit vorher nach Westdeutschland übersiedelt war. Auch diese Nachrichtenübermittlung wurde von dem Gericht als Kriegshetze gewertet mit der Begründung, daß republikflüchtige Personen, ebenso wie die westlichen Regierungen und ihre Agentenorganisationen, als in der sowjetischen Besatzungszone enteignete Verbrecher eine Politik der Kriegsvorbereitung treiben würden, wozu der Angeklagte Handlangerdienste leistet und damit selbst Kriegshetze betrieben habe. ¹⁾

Der Leitsatz des Obersten Gerichts, daß generell jede Unterstützung der sogenannten westlichen Kriegstreiber tatbestandsmäßige Kriegshetze sei, führte zwangsläufig

1) NJ 1956/25

dazu, daß nicht nur Nachrichtenübermittlungen aller Art als angebliche Spionage und unmittelbare Hilfeleistungen der Kriegsvorbereitungen unter diese Begehungsform subsumiert wurden, sondern auch alle Äußerungen, die eine Kritik an den sowjetzonalen Verhältnissen enthielten, möglicherweise mit der westlichen Beurteilung der zonalen Situation in Einklang standen und damit geeignet waren, die westlichen Thesen zu unterstützen oder nur zu bestärken.

So hatte ein Angeklagter in einer Parteiversammlung der damals noch zugelassenen LDP u.a. geäußert, daß die augenblicklichen Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone nicht immer so bleiben würden. Das mit diesem Verfahren befaßte Landgericht Eberswalde verurteilte den Angeklagten durch Entscheidung vom 23.2.1951¹⁾ wegen Kriegshetze, da er durch seine Äußerungen die Argumente der westlichen Kriegstreiber objektiv unterstützt und damit selbst den Kriegsvorbereitungen Vorschub geleistet habe.

Auch der Fall der sogenannten Abwerbung, der Beeinflussung von Personen in der sowjetischen Besatzungszone zu einer legalen oder illegalen Übersiedlung nach Westdeutschland, wurde, obwohl schon unter die Begehungsform der Boykotthetze subsumiert, als Kriegshetze wegen der Unterstützung der Industrie und der Landwirtschaft der Bundesrepublik bezeichnet.²⁾

Besonders bei der Begehungsform der Kriegshetze nach Art. 6 wurde die schon erwähnte sogenannte internationale Solidarität innerhalb des gesamten kommunistischen Herrschaftsbereiches auf dem Gebiete der strafrechtlichen Verfolgung von Handlungen zum Ausdruck gebracht, die sich gegen andere Volksdemokratien richteten.

So stellte das Oberste Gericht durch Urteil vom 13.1.1953 fest, daß auch die Übernahme von Spionageaufträgen in der Volksrepublik Polen den Tatbestand der Kriegshetze im Sinne des Art. 6 erfülle.

Die rechtliche Begründung dieser Subsumtion wurde von dem Gericht in erster Linie auf die engen freundschaftlichen

1) Quelle: Unrecht Bd. 1 Dok. 10/14

2) Urteil des BG Schwerin v. 20.4.1956, Quelle: Unrecht Bd. 3 Dok. 194/140

Beziehungen der sowjetischen Besatzungszone zu Polen gestützt, aber auch auf die westliche Politik, die in ihrer Zielrichtung auf eine Wiedererringung der Oder-Neiße-Gebiete nicht nur Polen, sondern auch die friedliche Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone gefährden würde.

Schließlich verwies das Gericht darauf, daß der Artikel 6 durch den Schutz der Verfassungsordnung auch alle Handlungen gegen die sogenannten Verfassungsgrundsätze unter Strafe stellten, zu denen eindeutig die Erhaltung der friedlichen Beziehungen zu den übrigen Volksdemokratien gehöre. Eine Gefährdung dieses politischen Grundsatzes sei daher ein unmittelbarer Angriff gegen die in der Verfassung niedergelegten Prinzipien. ¹⁾

3. Die Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß.

Gegenüber den bisher besprochenen Begriffen der Kriegs- und Boykotthetze waren die anderen Begehungsformen des Art. 6 der Verfassung von weit geringerer Bedeutung. Unter ihnen nahm noch die sogenannte "Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß" eine vorrangige Stellung ein.

Das Landgericht Potsdam stellte in seinem Urteil vom 11.1.1951 zunächst generell fest, daß sämtliche als Kriegshetze zu beurteilenden Äußerungen und Handlungen gleichzeitig auch als die Bekundung von Völkerhaß zu bezeichnen seien, da ein Kriegshetzer notwendig ein Feind und Hasser jeden Volkes, auch des eigenen, sei. ²⁾

Dieses Urteil verdient auch wegen seiner weiteren Begründungen zu der Tatbestandsmäßigkeit der konkreten Handlungen eine besondere Erwähnung.

Der Angeklagte hatte auf einer Westberliner Industrieausstellung u.a. auch angebliche Hetzschriften erhalten, die er jedoch ungelesen eingesteckt hatte. Auf der Rückreise in die sowjetische Besatzungszone wurden diese Schriften bei ihm vorgefunden, ebenso ein von ihm verfaßter Brief an den Rundfunksender RIAS mit der Auf-

1) NJ 1953/82

2) Quelle: Unrecht, Bd. 1 Dok. 7/12

schrift: "RIAS-Preisausschreiben und der nächste Weg zur deutschen Einheit und Freiheit."

Die Einlassung des Angeklagten ging dahin, nicht beabsichtigt zu haben, diesen Brief abzusenden und den Inhalt der ihm noch unbekannten Schriften zu verbreiten.

Das Gericht widerlegte diese Einlassung damit, daß der Angeklagte als Gegner des zonalen Staates "nach allen menschlichen Erfahrungsgrundsätzen" gar nicht anders hätte tun können, als den Inhalt der Zeitschriften zu verbreiten, deren hetzerischen Charakter er schon aus den Umständen des Erhalts hätte erkennen müssen.

Diese Begründungen verdeutlichen, daß die zonalen Gerichte nicht nur in der Auslegung von Strafgesetzen eine willkürliche Interpretation von Tatbestandsmerkmalen oder Begehungsformen vornahmen, sondern auch bei ihren Beweisführungen wahllose Unterstellungen für eine Verurteilung, zumindest auf dem Gebiete des politischen Strafrechts, als ausreichend ansahen.

In dem bloßen Niederschreiben des Briefes mit den angeblich kriegshetzerischen Äußerungen sah das Gericht bereits eine vollendete Bekundung von Völkerhaß: "Bekunden ist nicht gleichzusetzen mit Betreiben oder Verbreiten von Hetze, oder mit Propaganda. Verbreiten, Betreiben oder Propaganda verlangt, daß eigene oder fremde Gedanken mittels Wort, Schrift, Bild, Ton usw. an andere weiter gegeben werden, Bekunden daher nur, daß diese Gedanken den Bereich des bloßen Denkens verlassen und irgendwie sichtbar gemacht werden" 1)

Diese Begehungsform sah das Gericht auch in der von dem Angeklagten niedergeschriebenen Forderung nach einer freien Betätigung aller Parteien als erfüllt an. Es folgte aus dieser Formulierung einfach, damit habe der Angeklagte auch die freie Zulassung der nationalsozialistischen Partei oder ihrer Nachfolgeorganisationen gemeint und somit ein weiteres Mal seinen Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß bekundet, zu denen das deutsche Volk durch die Nationalsozialisten erzogen worden sei. 2)

Im gleichen Maße nach der Auslegung der Normen und der

1) a.a.O.; 2) Anm.: Das Urteil lautete auf 6 Jahre Zuchthaus.

Beweisführung willkürlich waren zahlreiche andere Urteile. Bei der Begehungsform der Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhaß kam zudem der besondere strafrechtliche Schutz zum Ausdruck, der dem politischen Ansehen der Sowjetunion und ihren Beziehungen zu der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gewährt wurde.

Das Landgericht Görlitz verurteilte durch Entscheidung vom 15.12.1950 einen Angeklagten, der auf einer Einwohnerversammlung u.a. gefragt hatte, warum in der Sowjetunion noch so viele Kriegsgefangene seien: "Durch seine in Fragen gekleideten Behauptungen hat der Angeklagte Völkerhaß betrieben. Er hat sich die von der westlichen Presse aufgestellten lügnerischen Behauptungen, die darauf hinzielen, die deutsch-sowjetische Freundschaft zu untergraben, zu eigen gemacht und durch deren Verbreitung das, was sie bezweckten, augenscheinlich erreicht. Die objektive Schwere der Verfehlungen ist rein äußerlich schon dadurch gekennzeichnet, daß solche Handlungen als Verbrechen im Sinne des § 1 StGB gelten. Die Folgen können neben anderen Ursachen Gründe sein für einen Krieg Mit dieser Gefahr spielt jeder, der die deutsch-sowjetische Freundschaft gefährdet" 1)

Der politische Zweck, das ständig als unantastbares Vorbild hingestellte Beispiel der Sowjetunion und ihre Beziehungen zu der sowjetischen Besatzungszone jeglicher Kritik zu entziehen, führte soweit, daß die mangelnde Erkenntnis von Zonenbewohnern über die Richtigkeit aller in der Sowjetunion und den übrigen Volksdemokratien bestehenden Verhältnisse und ihrer Maßnahmen auf dem politischen Gebiet als vorwerfbare Unterlassung der pflichtgemäßen gesellschaftlichen Aufklärung angesehen und etwaige aus dieser Unkenntnis resultierende Äußerungen als Bekundung von Völkerhaß verurteilt wurden.

So wurde in einem Verfahren einer aus Ostpreußen stammenden Angeklagten zur Last gelegt, in einer Versammlung

1) Quelle: Unrecht Bd. 1 Dok 12/17

der Nationalen Front geäußert zu haben, man solle ihr die Heimat wiedergeben und die Russen hinausjagen. Das Gericht führte in seinem Urteil vom 30.1.1953 aus: "Die Angeklagte hat durch diese Äußerung Völkerhaß getrieben. Sie hat, wenn auch nicht mit bewußtem Vorsatz, gerade die Forderung zu ihrer eigenen gemacht, wie sie von den westlichen Kriegstreibern proklamiert wird, nämlich das Gebiet östlich der Oder-Neisse wieder an Deutschland zurückzugeben Wenn die Angeklagte auch von Seiten der Zeugen als vorlaut und unüberlegt sprechend bezeichnet wird, so mußte sie doch soviel wissen, daß, wenn sie heute eine Siedlung ihr eigen nennen darf, sie dieses nur dem tapferen Sowjetvolk überhaupt zu verdanken hat. Wenn es ihr darüber hinaus möglich ist, besser als früher zu leben, so ist das ebenfalls nur auf die uneigennützig und großzügige Hilfe durch die Sowjetunion und die Volksdemokratie nach 1945 möglich. Diese einfache Erkenntnis kann man wohl heute bei jedem, auch dem einfachsten und unbelesensten Menschen voraussetzen Wenn die Angeklagte daher in diesen Fragen noch nicht klar war, so hätte sie durchaus die Möglichkeit gehabt, sich durch weitere Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu informieren Durch ihre in der Versammlung gemachte Äußerung hat sie gezeigt, daß sie mit der heutigen Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik überhaupt nicht Schritt gehalten hat" 1)

Neben den charakteristischen politischen Glorifizierungen der Sowjetunion und den damit zumeist verbundenen Ausfällen gegenüber den westlichen Demokratien verdiente insbesondere der letzte Satz der Urteilsbegründung Beachtung. Er drückte mit genügender Klarheit den eigentlichen Vorwurf gegen die Angeklagte aus, der in ihrer gegnerischen Gesinnung zu dem bestehenden System in der Zone und seiner gegenüber den Volksdemokratien - hier besonders gegenüber Polen bei der Frage der deutschen Ostgrenzen - betriebenen Politik die alleinige Begründung fand. Die Äußerung dieser inneren Einstellung war daher genügender Anlaß zu einer Verurteilung wegen Be-

kundung von Völkerhaß und zu einer Charakterisierung als Staatsverbrechen nach Artikel 6 der Verfassung.

Die Strafbarkeit der inneren Einstellung brachte auch das Kreisgericht Dessau in seinem Urteil vom 23.4.1958 in einer allgemeinen Formulierung zum Ausdruck: "Seine gesamte Verhaltensweise hat gezeigt, daß er keineswegs die Interessen unseres Staates vertritt, sondern daß er im Gegenteil eine innere Einstellung zu diesem Staat aufweist, die sich unsere Werktätigen nicht bieten lassen." ¹⁾

Die zitierten Entscheidungen zeigten die überragende Bedeutung, die der politischen Stellung der Sowjetunion und ihrem Verhältnis zu der sowjetischen Besatzungszone beigemessen wurde. Wie in anderen Fällen bei Spionage- oder Sabotagehandlungen, die in oder gegen andere Volkdemokratien begangen und nach sowjetzonalem Recht und durch Zonengerichte abgeurteilt wurden, die Solidarität des kommunistischen Lagers zum Ausdruck gebracht wurde, stand dieser Begriff auch bei bloßen Meinungskundgaben im Mittelpunkt der Strafpolitik. Damit ergab sich für die Gerichte in Ermangelung anderer Tatbestände die Notwendigkeit, alle kritischen und ablehnenden Äußerungen in Bezug auf die Volkdemokratien bereits als eine Bekundung von Völkerhaß und als Staatsverbrechen nach Art. 6 anzusehen. Auch diese Begehungsform bekam somit das Bild und die Funktion einer weiten Generalklausel, bei der hinsichtlich der Urteilsfindung allein die erkannte Gefährlichkeit einer Handlung für die deutsch-sowjetischen Beziehungen, keinesfalls etwa die Art und das Stadium der Begehung sowie die Willensrichtung des Täters entscheidend war. Selbst die vom Obersten Gericht in seinem Urteil vom 7.12.1951 ²⁾ zu dieser Begehungsform gegebene Auslegungsformel, es komme darauf an, "ob der Ausdruck des Hasses so schwer wiegt, daß er den Grad des Verbrechens erreicht", die also eine erkennbare Intensität für die vom Täter getane Bekundung verlangte und sie gleichermaßen erst zum notwendigen Begriffsmerkmal für

1) Quelle: Unrecht, Bd. 3 Dok. 117/126

2) OGStr. Bd. 2/83 f

die Bezeichnung "Haß" machte, wurde von den Gerichten in der Überbetonung der An-sich-Gefährlichkeit solcher Äußerungen und der Schutzwürdigkeit der in der Bevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone zu erzeugenden und zu erhaltenen positiven Einstellung zur Sowjetunion außer Acht gelassen.

Neben diesem im Vordergrund stehenden Verfahren zur Aburteilung von sowjetfeindlichen Äußerungen befaßten sich die Gerichte auch vereinzelt mit antisemitischen Verlautbarungen, die gleichfalls unter Art. 6 - Bekundung von Rassenhaß - subsumiert wurden. Ein Beispiel hierfür war das Urteil des Obersten Gerichts vom 4.1.1952 ¹⁾.

Auch in diesem Zusammenhang stellte das Gericht die in den übrigen Fällen nicht beachtete Forderung auf, der Grad der antisemitischen Bekundung müsse so stark sein, daß er Verbrechenscharakter annehme.

Die Rechtsprechung zu der Kontrollratsdirektive Nr. 38
Abschn. II Art. III A III

Nach den bisher behandelten Vorschriften des Befehls 160 der SMAD und des Artikels 6 der Verfassung kam für die strafrechtliche Praxis in der sowjetischen Besatzungszone auf dem Gebiete des politischen Strafrechts der Kontrollratsdirektive Nr. 38 Abschn. II Art. III A III weitere entscheidende Bedeutung zu. Das galt nicht nur für die Zeit vor dem Inkrafttreten der zonalen Verfassung und der damit eintretenden Anwendungsmöglichkeit des Art. 6 im Jahre 1949, sondern auch für die Fälle, in denen diese Vorschrift teils neben den genannten Bestimmungen angewandt wurde, teils die alleinige Verurteilungsgrundlage dann bildete, wenn die Gerichte von der Heranziehung des Art. 6 und einer nicht mehr gerechtfertigten Charakterisierung einer Tat als "Angriff gegen die Grundlagen der staatlichen Ordnung" - Staatsverbrechen - selbst Abstand nahmen. Die in sonstigen Fällen als Boykotthetze oder Kriegshetze gekennzeichneten Äußerungen und Hand-

1) OGStr. Bd. 2/289 f

lungen wurden damit unter dem Begriff der "Erfindung oder Verbreitung friedensgefährdender tendenziöser Gerüchte" subsumiert.

1. Das Tatbestandsmerkmal der Erfindung oder Verbreitung friedensgefährdender tendenziöser Gerüchte.

So befaßte sich das Bezirksgericht Halle in seinem Urteil vom 25.9.1953 ¹⁾ mit dem Verhalten von vier angeklagten Bauarbeitern, die im Verlaufe von Unterhaltungen in den Arbeitspausen u.a. RIAS-Sendungen verbreitet und Regierungsmitglieder der sowjetischen Besatzungszone als Strolche bezeichnet hatten. Ihre herabsetzende Kritik galt auch dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Funktionären, ebenso wurde von ihnen die Sowjetunion als Friedensstörer bezeichnet.

Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Entscheidungen, in denen Äußerungen von weit geringerer Tragweite bereits nach Art. 6 bestraft worden waren, verurteilte das Gericht diese Meinungskundgabe der Angeklagten als Erfindung und Verbreitung von tendenziösen friedensgefährdenden Gerüchten nach der KRD 38. Die Begründung war die gleiche, die schon bei der Kennzeichnung der Kriegshetze in Artikel 6 gegeben wurde: In solchen Äußerungen liege eine Unterstützung der westlichen Kriegspropaganda, die bezwecke, Mißtrauen und Unsicherheit unter die Bevölkerung zu tragen; die Angeklagten seien damit Werkzeuge der Kriegstreiber und ihre Gespräche friedensgefährdend.

Neben den unmittelbaren Äußerungen von sogenannten Gerüchten, die als Erfindung oder Verbreitung angesehen wurden, erfolgte auch bei dieser Vorschrift eine Verurteilung schon dann, wenn lediglich die Möglichkeit der Orientierung durch die westliche Presse oder den Rundfunk geschaffen wurde.

Das Bezirksgericht Magdeburg verurteilte durch Entscheidung vom 4.6.1953 einen Angeklagten nach der KRD 38, der

1) Quelle: Unrecht, Bd. 2 Dok. 148/118

in seiner Gaststätte den Rundfunksender des RIAS eingeschaltet hatte: " hat er die Möglichkeit geschaffen, daß die Hetzsendungen verbreitet werden konnten, und hat somit die friedensgefährdenden Gerüchte verbreitet im Hinblick auf die besondere Gesellschaftsgefährlichkeit war der Senat der Überzeugung, daß eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren die gerechte Strafe ist ... 1)

Die beiden Urteile zeigten bereits, daß die KRD 38 die gleiche Funktion erfüllte wie der Artikel 6, nämlich die politischen Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone und der Sowjetunion, die sogenannten politischen und ideologischen Grundlagen, vor jeder Kritik zu schützen und auch eine westliche Information der Bevölkerung weitgehend zu unterbinden. Eine Begriffsunterscheidung zwischen Kriegs- und Boykotthetze einerseits und der Verbreitung und Erfindung von friedensgefährdenden tendenziösen Gerüchten auf der anderen Seite war nicht ersichtlich.

Obwohl das Bezirksgericht Magdeburg der Tat des Angeklagten den Charakter eines Staatsverbrechens, eines unmittelbaren Angriffs gegen die staatliche Gesamtordnung, absprach und wenigstens insoweit eine Abgrenzung - im Gegensatz zu anderen Entscheidungen - vornahm, legte es doch, wie das Strafmaß verdeutlicht, der Gesellschaftsgefährlichkeit der Tat des Angeklagten entscheidendes Gewicht bei.

Ebenso wie das Abhören westlicher Sender im Beisein dritter Personen und die damit verbundene Schaffung einer möglichen Aufklärung nach der KRD 38 bestraft wurde, genügte auch schon die Einfuhr oder der Besitz von Westzeitungen zur Verwirklichung dieses Tatbestandes.

So verurteilte das Bezirksgericht Potsdam am 6.2.1953 einen zur Tatzeit erst 15-jährigen Angeklagten sowohl nach der KRD 38 als auch nach Artikel 6, weil er im Auftrage seines Vaters von Zonenflüchtlings in Westberlin Post an ihre Angehörigen befördert und in seiner Wohnung

1) Quelle: Unrecht, Bd. 2 Dok. 149/120

einige westliche Zeitungen und Broschüren aufbewahrt hatte. Ohne auf einen eventuellen Willen des Angeklagten, diese Schriften oder ihren Inhalt zu verbreiten, einzugehen, sah das Gericht allein durch ihren Besitz die genannten Tatbestände als erfüllt an und verurteilte zu einem Jahr Zuchthaus. ¹⁾

Eine Einschränkung dieser Praxis stellte das Urteil des Obersten Gerichts vom 9.6.1953 dar. In der ersten Instanz war der Angeklagte - wie in dem vorgenannten Fall - wegen des bloßen Besitzes von Westzeitungen nach der KRd 38 verurteilt worden. Dem gegenüber führte das Oberste Gericht aus: "Ein Verbrechen im Sinne dieses Gesetzes liegt vielmehr erst dann vor, wenn zu dem Besitz von Westzeitungen noch Umstände hinzukommen, die erkennen lassen, daß diese Zeitungen zu hetzerischen oder boykotierenden Handlungen benutzt werden oder benutzt werden sollten " ²⁾

Es mag an den weiteren Ausführungen des Obersten Gerichts hierzu gelegen haben, daß die Untergerichte diesen Hinweis nicht beachteten oder zumindest mit Begründungen wie: Der Angeklagte hätte nach der menschlichen Erfahrung gar nichts anderes tun können als verbreiten - einen solchen Vorsatz dem Angeklagten unterstellten; das Oberste Gericht führte in dieser Entscheidung nämlich weiter aus: "Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß von einem Bürger der Deutschen Demokratischen Republik auf Grund der ihm obliegenden allgemeinen Pflichten verlangt werden muß, daß er den Besitz von Westzeitungen wegen ihres gegen die Deutsche Demokratische Republik gerichteten hetzerischen Inhaltes ablehnt und sich auf die der Einheit Deutschlands dienenden Informationen unserer demokratischen Presse und unseres demokratischen Rundfunks konzentriert. Ein Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, der sich zu seiner eigenen sogenannten Orientierung den Besitz von Westzeitungen verschafft, ist moralisch und gesellschaftlich zu

1) Quelle: Unrecht, Bd. 2 Dok. 195/171

2) NJ 1953/411

verurteilen. Er gibt damit zu erkennen, daß er in seinem Bewußtsein zurückgeblieben ist *

Es konnte nicht überraschen, daß bei solchen Formulierungen - trotz eines freisprechenden Urteils - die Gerichte in der Regel zu einer Verurteilung gleicher oder ähnlicher Sachverhalte kamen.

Neben den unmittelbaren Äußerungen, die gegen die Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone oder in anderen Volksdemokratien gerichtet waren oder neben der Verbreitung oder des Besitzes von außerzonalen Informationen, die wie bei Artikel 6 ebenfalls von der KRD 38 unter dem Begriff der Erfindung oder Verbreitung von tendenziösen friedensgefährdenden Gerüchten erfaßt wurden, ergab sich eine weitere Parallele zu der Rechtsprechung an Hand der Verfassungsbestimmung in der strafrechtlichen Beurteilung von Handlungen, die als eine mittelbare Bestätigung oder Unterstützung von westlichen Argumenten angesehen wurden. Auch in diesen Fällen erfolgte die Begründung, daß die Handlungen geeignet seien, den Beweis für gewisse Unzulänglichkeiten der Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone zu erbringen.

In dieser Richtung lag zunächst das Urteil des Bezirksamtsgerichts Dresden vom 13.1.1954.

Die Angeklagte dieses Verfahrens hatte nach Aufforderung durch eine Westberliner Bekannte drei Lebensmittelpakete im Westberliner Schöneberger Rathaus - für Sowjetzonenbewohner - in Empfang genommen und ihrer Bekannten übergeben.

Das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen Verbreitung friedensgefährdender tendenziöser Gerüchte nach der KRD 38 mit der folgenden, aus der Rechtsprechung zu Artikel 6 bereits bekannten Begründung: ".... Die Angeklagte gab zu, daß sie zu diesem Zeitpunkt bereits Kenntnis von der Aufklärung unserer demokratischen Presse und des Rundfunks hatte, die das verbrecherische Verhalten der Paketabholer öffentlich brandmarkten Trotz dieser Kenntnis holte sie die Pakete ab Es ist bekannt,

daß die westlichen Kriegstreiber die Paketabholer gefilmt und, wie auch die Angeklagte, namentlich registriert haben. Diese Unterlagen werden dann benutzt, um vor der UN und der gesamten westlichen Welt eine üble Hetze gegen die DDR zu entfachen. In dieser Hetze wurden die Ostzonenbewohner als Hungernde hingestellt und in letzter Konsequenz unsere befreundete Sowjetmacht für die Zustände verantwortlich gemacht. Mit dem Erscheinen der Angeklagten im Schöneberger Rathaus bekundete diese, daß sie ebenfalls angeblich zu den hungernden Ostzonenbewohnern gehörte, die auf eine Lebensmittelspende angewiesen sind. Mit diesem Verhalten hat die Angeklagte vorsätzlich durch eine konkludente Handlung ein Gerücht erfunden und verbreitet, welches eine politische Tendenz hatte Die Angeklagte hat sich durch ihr verbrecherisches Verhalten außerhalb unserer demokratischen Gesellschaft gestellt und den westlichen Kriegstreibern zur Erreichung ihrer menschenfeindlichen Ziele einen wesentlichen Beitrag geleistet" 1)

Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von ein-
einhalb Jahren.

Sowohl die Feststellungen von gerichtsbekannten politischen Hintergründen von Spendenaktionen als auch die restliche Beweisführung des Urteils waren die gleichen wie bei den übrigen Vorschriften. In Ausdehnung dieser Praxis wurde schon der bloße Besuch von Westberliner Institutionen konsequenterweise als Vergehen nach der KRD 38 bestraft, wobei der verbrecherische Charakter von westdeutschen Organisationen grundsätzlich den Ausgangspunkt der Erörterungen bildete: "Mit dem Besuch der Kuno-Fische-Straße 2) hat der Angeklagte den Tatbestand des Artikel 6 in Verbindung mit der KRD 38 Abschn. II Artikel III A III erfüllt. Alle Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die sich zu der Agentenzentrale begeben, bringen durch Aufsuchen dieser Zentrale zum Ausdruck, daß sie mit der Entwicklung in der Deutschen Demo-

1) Quelle: Unrecht, Bd. 2 Dok. 160/137

2) Westberliner Flüchtlingsmeldestelle, d.Verf.

kratischen Republik nicht einverstanden sind. Es kann dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden, welche Angaben er im einzelnen getätigt hat Fest steht, daß diese Zentrale jeden Besuch der Bürger aus der Deutschen Demokratischen Republik zum Anlaß nimmt, verleumderische Behauptungen gegen die DDR zu verbreiten. Dadurch werden schwankende Personen in Gesamtdeutschland gegen die DDR beeinflußt und werden Waschlappen im Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands Das Gericht hielt für die Handlung des Angeklagten ein Jahr Zuchthaus für gerecht, um die gesellschaftliche Schädigung zu sühnen." 1)

Diese Urteile ließen erkennen, daß auch hinsichtlich der KRd 38 eine uferlose Rechtsprechung in der sowjetischen Besatzungszone einsetzte und von einer exakten Begrenzung dieser Vorschrift ebenso wenig wie bei den anderen Bestimmungen gesprochen werden konnte.

Das Tatbestandsmerkmal der "Propaganda für den Nationalsozialismus und Militarismus."

Wurde schon das Tatbestandsmerkmal der Erfindung oder Verbreitung von friedensgefährdenden tendenziösen Gerüchten zu einer rigorosen strafrechtlichen Verfolgung von politisch nicht genehmen Äußerungen und Handlungen herangezogen, so galt das - auch hinsichtlich der Methode - auch für die sogenannte Propaganda für den Nationalsozialismus und Militarismus. Gerade diese Bezeichnung ließ bei dem Studium der Praxis erkennen, daß die Handhabung der Direktive in der sowjetischen Besatzungszone mit ihrem nach Inhalt und Entstehung zugeordneten Zweck der Bekämpfung neofaschistischer Elemente nichts gemein hatte.

In einem Berufungsverfahren vor dem Obersten Gericht war dem Angeklagten zur Last gelegt, als Republikflüchtiger in einem westdeutschen Flüchtlingslager Angaben über Betriebe seines Heimortes und über staatliche und Parteidienststellen gemacht zu haben.

1) BG Potsdam, Urteil vom 13.2.1953, Quelle: Unrecht, Bd. 2 Dok. 162/138

Das Bezirksgericht verurteilte in der ersten Instanz wegen Begehung von Kriegshetze gemäß Art. 6 mit der bekannten Begründung, daß die Übermittlung aller irgendwie gearteten Nachrichten aus allen Bereichen des zonalen Lebens eine Unterstützung des westlichen Informationsdienstes und damit selbst Kriegshetze sei. Das Gericht verneinte jedoch die gleichzeitige Anwendung der KRD 38 deshalb, weil die Tat des Angeklagten nicht als Propaganda für den Militarismus zu werten sei und er keine so wichtigen, "der Stärkung des westlichen Imperialismus dienenden Angaben" gemacht habe.

Gegen diese Auffassung wandte sich das Oberste Gericht mit folgenden Feststellungen: "Der Militarismus als typische Erscheinungsform des Kapitalismus ist ein Mittel für die Eroberungskriege der imperialistischen Staaten. Militarismus und Kriegsvorbereitung sind untrennbar miteinander verbunden Die Kriegshetze als Element der Kriegsvorbereitung beinhaltet daher notwendigerweise eine Propagierung und Stärkung des Militarismus. Daraus folgt, daß es unerheblich ist, in welcher Form Kriegshetze und militärische Propaganda betrieben werden Der Angeklagte hat durch seine Angaben Kriegshetze betrieben und damit zugleich den wieder erstehenden aggressiven deutschen Militarismus propagiert und gestärkt." 1)

Ebenso lautete das Urteil des Obersten Gerichts vom 21.12.1953: ".... eben weil jede Kriegshetze zugleich eine Propaganda für den Militarismus zum Inhalt hat 2)

Bildete schon die Subsumtion solcher Handlungen unter den Artikel 6 als Kriegshetze eine willkürliche Tatbestandsauslegung, so war die weitere Folgerung, daß zugleich in derartigen, unter diesen Begriff fallenden Tätigkeiten und Äußerungen eine Propagierung des Militarismus liege, in noch stärkerem Maße eine nach Wortlaut und Inhalt der Vorschrift nicht gerechtfertigte und wahllose Interpretation eines nur als Anhaltspunkt gedachten strafrecht-

1) Urteil vom 14.11.1952, NJ 1952/614 f.

2) OGStr. Bd. 2/27 f.

lichen Tatbestandes.

Eine Definition des Begriffes der Propaganda im Sinne einer sich einsetzenden, werbenden Tätigkeit für bestimmte Ziele erfolgte in dieser Rechtsprechung nicht; die globale Feststellung, daß alle unmittelbar oder mittelbar mit den sogenannten kriegstreiberischen westlichen Argumenten übereinstimmenden Handlungen und Äußerungen diesen Begriff erfüllten, ließ somit die gleiche Ausuferung bei der Anwendung dieser Bestimmung zu, wie es bei den anderen Vorschriften bereits zu beobachten war.

In gleicher Weise willkürlich und mit Sinn und Zweck der Direktive nicht vereinbar erwies sich die Praxis bei der Interpretation der Bezeichnung der Propaganda für den Nationalsozialismus.

Ein Beispiel lieferte das bereits einmal zitierte Urteil der Obersten Gerichte vom 24.8.1951; in diesem Verfahren waren dem Angeklagten Tätlichkeiten gegen Mitglieder der Freien Deutschen Jugend und ihre Bezeichnung als Kommunistenschweine vorgeworfen worden. Neben der selbstverständlichen Verurteilung aus Art. 6 als Boykotthetze erfolgte zudem die Anwendung der KRD 38. Das Gericht stellte fest, daß der Ausruf "Kommunistenschweine" eine neofaschistische Betätigung sei, weil er sich als ein Angriff gegen die Abwehr des Nationalsozialismus und gegen die zu diesem Zweck errichtete Demokratie darstelle. Zugleich weise dieser Ausspruch alle Merkmale des Nationalsozialismus auf, da er die von dieser Partei stets angewandte Ausdrucksweise gebrauche und sich mit ihren Mitteln - Schmähungen, Terror und Gewalt - identifiziere: "Wer solche Methoden des Nationalsozialismus jetzt aufgreift, setzt sich in klarster und stärkster Art für ihn ein. Propaganda für ihn bedeutet nichts anderes als ein Sich-Einsetzen für seine oder ihm verwandte Anschauungen und Taten." 1)

Die gleiche absurde Interpretation enthielt das Urteil des OLG Dresden vom 1.7.1948.

1) OGStr. Bd. 2/214 f.

Der damalige Angeklagte hatte sich während einer Eisenbahnfahrt mit westdeutschen Besuchern der Zone geäußert, daß seine Lebensmittelkarten in der SBZ nicht voll beliefert und die Funktionäre an der Spitze alles verbrauchen würden. Dem Einwand eines zur SBZ positiv eingestellten Zeugen, Hitler sei letztlich an den heute noch herrschenden Verhältnissen schuld, entgegnete der Angeklagte mit der Behauptung, das würde man wohl noch in fünfzig Jahren sagen, in Wahrheit sei der Aufbau in der Zone durch den Abbau von Eisenbahnschienen genügend charakterisiert. Auf den Hinweis des Zeugen, der Angeklagte sei wohl auch so ein Schuldiger, bot ihm der Angeklagte eine Ohrfeige an und sagte, daß man alle, die so dächten, "auf die Fresse hauen müßte."

Während die Äußerungen des Angeklagten über die schlechte Lebensmittelversorgung in der SBZ als eine Erfindung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte bezeichnet wurde, erklärte das Gericht die weiteren Bemerkungen des Angeklagten als eine faschistische Propaganda: "Wenn ein Mensch zum heutigen demokratischen Staat positiv eingestellt ist, also ein wirklicher Demokrat ist, der sich nicht scheut, auch angesichts einer aus der Westzone kommenden voreingenommenen Menschenmenge sachlich und nüchtern die wirklichen Ursachen unserer Not darzulegen, dann weiß der Zuhörer, in diesem Fall der Angeklagte, um die wahre Gesinnung dieses Menschen. Wenn der Angeklagte diesem Demokraten durch dauerndes Auf-die-Fresse-Schlagen wieder eine andere Gesinnung beibringen will, dann propagiert er die Terrormethoden des Nationalsozialismus, der seine politischen Gegner zwar nicht zu einer anderen Gesinnung, aber zu Tausenden ums Leben brachte. Propaganda für den Nationalsozialismus treibt nicht nur derjenige, der sich für die Verbreitung der sogenannten nationalsozialistischen Weltanschauung einsetzt; auch wer, wie der Angeklagte, die Methoden der nationalsozialistischen Machthaber heute noch anwendet, um fortschrittlich denkende Menschen zum Schweigen zu bringen, zeigt, daß er diese Methoden heute noch billigt und treibt Pro-

paganda für den Nationalsozialismus, ebenso wie derjenige, der die Bevölkerung von der Erkenntnis abzulenken versucht, daß der Faschismus die allumfassende Ursache für alle Schwierigkeiten ist" 1)

Auch die Aufforderung eines Arbeiters an einen Kollegen, er solle sich nicht um die Politik kümmern, wurde als Propaganda für den Nationalsozialismus gewertet, da es typisch faschistisch sei, den politischen Gegner vom Klassenkampf abzuhalten und ihn einzuschüchtern. 2)

Diese und ähnliche Feststellungen waren noch insofern von Bedeutung, als die Zonengerichte grundsätzlich auch davon ausgingen, daß die in den westlichen Ländern vertretenen Auffassungen und Ideen generell neofaschistischen Charakter aufweisen würden. So verurteilte das Bezirksgericht Halle durch Entscheidung vom 2.4.1953 einen Angeklagten wegen einer geäußerten Kritik an den zonalen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht nur wegen Kriegshetze nach Art. 6 - Unterstützung der westlichen Hetze - sondern auch wegen Propaganda für den Nationalsozialismus bzw. für die "neofaschistischen Machenschaften der westlichen Kriegstreiber." 3)

Die vorstehenden Urteilsbegründungen gaben einen annähernden Überblick der Möglichkeiten, die die sowjetzonale Justiz bei der Interpretation des Begriffes der faschistischen Propaganda der KRD 38 eröffnete. Es ist auch hier angezeigt, von einer Generalklausel zu sprechen, die zunächst die Bezeichnung "Faschismus" zur Kennzeichnung aller politischen Auffassungen, insbesondere die der westlichen Demokratien, benutzte, die mit der herrschenden Parteidoktrin in der sowjetischen Besatzungszone nicht übereinstimmten. In Verfolg dieser Feststellung war für die Gerichte der Zone jede Äußerung solcher Meinung "gegen die demokratischen Einrichtungen und gegen die fortschrittlichen Menschen", jede Kritik

1) NJ 1948/169 f.

2) Stadtgericht Berlin, Urteil vom 22.3.1953, Quelle: Unrecht, Bd. 2 Dok. 146/117

3) Quelle: Unrecht, Bd. 2 Dok. 142/114

an den zonalen politischen Verhältnissen objektiv als Propaganda für den Nationalsozialismus bewertbar. Die Begründungen waren also die gleichen wie bei der Anwendung der übrigen Vorschriften. Eine neues, noch größeres Maß von willkürlicher Auslegung trat in der Gleichsetzung von faschistischer Propaganda mit Handlungen zu Tage, die angeblich Merkmale nationalsozialistischer Methoden beinhalteten und damit bereits deren Propagierung darstellten. Der Fall des Urteils des Berliner Stadtgerichts, in dem die Aufforderung zur Enthaltung einer politischen Aktivität bereits als eine solche Propagierung faschistischer Methoden angesehen wurde, zeigte mit aller Deutlichkeit die Willkür und Sinnlosigkeit dieser Verurteilungen. Sie zeigte ferner auch bei dieser Vorschrift, wie schon bei den anderen Bestimmungen, daß ihre Anwendung vom politischen Zweck, nicht von rechtlichen Erwägungen, von genauen Tatbestands- und Schuld-feststellungen abhängig war und sie zwangsläufig auf Grund der auf den jeweiligen konkreten Sachverhalt zugeschnittenen Auslegung im Zusammenhang mit den anderen Staatsschutzbestimmungen eine lückenlose Kette zur Verfolgung jeder oppositionellen politischen Haltung bildete.

V. Die Verbrechen nach dem Friedensschutzgesetz.

Wie bereits betont wurde, enthält das sogenannte Friedensschutzgesetz keine Staatsschutzbestimmungen, sondern es stellt allgemein gegen die Erhaltung des Friedens gerichtete Handlungen unter Strafe.

Eine Anwendung der betreffenden Vorschriften, die in der Praxis äußerst selten erfolgt ist, beinhaltete das Urteil des für diese Straftaten ausschließlich zuständigen Obersten Gerichts vom 1.5.1952, ¹⁾ das insbesondere für das Verhältnis des Friedensschutzgesetzes zu den Staatsschutzbestimmungen von Bedeutung wurde.

Das Verfahren richtete sich gegen einige Mitglieder der sogenannten "Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit";

1) OGStr. Bd. 2/14 f.

von der insgesamt ausgeübten Tätigkeit der Angeklagten wurden ihre Handlungen, die in Terrorakten gegen die Organisationen der FDJ, des FDGB und der SED und ihre Büros, und in Gewalttätigkeiten gegen einzelne Mitglieder dieser Vereinigungen, bestanden, als tatbestandserfüllend im Sinne der §§ 5 u. 6 FSSchG angesehen. In allen übrigen Fällen waren solche und ähnliche Tätigkeiten nur unter die Begehungsformen der Kriegs- oder Boykotttätze subsumiert worden.

Die Begründung für diese abweichende Entscheidung sah das Gericht darin, daß die betreffenden Handlungen der Angeklagten nicht gegen die Grundlagen oder Einrichtungen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, sondern unmittelbar gegen den Frieden und einzelne Friedenskämpfer gerichtet waren.

Hinsichtlich des Zusammentreffens des Friedensschutzgesetzes ^{mit} nach dem Art. 6, der gleichfalls durch mehrere weitere Handlungen der Angeklagten als erfüllt angesehen worden ist, stellte das Oberste Gericht zunächst fest, daß die durch diese Bestimmungen geschützten Objekte zwar nicht identisch, jedoch gleichartig seien, da die Erhaltung und der Schutz des Friedens gleichzeitig eine verfassungsmäßige Grundlage innerhalb der sowjetischen Besatzungszone bildeten. Damit würde sich auch die Möglichkeit eines Fortsetzungszusammenhanges bei solchen einzelnen Handlungen, die zum Teil den Art. 6, zum Teil die Bestimmungen des Friedensschutzgesetzes erfüllten, ergeben.

Demgegenüber schloß das Gericht jedoch die Feststellung an, daß für eine Heranziehung des § 73 StGB kein Raum sei, sondern die Strafe aus beiden Gesetzen entnommen werden müsse. Das Oberste Gericht stützte sich dabei allein auf die Präambel des Friedensschutzgesetzes, wonach dieses Gesetz "in Übereinstimmung mit den Artikeln 5 u. 6 der Verfassung" beschlossen worden sei; daraus ergebe sich der entscheidende Hinweis, daß im Verhältnis dieser Bestimmungen nur eine Anwendung neben-

einander in Betracht komme und die Strafe aus beiden Gesetzen entnommen werden müsse.

VI. Zusammenfassung.

Bei allen diesen Vorschriften und ihrer Anwendung trat deutlich hervor, daß die jeweiligen ausfüllungsbedürftigen Tatbestände für die Gerichte nur eine unverbindliche Richtschnur sein sollten und auch waren, die eine eigene Beurteilung der Gerichte über die Relevanz und die Gesellschaftsgefährlichkeit der Tat an die Stelle einer tatbestandsgebundenen Prüfung für die Verurteilung und die Bestrafung setzten.

Die Art und Weise der sich zu diesen uferlosen Bestimmungen entwickelnden Rechtsprechung machte es auch nicht möglich, eine systematische Aufstellung von materiellen Straftatbeständen zu geben, die - vergleichbar etwa mit den im Westdeutschen Strafgesetzbuch enthaltenen Staatsschutzbestimmungen - einzelne staatsgefährdende Handlungen wie Gebiets- und Verfassungshochverrat, Verrat von Staatsgeheimnissen und andere, bestimmte, gegen den Bestand der staatlichen Ordnung gerichtete Handlungen beschreiben. Die Kennzeichnung und Aburteilung solcher Tätigkeiten erfolgte willkürlich nach einer in den drei Generalklauseln enthaltenen Begehungsform. Entscheidend für die Rechtsprechung und ihr Hauptaufgabengebiet war vielmehr die Erfassung von strafrechtlich nicht relevanten Handlungen und die daraus resultierende uferlose Ausweitung der Gesetze, der schrankenlose Eingriff der zonalen Strafjustiz in die Persönlichkeitssphäre und -rechte des Einzelnen zur Sicherung des politischen Bestandes des Zonenregimes und damit für rechtsfremde Zwecke.

Es ist die Feststellung gerechtfertigt, daß innerhalb dieses Zeitraums die in den rechtstheoretischen Auseinandersetzungen aufgestellten Forderungen nach einer parteilichen, im ausschließlich politischen Interesse zu handhabenden Anwendung der geltenden Strafnormen in der

Praxis der Zonengerichte eine rückhaltlose Beachtung und Durchsetzung gefunden haben.

Daß dabei rechtsstaatliche Gesichtspunkte und grundlegende strafrechtliche Prinzipien völlig in den Hintergrund treten mußten, war eine notwendige Folgeerscheinung.

Der gegenwärtig geltende Rechtszustand seit dem Inkrafttreten des Strafrechtsergänzungsgesetzes.

Am 1.2.1958 trat in der sowjetischen Besatzungszone das "Gesetz zur Ergänzung des Strafgesetzbuches" - StEG - vom 11.12.1957 in Kraft. ¹⁾

Neben den Änderungen, Ergänzungen und Neuerungen zum Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches, zu den Verbrechen gegen das gesellschaftliche Eigentum oder gegen die militärische Disziplin, sind die im zweiten Teil des Buches - erster Abschnitt - enthaltenen Staatsschutzbestimmungen von besonderer Bedeutung. Sie werden unter dem Titel "Verbrechen gegen den Staat und die Tätigkeit seiner Organe" in den §§ 13 - 27 des Gesetzes zusammengefaßt und bilden in der Aufgliederung in einzelne besondere Tatbestände eine Neuerung zu der bis zu diesem Zeitpunkt herrschenden Gesetzeslage.

Eine wesentliche Änderung der Gesetzestechnik ist allerdings nicht zu verzeichnen, da die neuen Tatbestände an dem Prinzip der "normativen", ausfüllungsbedürftigen Begriffe festhalten.

Obwohl der Art. 6 der Verfassung mit dem Inkrafttreten des Strafrechtsergänzungsgesetzes nicht(mehr)außer Geltung gesetzt worden ist, zeigt die Rechtsprechung, daß seine Anwendung praktisch ausscheidet und die Verurteilung angeblicher staatsgefährdender Handlungen ausschließlich nach den Bestimmungen des StGB erfolgt. Gleichzeitig wird jedoch betont, daß der Art. 6 der Verfassung selbstverständlich dann anzuwenden und als Warnung für alle Spione und Agen-

1) GBl. I/643

ten aufzufassen sei, wenn sich neue, vom StEG nicht erfaßbare Staatsverbrechen herausbilden sollten. ¹⁾

1. Das Verhältnis von Artikel 6 zu den Bestimmungen des StEG.

Hinsichtlich des Verhältnisses des Art. 6 zu den Tatbeständen des StEG stellte das Oberste Gericht ausdrücklich fest, daß die neuen Staatsschutzbestimmungen als Spezialgesetze dem Art. 6 vorgingen und das mildere Gesetz darstellten: "Diese Tatsache findet einerseits in der generellen Beseitigung der Androhung von Todesstrafe und lebenslangem Zuchthaus, die nur noch für die schwersten Staatsverbrechen und auch bei ihnen nur bei Vorliegen eines besonders schweren Falles ungedroht sind, § 24, und andererseits auch in der häufigen Androhung von Gefängnisstrafe allein (§§ 16,19,21 Abs.2) oder im minder schweren Fall (§§ 17,18) seinen Ausdruck." ²⁾

Ebenso lautet die Entscheidung des Obersten Gerichts vom 11.2.1958 mit dem Hinweis, daß für diese Frage auch allgemeine Gesichtspunkte zu beachten seien, "insbesondere der Inhalt der Rechtsprechung zu dem bisher allein geltenden Strafgesetz. Diese Prüfung ergibt, daß die Bestimmungen des StEG gegenüber Artikel 6 milder sind." ³⁾

Im Einklang damit stehen auch die offiziellen Äußerungen im Schrifttum: "Artikel 6 stellt, da er die Staatsverbrechen nicht ihrer besonderen Begehungsform nach, sondern nur ihrem Wesen nach beschreibt, alle nur möglichen (vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen) Formen der Staatsverbrechen unter Strafe. Er ist in seinem Tatbestand wesentlich allgemeiner gehalten und daher in seinem Anwendungsbereich wesentlich weiter als die §§ 13 bis 24 StEG, die jeweils besondere, nach Form und Inhalt begrenzte Staatsverbrechen verbieten. Die Tatbestände der §§ 13 bis 24 insgesamt wie auch jeder einzelnen Norm dieser Paragraphen sind gegenüber diesem allgemeinen Tatbestand des Artikels 6 die spezielleren.

1) Stiller, S. 123 (42)

2) Urteil v. 9.1.1958, NJ 1958/67 f.

3) NJ 1958/175 f.

Artikel 6 darf also nur dann angewandt werden, wenn keine Norm des StEG zur Anwendung kommt. Das dürfte jedoch äußerst selten sein." 1)

Für die bisher nach dem Artikel 6 abgeurteilten, in dieser Vorschrift jedoch nicht beschriebenen staatsgefährdenden Handlungen, enthalten die §§ des StEG nunmehr besondere Regelungen. Das gilt insbesondere für die Fälle der Spionage, des Sammelns von Nachrichten und der Verbindung zu Spionageorganisationen der §§ 14 bis 16, ferner für den Fall der sogenannten Abwerbung, der im § 21 Erwähnung gefunden hat. Auch die unter der ausschließlichen Geltung des Art. 6 wahllos als Kriegs- oder Boykotthetze gekennzeichneten Diversions- und Sabotagehandlungen sind in den §§ 22 u. 23 beschrieben. Von besonderer Bedeutung ist der nunmehr im Gesetz expressis verbis hervorgehobene scharfe strafrechtliche Schutz der staatlichen und gesellschaftlichen Organe und ihrer Mitglieder sowie deren Tätigkeit, der in den §§ 18 u. 20, aber auch in § 19 Abs. 1 Nr. 2 zum Ausdruck kommt. Als schwerste Verbrechen gilt der sogenannte Staatsverrat des § 13, der den unmittelbaren Schutz des Bestandes der staatlichen und der gesellschaftlichen Ordnung vor einem gewaltsamen Umsturz bzw. einer planmäßigen Untergrabung darstellt; in § 13 Ab. 1 Nr. 2 wird die Tätigkeit des Präsidenten der Republik, der gesetzgebenden Gremien und ihrer Mitglieder vor einer Beeinträchtigung durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt geschützt, während der Abs. 1 Nr. 3 den sogenannten Gebietshochverrat - Einverleiben des Gebietes in einen anderen Staat oder Loslösung eines Teiles des Staatsgebietes - unter Strafe gestellt. Die Strafandrohung ist in diesen Fällen Zuchthaus nicht unter fünf Jahren sowie Vermögensentziehung. Eine Ergänzung dieser Vorschrift stellt § 17 dar, der staatsgefährdende Gewaltakte mit dem Ziel, die Bevölkerung in Furcht und Schrecken zu versetzen und das Vertrauen zur Arbeiter- und Bauernmacht zu erschüttern, verbietet und als Strafandrohung Zuchthaus, in minder schweren Fällen Gefängnis nicht unter sechs

1) Lekschas, NJ 1958/82 (24)

Monaten enthält.

Schließlich regelt § 19 die Fälle der sogenannten staatsgefährdenden Propaganda und Hetze.

Die §§ 13,14,17,18,21,22 u. 23 sind als Unternehmenstatbestände ausgestaltet. Für diesen Begriff gilt entsprechend der bisherigen Rechtsprechung die Erfassung von Vorbereitungshandlungen jeder Art.

II. Die Schwerpunkte der Rechtsprechung seit dem 1.2.1958.

In einem ersten Überblick über die Rechtsprechung des Obersten Gerichts auf dem Gebiete der Staatsverbrechen seit dem Inkrafttreten des StEG stellt Reinwarth fest: "An erster Stelle stehen Straftaten gegen § 19 StEG, an Zahl viel geringer folgen Verbrechen gegen § 14 StEG, dann Straftaten gemäß § 21 StEG, hauptsächlich nach Abs. 2 dieses Gesetzes - und zuletzt Verbrechen gegen die §§ 22 u. 23 StEG. Mit diesen Hauptfragen hatte sich die Rechtsprechung des Obersten Gerichts bisher zu befassen so gut wie keine Erfahrungen liegen bisher vor mit der gesetzlichen Regelung des Staatsverrats, § 13, der staatsgefährdenden Gewaltakte, § 17, und der gemäß § 18 strafbaren Angriffe gegen örtliche Organe der Staatsmacht" ¹⁾

Diese festgestellte Schwerpunktbildung ist, im Hinblick auf die §§ 19 u. 20 StEG, insofern verständlich, als bereits unter der ausschließlichen Anwendung des Art. 6 und auch der Kontrollratsdirektive 38 die Verurteilungen wegen sogenannter Boykotthetze bzw. wegen der Erfindung oder Verbreitung von tendenziösen Gerüchten den weitesten Raum einnahmen und die in Äußerungen und Handlungen zum Ausdruck kommende politische Gegnerschaft zu dem zonalen System immer im Mittelpunkt der Rechtsprechung in der SBZ stand. Sie ist auch insoweit erklärlich, als die beiden genannten Bestimmungen des StEG mit der Verwendung der wiederum wertgetränkten Begriffe der "Hetze" und "Verleumdung" nahezu die gleichen Auslegungsvoraussetzungen enthalten wie die sogenannte Begehungsform der Boykotthetze.

1) NJ 1959/6 f. (33)

III. Die staatsgefährdende Hetze und die Staatsverleumdung der §§ 19 u. 20.

Die Abgrenzung der Bestimmungen der §§ 19 u. 20 StEG, der staatsgefährdenden Hetze und Propaganda von der Staatsverleumdung, ist seit dem Inkrafttreten des Gesetzes von besonderer Bedeutung.

Die Vorschriften lauten:

§ 19 Staatsgefährdende Propaganda und Hetze

(1) Wer

1.) den Faschismus oder Militarismus verherrlicht oder propagiert oder gegen andere Völker oder Rassen hetzt,

2.) gegen die Arbeiter- und Bauernmacht hetzt, gegen ihre Organe, gegen gesellschaftliche Organisationen oder gegen einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit oder seiner Zugehörigkeit zu einer staatlichen Einrichtung oder gesellschaftlichen Organisation hetzt, Tötlichkeiten begeht oder sie mit Gewalttätigkeiten bedroht, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Der Versuch ist strafbar.

(2) Ebenso wird bestraft, wer Schriften oder andere Gegenstände mit einem derartigen Inhalt herstellt oder mit dem Ziele der Hetze einführt oder verbreitet.

(3) In schweren Fällen, insbesondere wenn die Tat im Auftrage der in § 14 genannten Stellen oder Personen oder wenn sie planmäßig begangen wird, ist auf Zuchthaus zu erkennen.

§ 20 Staatsverleumdung.

Wer

1.) die Maßnahmen oder die Tätigkeit staatlicher Einrichtungen oder gesellschaftlicher Organisationen öffentlich verleumdet oder entstellt,

2.) einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit oder seiner Zugehörigkeit zu einer staatlichen Einrichtung oder gesellschaftlichen Organisation öffentlich verleumdet oder verächtlich macht,

wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

Die staatsgefährdende Hetze.

Hinsichtlich des § 19 Abs. 1 Nr. 1 - der Verherrlichung oder Propagierung des Faschismus oder Militarismus - knüpft

das Oberste Gericht an die bisherige Rechtsprechung an, indem jede im Gegensatz zu der politischen Linie in der sowjetischen Besatzungszone stehende Kundgabe als faschistisch bezeichnet wird und eine bloße Weitergabe solcher Ansichten eine Identifizierung und zugleich Propagierung des faschistischen Gedankengutes bildet.

So bestrafte das Oberste Gericht einen Angeklagten, der während des Ungarnaufstandes im Jahre 1956 die hierüber von westlichen Sendern verbreiteten Nachrichten abhörte und sie seinen Arbeitskollegen erzählte, in konsequenter Fortführung seiner Rechtsprechung zu dem Artikel 6 wegen vollendeter Verherrlichung der faschistischen Konterrevolution nach § 19 Abs. 1 Nr. 1. ¹⁾

Auch insoweit, als die Solidarität gegenüber den anderen kommunistischen Staaten zum Ausdruck kommt, ist die Entscheidung keine Neuheit.

In gleicher Richtung liegt das Urteil des Obersten Gerichts vom 14.3.1958. Der damalige Angeklagte hatte nach einem ausgedehnten Wirtshausabend für die anwesenden Gäste einige Schlager auf dem Klavier gespielt. Er kam auch der Aufforderung, das Deutschland-Lied zu spielen, nach, kannte jedoch die Melodie nicht und geriet versehentlich in die des sogenannten Horst-Wessel-Liedes. Er brach jedoch sofort ab und spielte weiter Schlager.

Die erste Instanz verurteilte aus § 185 StGB. Der Kassationsantrag des Generalstaatsanwaltes vertrat die Auffassung, daß die Tat des Angeklagten als Staatsverleumdung den § 20 StEG erfülle. Demgegenüber verurteilte das Oberste Gericht, was für die Abgrenzung der §§ 19 u. 20 StEG von allgemeiner Bedeutung wurde, aus § 19: "Die objektive Verherrlichung des Faschismus bringt ganz natürlich gleichzeitig eine feindliche Tendenz gegenüber unserer, den Sozialismus aufbauenden Arbeiter- und Bauernmacht zum Ausdruck. Darin ist letztlich die mit einer Verherrlichung des Faschismus verbundene Gefährlichkeit für unsere gesellschaftlichen Verhältnisse überhaupt be-

1) Urteil vom 11.2.1958, NJ 1958/175 f.

gründet. Deshalb wird die Verherrlichung des Faschismus auch mit dem eigens dafür bestimmten Tatbestand des § 19 Abs. 1 Nr. 1 unter Strafe gestellt. Die Verurteilung wegen öffentlicher Verleumdung oder Entstellung von Maßnahmen wie sie in § 20 unter Strafe gestellt sind, erfordert, daß eine solche Äußerung nach ihrem Inhalt nur verleumderisch, nicht aber gleichzeitig hetzend wirkt. Das ist jedoch hier nicht der Fall. Wie dargelegt, enthält das Spielen des faschistischen Liedes mehr als nur eine Verleumdung Die mit dem Kassationsantrag dargelegte Auffassung, die Anwendung dieser Bestimmung müsse in Ermangelung der dafür erforderlichen subjektiven Voraussetzungen scheitern, kann nicht durchgreifen." 1)

In dieser Entscheidung war vor allem von Bedeutung, und das galt für sämtliche Tatbestände des § 19 StEG, die erfolgte Differenzierung von Hetze und Verleumdung der §§ 19 und 20, die das Oberste Gericht allein nach objektiven Gesichtspunkten vornahm und von dem Inhalt der betreffenden Kundgabe abhängig machte.

Diese Entscheidung fand im Schrifttum lebhafte Kritik. So schrieb Leim unter Bezugnahme auf die zu den Seminaren zum StEG erteilten Anleitungen: "Hetze ist im Sinne von Aufhetzen, Aufwiegeln zu verstehen, nicht aber im Sinne von Verächtlichmachung. Hetze ist die Behauptung von Unwahrheiten oder die entstellte Darstellung von Tatsachen, die geeignet sind, bei dem zu Verhetzenden eine feindliche Einstellung gegen das Angriffsziel der Hetze zu erzeugen oder eine vorhandene feindliche Haltung zu verstärken. Diese Wirkung muß vom Täter in seinem Vorsatz aufgenommen sein Unter § 20 fallen zukünftig alle jene, die nicht aufwiegeln oder verhetzen wollen und es vor allem objektiv auch nicht tun, sondern sich zu verleumderischen Äußerungen hinreißen lassen, weil sie sich Luft machen wollen. Diese Verleumdungen werden zwar angehört, wirken aber nicht im feindlichen Sinne mobilisierend, d.h. hetzend und aufwiegelnd auf die Zuhörer." 2)

Das Oberste Gericht wich in der Folgezeit von seiner zuerst vertretenen Ansicht ab. Bereits durch Urteil vom

1) NJ 1958/287 f.

2) NJ 1958/694 f.

5.9.1958 wurde der Leitsatz aufgestellt: "Bei der Beurteilung, ob eine Äußerung Hetze im Sinne des § 19 StEG ist, kann nicht allein von ihrem Wortlaut ausgegangen werden. Entscheidend sind vielmehr die äußeren und inneren Umstände, die zu ihrer Bekanntgabe führten und Aufschluß darüber geben, ob damit andere Bürger gegen die DDR aufgewiegelt werden sollten." 1)

Noch ausführlicher und auf dem vom Schrifttum vorbezeichneten Weg einer vor allem auf dem subjektiven Gebiet zu treffenden Unterscheidung der §§ 19 u. 20 einschwenkend ist die Begründung des OG-Urteils vom 3.10.1958. Sie knüpft an das Verhalten eines Angeklagten an, der in betrunkenem Zustand den ihm zur Blutentnahme vorführenden Volkspolizisten u.a. vorgeworfen hatte, sie hätten ihn unsittlich berührt.

Im Gegensatz zu dem erstinstanzlichen Urteil verneinte das Oberste Gericht die Anwendung des § 19 Abs.1 Nr.2: "Die staatsgefährdende Propaganda und Hetze ist ein Staatsverbrechen, das seinen Strafgrund in der notwendigen Abwehr von verbrecherischen Angriffen auf die politisch-ideologischen Grundlagen unserer Staatsmacht findet, wenn diese mit den in § 19 bezeichneten Mitteln und Methoden verübt werden. Das entscheidende Kriterium der staatsgefährdenden Propaganda und Hetze besteht in der Gefährdung unserer volksdemokratischen Staatsordnung durch Kundgabe in Wort, Schrift und Tat, die geeignet sind, andere Bürger im staatsfeindlichen Sinne zu mobilisieren, sie gegen Einrichtungen, Institutionen, politische Organisationen oder gegen Vertreter des staatlichen oder politischen Lebens aufzuwiegeln oder sie möglicherweise sogar zu feindlichen Aktionen zu bewegen bzw. sie in ihrer progressiven ideologischen Einstellung durch Einschüchterung schwankend zu machen oder ganz davon abzudrängen. Daraus ergibt sich für die objektive Seite des § 19 Abs. 1 u. 2 das Erfordernis, daß auch der Normalfall dieses Strafgesetzes nur Handlungen erfaßt, die in ihrem Charakter und in ihrer Schwere geeignet sind, die

1) NJ 1958/717

staatsgefährdenden Auswirkungen, wie sie oben dargelegt worden sind, hervorzurufen. Aus dieser objektiven Erscheinungsform wird meist auch schon erkennbar sein, ob die subjektive Einstellung des Täters, d.h. seine Zielsetzung auf einen solchen Erfolg, gerichtet war. Auf der subjektiven Seite ist die auf Aufwiegeln von Bürgern gerichtete Zielsetzung erforderlich. Es darf nicht nur isoliert vom Wortlaut einer Äußerung ausgegangen werden. Vielmehr ist die allseitige Erforschung aller Umstände und ihrer äußeren Bedingungen - z.B. die Tatsituationen, die zu einer derartigen Äußerung geführt haben - erforderlich." 1)

Diese im Gegensatz zu seinen ersten Entscheidungen vertretene Auffassung des Obersten Gerichts, die in Übereinstimmung mit der im Schrifttum betonten Meinung steht, ist insofern bemerkenswert, als sie einen klaren und ausführlichen tatbestandlichen Abgrenzungsversuch darstellt, wie er vor dem Inkrafttreten des StEG, insbesondere zu dem unbestimmten Begriff der Hetze in den verschiedenen Begehungsformen, niemals vorgenommen wurde.

So erfolgte auch im Schrifttum zum ersten Mal die Charakterisierung der Hetze - jetzt bezogen auf die staatsgefährdende Hetze des § 19 StEG - auf der objektiven Seite als eine Äußerung von unwahren oder entstellenden Behauptungen, denen zudem ihrem objektiven Inhalt und ihrer Schwere nach die Eignung einer unmittelbaren staatsgefährdenden Auswirkung zuzusprechen sein muß. Auch die Hervorhebung subjektiver Elemente, die Betonung einer auf Mobilisierung und Aufwiegelung zielenden Willensrichtung des Täters als notwendiges Erfordernis stellte eine entscheidende Einengung sowohl zu der früheren, als auch zu der vom Obersten Gericht zuerst zu § 19 StEG entwickelten Rechtsprechung dar.

Diese für die Abgrenzung der §§ 19 u. 20 StEG maßgebliche Unterscheidung nach subjektiven Gesichtspunkten erfährt

1) NJ 1958/753 f.

• jedoch insofern eine Einschränkung, als sich nach Ansicht des Obersten Gerichts aus dem Inhalt und der Schwere einer Äußerung, ihrer objektiven Erscheinungsform, die Willensrichtung des Täters im Sinne eines hetzerischen Aufwiegelns bereits erkennen lasse. So stellt auch Reinwarth im Anschluß an die Rechtsprechung des Obersten Gerichts fest: "Dazu gehören neben der Art und dem Charakter der betreffenden Äußerungen die derzeitige politische Situation und die konkreten Umstände, unter denen sich die Handlung zugetragen hat, ihre eingetretenen oder möglichen Auswirkungen und nicht zuletzt die Person des Täters, wobei seine soziale Herkunft und Stellung, vor allem seine politische Haltung in der Gegenwart und Vergangenheit zu beachten sind." ¹⁾

Schon diese für die Feststellung der subjektiven Voraussetzungen gegebenen Anhaltspunkte lassen erkennen, daß trotz des Bemühens um eine tatbestandliche Abgrenzung die objektiven Momente der Gefährlichkeit einer Äußerung und ihre möglichen Auswirkungen vorrangig Beachtung finden.

So folgte das Oberste Gericht in seinem Urteil vom 4.3.1958 ²⁾ das Vorliegen eines auf Mobilisierung und Aufhetzung gerichteten Vorsatzes bereits aus dem Begleitumstand, daß der Angeklagte mehrere Male westliche Rundfunknachrichten weitergegeben hatte, und verurteilte aus § 19 Abs. 1 Nr. 2.

Die gleiche Praxis zeigt das Gericht in seiner Entscheidung vom 16.5.1958 ³⁾, in der es das Vorliegen der notwendigen subjektiven Voraussetzungen aus den Begleitumständen folgte, daß der Angeklagte seine angeblich hetzerischen Äußerungen im Beisein von Kollegen auch dann aufrecht erhielt, als ihm widersprochen worden war.

Auch diese Entscheidung ist in ihrer Betonung von äußeren Begleitumständen, die den Schluß auf die Willensrichtung des Täters rechtfertigen sollen, fragwürdig. Danach würde der Vorsatz des Aufhetzens immer schon dann

1) NJ 1959/6 f. (33)

2) Quelle: Unrecht, Bd. 3 Dok. 160/115

3) NJ 1958/494

zu bejahen sein, wenn, wie in dem konkreten entschiedenen Fall, eine Meinungsäußerung im Rahmen von Behauptung und Widerspruch aufrecht erhalten würde; geht man davon aus, daß sich Diskussionen über politische Fragen zu- meist in Rede und Gegenrede abspielen, so hat dieses Ur- teil praktisch zum Ergebnis, daß eine politische Meinung im Sinne einer Kritik oder einer Ablehnung von zonalen Verhältnissen, die grundsätzlich den Gerichten objektiv als Hetze ausreichend erscheint, nur noch im Selbstge- spräch geäußert werden darf, da "im Beisein anderer Kol- legen" immer die Möglichkeit einer Beeinflussung gege- ben ist. Es ist ersichtlich, daß damit die notwendige Abgren- zung von hetzerischen und bloß verleumderischen Äußerun- gen wiederum verwischt wird. Zutreffend bezeichnet Rein- warth ¹⁾ das Ergebnis dieser Rechtsprechung damit, daß das Oberste Gericht den Meinungen nicht nachgegeben habe, die die Möglichkeit der Abgrenzung zwischen der staats- gefährdenden Hetze und der Staatsverleumdung im wesent- lichen auf der subjektiven Tatseite erblickt hätten. Ent- scheidend ist daher, trotz der im Gegensatz zu den aller- ersten Entscheidungen zunächst einengenden Rechtsprechung des Obersten Gerichts, die objektive Schwere und Gefähr- lichkeit der Äußerungen für die Anwendung der schärferen Vorschrift des § 19 StEG geblieben.

Daß auch die Untergerichte dieser Tendenz folgen, zeigt u.a. das Urteil des Bezirksgerichts Erfurt vom 19.5.1959, das allgemein feststellt: "Das Verbreiten von Sendungen des westdeutschen Fernsehfunks, die sich gegen die Deut- sche Demokratische Republik und die übrigen Staaten des Sozialistischen Lagers richten, erfüllt den Tatbestand der staatsgefährdenden Propaganda und Hetze." ²⁾

Schließlich sind die Fälle zu erwähnen, in denen bei der weiteren Alternative des § 19 Abs. 1 Nr. 2 - Hetze gegen gesellschaftliche Organisationen oder gegen Bürger wegen ihrer staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit - die Gerichte neben einer unzutreffenden Ausweitung des Begrif-

1) a.a.O.

2) NJ 1959/534

fes der Hetze auch eine Abgrenzung von politischen und persönlichen Auseinandersetzungen vermissen lassen, wie schon die Rechtsprechung zu Art. 6 gezeigt hatte.

Auch hier ist das Oberste Gericht mit seinem Urteil vom 3.7.1958 richtungsweisend:

Der Angeklagte dieses Verfahrens arbeitete als Landwirt auf dem Hof seines Schwiegervaters, der die Wirtschaft in eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft überführen sollte. Der Angeklagte wollte sich über Einzelheiten bei dem LPG-Vorsitzenden erkundigen, den er auf einer Sylvesterfeier traf. Dieser lehnte jedoch eine Auskunft ab, ebenso ein anderes LPG-Mitglied. Der Angeklagte beschimpfte daraufhin diese Personen, wobei es auch zu Tätlichkeiten kam.

Die erste Instanz verurteilte aus den §§ 185 u. 223 a des Strafgesetzbuches mit der zutreffenden Begründung, daß der Angeklagte aus persönlicher Verärgerung gehandelt habe, da ihm keine Auskunft erteilt worden sei. Das Oberste Gericht hob auf und bejahte die Anwendbarkeit des § 19 Abs. 1 Nr. 2 StEG, da die Äußerungen des Angeklagten durch die nachfolgenden Tätlichkeiten als Hetze charakterisiert worden seien. Auch die gegen einen staatsbewußten Bürger gerichteten Provokationen in Wort und Tat erfüllen die Vorschrift des § 19 StEG.

Abgesehen von den Versuchen einer tatbestandlichen Abgrenzung nach subjektiven Elementen sind die Entscheidungen der Zonengerichte, was die objektiven Merkmale, den Inhalt der sogenannten hetzerischen Äußerungen anbetrifft, eine kontinuierliche Weiterführung der alten Rechtsprechung. Gegenstand der Verurteilungen sind auch in diesen Fällen die Äußerungen von kritischen Meinungen gegenüber dem wirtschaftlichen und politischen Zustand innerhalb der sowjetischen Besatzungszone. Das für die objektive Erfüllung des Begriffes der Hetze in der Literatur geforderte Kriterium der Unwahrheit oder Entstellung bestimmter Behauptungen verflüchtigt sich in der Rechtsprechung; an seine Stelle tritt das Merkmal der Geeignetheit einer Äußerung zur Beeinflussung gegen die staatliche oder gesellschaft-

liche Ordnung, wobei auch durchaus zutreffende Meinungskundgaben in ihrer negativen Auswertung der zonalen Verhältnisse von § 19 StEG mit umfaßt werden. Im einzelnen kann sich die "Hetze" nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 richten:

- a) gegen die Arbeiter- und Bauernmacht, d.h. gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung in ihrer Gesamtheit oder einzelne ihrer wesentlichen Grundlagen;
- b) gegen die Organe des Staates, worunter neben den Volksvertretungen alle zentralen und örtlichen Organe der Staatsverwaltung fallen, ferner die Justiz, die Staatsanwaltschaft, Volksarmee und -polizei;
- c) gegen gesellschaftliche Organisationen, gegen Parteien und ihre einzelnen Mitglieder;
- d) gegen einen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit oder Zugehörigkeit zu einer staatlichen oder gesellschaftlichen Organisation. ¹⁾

Der Begriff der gesellschaftlichen Tätigkeit umfaßt hierbei jede Förderung des gesellschaftlichen Aufbaus, so daß alle sogenannten Helden der Arbeit, Aktivisten oder Bestarbeiter diesem Schutz unterstellt sind. Soweit es sich um Tötlichkeiten gegen Mitglieder von örtlichen Räten handelt, erfolgt von Stiller ²⁾ eine Differenzierung zu § 18 StEG dahin, daß die letztere Bestimmung dann anzuwenden ist, wenn sich der Angriff gegen einen bestimmten Funktionär richtet, um ihn an seiner gesetzmäßigen Tätigkeit zu hindern, während § 19 Abs. 1 Nr. 2 bei einer Gewalttat wegen seiner Zugehörigkeit zu einer staatlichen Einrichtung anzunehmen ist. Das Merkmal "wegen seiner Eigenschaft als Staatsfunktionär" bildet dann auch die Unterscheidung zu § 113 StGB, wo sich der Widerstand lediglich gegen eine konkrete staatliche Vollstreckungshandlung richtet.

Von weiterer Bedeutung für diese Vorschrift ist die Anwendung des Absatzes 3, die mögliche Bejahung eines schweren Falles der staatsgefährdenden Hetze.

Die Bestimmung besagt innerhalb ihrer nicht ausschließlichen Aufzählung, daß ein schwerer Fall z.B. dann gege-

1) Stiller, S. 94 (42)

2) a.a.O.

ben ist, wenn die Hetze planmäßig betrieben wird.

Zu diesem Begriff der Planmäßigkeit enthält das Urteil des Obersten Gerichts vom 11.2.1958 Auslegungsgrundsätze, die das Gericht an dem konkreten Verhalten eines Angeklagten entwickelte, der während des Ungarnaufstandes im Jahre 1956 wiederholt westliche Sendungen gehört und deren Inhalt an seine Arbeitskollegen weitererzählt hatte: "Die Planmäßigkeit ist keine besondere, neben Vorsatz und Fahrlässigkeit bestehende Schuldform, noch ist sie etwa eine besondere Form des Vorsatzes, sie, muß aber vom Vorsatz des Täters mit umfaßt, also von ihm gewußt und gewollt sein Im vorliegenden Fall beweist das objektive Tatgeschehen, daß der Angeklagte planmäßig gehandelt hat. Bei Beginn seines Verbrechens hat er die von westlichen Sendern verbreiteten Hetznachrichten gehört und sie am nächsten Morgen seinen Kollegen weitererzählt. In den folgenden Nächten aber hat er die Hetzsendungen nicht mehr zufällig abgehört, sondern bereits bei Einstellen des Rundfunks das Ziel verfolgt, diese Nachrichten weiter zu verbreiten. In diesem vorsätzlichen Abhören der Meldungen mit dem vorbedachten Ziel, sie am anderen Tag weiter zu tragen, liegt die zum Tatbestand des § 19 Abs. 3 StEG gehörende Planmäßigkeit des Handelns. In einem Urteil des Obersten Gerichts aus dem Jahre 1952 (OGStr. Bd.2/35 f.) sind grundsätzliche Ausführungen zum Begriff der fortgesetzten Handlung enthalten. Darin heißt es, daß ein Fortsetzungszusammenhang nur festgestellt werden kann, wenn auch ein subjektiver Umstand, nämlich die Gleichartigkeit der Zielsetzung, in den Einzelhandlungen zum Ausdruck gekommen ist. Diese auf der subjektiven Tatseite liegende Voraussetzung wird immer vorliegen, wenn die vom Täter betriebene planmäßige Hetze nicht mit einer einzelnen Handlung abgeschlossen worden ist. Planmäßiges Handeln setzt also nicht fortgesetztes bzw. mehrfaches Handeln voraus. Auch eine einmalige und sofort abgeschlossene Handlung kann planmäßig sein." 1)

1) NJ 1958/175, ebenso das Urteil v. 21.3.1958,
NJ 1958/287

Es ist dem Obersten Gericht zunächst in soweit zu folgen, als es ein wiederholtes Äußern von Hetze, sofern die einmalige Kundgabe den Zweck des Aufwiegelns nicht erreicht, als planmäßig ansieht, wobei objektiv die mehrmaligen Handlungen mit ihren naturgemäß größeren Auswirkungen und subjektiv die Zielsetzung des Täters, durch diese fort-dauernde Beeinflussung einen bestimmten größeren Effekt zu erzielen, diesen Begriff erfüllen. Da aber die Willens-richtung des Täters auf die Mobilisierung und Aufwiege-lung von Personen schon eine notwendige subjektive Vor-aussetzung der Hetze ist und damit auch gerade das Ziel ihrer Äußerung umfaßt, kann diese Zweckbestimmung nicht zugleich bei einem einmaligen Handeln das erschwerende Tatbestandsmerkmal der Planmäßigkeit erfüllen. Dieses be-inhaltet vielmehr zwangsläufig die systematische - plan-mäßige - Verfolgung des Hetzzweckes in ihrer größeren Intensität der Beeinflussung, wobei diese objektiven Er-scheinungsformen vom Vorsatz des Täters mit umfaßt werden müssen. Das zeigt auch ein Blick auf § 19 Abs. 2, wo der zum Verbreiten von Rundfunksendungen parallel stehende Fall des Verbreitens von Schriften geregelt ist und der in den Worten "mit dem Ziel der Hetze" dieses Tatbestands-merkmal ausdrücklich erwähnt und damit die für § 19 StEG notwendige Zweckbestimmung von Äußerungen und Handlungen umschreibt.

Die Auffassung des Obersten Gerichts ist also in sich wi-derspruchsvoll und bietet keine richtige Auslegung dieser Vorschrift.

Die nicht ausschließliche Aufzählung der sogenannten schwe-ren Fälle in § 19 Abs. 3 stellt ihre Bejahung in das rich-terliche Ermessen.

Das Oberste Gericht nahm in seiner schon zitierten Ent-scheidung vom 4.3.1958 das Vorliegen eines schweren Fal-les an, weil der Angeklagte mehrere Jahre hindurch West-sendungen gehört und ihren Inhalt wiederholt erzählt hat-te. Eine Planmäßigkeit des Handelns sah das Gericht in diesem Falle zwar nicht als gegeben an, es führte jedoch aus: "Hinzu kommt, daß die Hetztätigkeit des Angeklagten

im wesentlichen Teil ihrem Inhalt, Charakter und Umfang nach sehr wohl geeignet war, andere Bürger gegen unseren Staat aufzuwiegeln. Die Hetztätigkeit stellt sich daher bei einer zusammenhängenden Betrachtung als ein dermaßen schwerer Angriff dar, der die Anwendung des § 19 Abs. 3 StEG erforderlich macht" ¹⁾

Ebenso lautet das Urteil des Obersten Gerichts vom 11.3.1958: "Absatz 3 ist auch dann anzuwenden, wenn es die Schwere des Verbrechens erfordert"

Abgesehen davon, daß die Begründung des ersten Urteils schon deshalb unrichtig ist, als sie das "Geeignetsein der Äußerungen zur Aufwiegelung anderer Bürger", also das strafbegründende objektive Merkmal der Hetze, als Erschwerungsgrund hinstellt, zeigen beide Entscheidungen, daß bei der Beurteilung dieser Frage allein die mit der jeweiligen Situation verbundene Gefährlichkeit der Äußerung entscheidend ist. Zutreffend formuliert Reinwarth hierzu, ebenfalls unter Bezugnahme auf die Rechtsprechung des Obersten Gerichts, "daß ein schwerer Fall der Hetze im Sinne von § 19 Abs. 3 StEG auch dann vorliegt, wenn die inhaltliche Schwere der Hetze den Grad der Gesellschaftsgefährlichkeit derart erhöht, daß die Tat eine über den Normalfall hinausgehende rechtliche Qualifizierung und verstärkte Abwehr mit den Mitteln des Strafgesetzes erforderlich macht" ²⁾

Zu § 19 Abs. 2 StEG, der Herstellung, Einführung oder Verbreitung von hetzerischen Schriften, hat das Oberste Gericht entschieden, daß das Ziel der Hetze, wie es von dem Tatbestand des § 19 Abs. 2 StEG verlangt wird, eine konkrete Zielsetzung des Täters dahin erfordert, mit der Einfuhr von Schriften hetzerischen Inhalts andere Bürger gegen die staatliche Ordnung aufzuwiegeln. ³⁾ Das Oberste Gericht hob mit dieser Entscheidung als Berufungsinstanz das Urteil des Bezirksgerichts auf, das einen Angeklagten wegen der Einfuhr von Westzeitschriften verurteilt und ausgeführt hatte, daß jeder, der solches Ma-

1) Quelle: Unrecht, Bd.3 Dok. 160/115

2) NJ 1959/6f.

3) Urteil vom 25.7.1958, NJ 1958/717

terial in das Gebiet der sowjetischen Besatzungszone einführe, mit dem Ziel der Hetze handeln würde. Dieser, besonders aus der Rechtsprechung zu Artikel 6 der Verfassung bekannten unhaltbaren Feststellung hielt das Oberste Gericht entgegen, daß sie mit den tatsächlichen Lebensvorgängen nicht übereinstimme.

Die Abgrenzung des § 19 Abs. 2 - Herstellung von Hetzschriften - zu der Hetze nach § 19 Abs. 1 Nr. 1 u. 2, die, wie die Praxis zeigt, sowohl durch Äußerungen und Tätlichkeiten, aber auch schriftlich erfolgen kann, zieht das Oberste Gericht in seinem Urteil vom 16.5.1958.

Die Tätigkeit des Angeklagten dieses Verfahrens hatte, soweit sie für diese Frage von Bedeutung ist, darin bestanden, daß er in verschiedenen Bewerbungsschreiben nach Westdeutschland die Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone herabsetzte.

Das Oberste Gericht wertete dieses Verhalten nicht als schriftlich begangene Hetze im Sinne des § 19 Abs. 1 Nr. 2, sondern sah den Tatbestand des § 19 Abs. 2 als erfüllt an: "Der Angeklagte hat mit den Briefen Schriften im Sinne des § 19 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 hergestellt. § 19 Abs. 1 ist, was den Inhalt der dortgenannten Schriften oder Gegenstände betrifft, im Zusammenhang mit § 19 Abs. 1 Nr. 1 u. 2 zu betrachten. Staatsgefährdende Propaganda und Hetze im Sinne des § 19 Abs. 1 Nr. 1 u. 2 kann sowohl mündlich als auch schriftlich begangen werden. Der Tatbestand des § 19 Abs. 2 kann nur schriftlich oder durch Herstellung von Gegenständen mit staatsgefährdendem, propagandistischem oder hetzerischem Inhalt verwirklicht werden. Daraus ergibt sich, daß nicht jede in schriftlicher Form begangene Hetze zugleich als Herstellung von Schriften im Sinne des Abs. 2 des § 19 anzusehen ist. Die spezifische Gesellschaftsgefährlichkeit der Herstellung von Schriften und das Kriterium für die Abgrenzung dieses Tatbestandes zur schriftlich betriebenen Hetze liegt darin, daß diese Schriften für einen unbestimmten oder größeren Personenkreis bestimmt oder sowohl der Form als auch dem Inhalt nach ge-

eignet sind. Das Delikt ist dann bereits mit der Herstellung vollendet, ohne daß die Schriften oder Gegenstände irgendeiner Person zur Kenntnis gelangt sein müssen, wie sich dies aus dem eindeutigen Wortlaut des Gesetzes ergibt. Auch die Herstellung nur einer Schrift, selbst wenn diese nur für eine Person bestimmt oder einer Person zur Kenntnis gebracht ist, erfüllt den Tatbestand des § 19 Abs. 2, wenn sie für einen unbestimmten oder größeren Personenkreis geeignet ist. So kann auch die Herstellung nur eines Briefes hetzerischen Inhalts, der für diesen Personenkreis bestimmt oder geeignet ist, den Tatbestand des § 19 Abs. 1 Nr. 1 u. 2, Abs. 2 erfüllen Auch das Anmalen von staatsgefährdenden Losungen an Hauswände fällt unter diese Bestimmung" ¹⁾

Diese Definition, insbesondere hinsichtlich der Geeignetheit für einen größeren Personenkreis, mag dazu führen, auch Schriften an eine Einzelperson, etwa einen Brief an einen Verwandten oder Bekannten, unter die Vorschrift des § 19 Abs. 2 fallen zu lassen, wenn der Täter möglicherweise damit rechnen kann, daß der Empfänger das Schriftstück auch anderen Personen zugänglich macht. Eine ähnliche Erweiterung hat das Oberste Gericht auch bei dem Begriff der "Öffentlichkeit" in § 20 StEG vorgenommen. ²⁾ Zumindest müßte für diese Fälle auf der subjektiven Tatseite die Voraussetzung des "Zieles der Hetze" gefordert werden, die nach dem Wortlaut des Gesetzes allerdings nur als Erfordernis für das nicht minder gefährliche Verbreiten oder Einführen von Schriften gilt.

2. Die Staatsverleumdung.

Ebenso wie bei der Rechtsprechung zu § 19 StEG im wesentlichen eine kontinuierliche Fortsetzung der Praxis zu dem Artikel 6 festzustellen ist, verhält es sich auch mit der Bestimmung des § 20 StEG, der im Gegensatz zu der staatsgefährdenden Hetze die schwächere Form der sogenannten Staatsverleumdung unter Strafe stellt. Allerdings ist die Rechtsprechung zu dieser Vorschrift nicht so umfangreich, da in den meisten Fällen bei der Beurteilung von

1) NJ 1958/492

2) s.u.

herabsetzenden Äußerungen gegen die Gesamtverhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone oder gegen einzelne Organisationen oder ihre Mitglieder die schärfere Vorschrift des § 19 StEG herangezogen und die subjektive Voraussetzung des "Aufwiegelns" aus irgendwelchen Begleitumständen gefolgert wird.

Straftaten des § 20 StEG sind keine Verbrechen gegen den Staat - wie z.B. solche gegen § 19 - sondern gegen die Tätigkeit seiner Organe. Die Vorschrift ist daher nur im weiteren Sinne eine Staatsschutzbestimmung, die jedoch wegen ihres politischen Charakters nicht von einer sauberen Differenzierung zwischen Äußerungen aus rein persönlichen, und solchen aus tatsächlich politischen Beweggründen entbindet. Zwar ist das Motiv des "Aufwiegelns" und "Mobilisierens" kein subjektives Erfordernis für eine nach § 20 StEG zu bestrafende Äußerung, jedoch muß aus dem Sinn dieser Vorschrift und ihrer Einordnung unter die Staatsschutzbestimmungen gefolgert werden, daß auch in diesen Fällen eine erkennbare Gegnerschaft zu den das Objekt der Verleumdung bildenden staatlichen oder gesellschaftlichen Institutionen bzw. ihren Angehörigen die Ursache der Kundgabe sein muß. Das folgt auch aus der unter der Nr. 2 des § 20 - Verleumdung eines Bürgers - gebrauchten Wendung "wegen seiner staatlichen Tätigkeit", die eindeutig auf die staats- oder gesellschaftsfeindlichen Motive des Täters hinweist. Demgegenüber ist Stiller ¹⁾ der Ansicht, daß sich die Verleumdung zwar gegen die "ideologischen Verhältnisse der sozialistischen Gesellschaft" richte, ohne daß der Täter jedoch die ideologischen Grundlagen angreife oder angreifen wolle.

Demzufolge macht die Rechtsprechung keine Unterscheidung bei Äußerungen hinsichtlich ihrer eigentlichen politischen oder persönlichen Motive. Das Urteil des Obersten Gerichts vom 17.7.1958 beschäftigt sich mit einem Angeklagten, der zusammen mit seiner Freundin per Fahrrad zum Dienst fuhr. Trotz Dunkelheit fuhr das Mädchen ohne Licht und wurde von Volkspolizisten angehalten. Der An-

1) Stiller, S. 98 '12)

geklagte rief ihr zu, sie solle einfach weiterfahren. Auch einem Kollegen, der aus dem gleichen Grund angehalten worden war, gab er diesen Rat und fügte hinzu, er solle diese Schweinehunde, die zu faul zum Arbeiten wären, stehen lassen.

Die erste Instanz verurteilte aus § 185 StGB wegen Beleidigung. Das Oberste Gericht hob entsprechend dem Kassationsantrag auf und rügte die Nichtanwendung des § 20 StEG: "Aus den nicht angefochtenen tatsächlichen Feststellungen geht hervor, daß der Angeklagte Angehörige der Volkspolizei wegen ihrer staatlichen Tätigkeit beschimpft hat. Das Kreisgericht hat nicht erkannt, daß auch die Angehörigen der Volkspolizei in ihrer Dienstausbübung den umfassenden Schutz der die Staatsverleumdung unter Strafe stellenden gesetzlichen Bestimmungen genießen. Die vom Angeklagten getanen Äußerungen stellen eine Verächtlichmachung im Sinne einer Staatsverleumdung dar" 1)

Die Feststellungen des Gerichts zu der Frage, ob hier tatsächlich die ohne Zweifel beleidigenden Äußerungen des Angeklagten gegen die Volkspolizisten "wegen ihrer staatlichen Tätigkeit" getan wurden, sind nicht überzeugend, zumindest hat das Gericht dieses Tatbestandsmerkmal nur rein formal gesehen. Der Sachverhalt bietet für das Vorliegen einer rein persönlichen Verärgerung als Beleidigungsmotiv gleich starke Anhaltspunkte.

Das Urteil des Bezirksgerichts Dessau vom 23.4.1958 stellt trotz ausdrücklicher Bejahung solcher rein persönlichen Gründe als Motiv der getanen Äußerung das Vorliegen einer Staatsverleumdung fest. 2)

Beide Entscheidungen lassen erkennen, daß das eigentliche Motiv der Kundgabe, die Zielsetzung des Täters, aus einer staatsfeindlichen Einstellung heraus den anderen Bürger wegen seiner staatlichen oder gesellschaftlichen Tätigkeit verächtlich zu machen, an Bedeutung hinter der erkannten Gesellschaftsgefährlichkeit solcher Äußerungen völlig zu-

1) NJ 1958/574

2) Quelle: Unrecht, Bd. 3, Dok. 177/126

rücksteht und auch bei dieser Vorschrift die notwendigen Grenzen nicht gezogen werden. Das beweist auch die insoweit zutreffende Äußerung von Melsheimer: "Staatsverleumdung umfaßt nicht diejenigen, die aufwiegeln und verhetzen, sondern diejenigen, die, gleich aus welchen Motiven,¹⁾ verleumderische Äußerungen von sich geben. Solche Handlungen sind dazu angetan, die sozialistische Bewußtseinsbildung zu beeinträchtigen; sie sind auch von nicht geringer Gesellschaftsgefährlichkeit"²⁾

Der § 20 StEG verlangt sowohl in Nr. 1 als auch in Nr. 2, daß die Verleumdung öffentlich geschieht. Zu diesem Begriff ging das Oberste Gericht in seiner anfänglichen Rechtsprechung davon aus, daß es darauf ankomme, ob die betreffenden Äußerungen für einen der Zahl und der Zusammensetzung nach unbestimmten, nicht durch besondere persönliche Beziehungen verbundenen Personenkreis gehört werden konnten.

Diese Definition entsprach im wesentlichen der bisher vertretenen Lehre und Praxis. Sie wurde jedoch vom Obersten Gericht in seinem Urteil vom 18.10.1957 ausdrücklich korrigiert: "Diese Begriffsbestimmung ist jedoch nicht richtig Die bisherige Auslegung des Begriffs der Öffentlichkeit ist in allzu starkem Maße kritiklos an die früher in Rechtsprechung und Kommentaren vorgenommene Beschreibung dieses Tatbestandsmerkmals angelehnt Es genügt hier vielmehr, daß die Möglichkeit der Kenntnissnahme der staatsverleumderischen Behauptung durch einen unbestimmten Personenkreis besteht. Diese Möglichkeit kann auch dann gegeben sein, wenn der Täter erwartete, daß seine auch nur einer oder wenigen Personen gegenüber abgegebene Erklärung an einen unbestimmten Personenkreis weitergegeben werde. Das bedeutet, daß das Tatbestandsmerkmal des öffentlichen Behauptens unter den sonstigen Voraussetzungen selbst dann gegeben sein kann, wenn die verleumderische Äußerung auch nur einer Person gegenüber

1) vom Verf. unterstrichen

2) NJ 1958/48 (30)

gemacht wird. Jedoch muß in diesem Fall der Täter wissen oder damit rechnen, daß diese Person die von ihm gemachte Äußerung weiter geben wird Die Voraussetzung der Öffentlichkeit ist aber auch dann gegeben, wenn in einer an sich nicht als öffentliche Örtlichkeit zu bezeichnenden Umgebung, wie privaten Wohnräumen, Werkstätten und dergleichen die persönliche Atmosphäre durch den Charakter der betreffenden Äußerungen und der völlig unpersönlichen Beziehungen, in denen sich der Kundgebende und der Empfänger der Mitteilung gegenüber stehen, beseitigt ist. Es ist hierbei zu denken an fremde Personen - wobei "fremd" nicht gleichzusetzen ist mit "unbekannt" - die in der Ausübung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit, aber auch zum Beispiel aus persönlichen Geschäftsgründen in den privaten Räumen des Täters weilen und genötigt sind, sich staatsverleumderische Erklärungen anzuhören und der Täter damit rechnet. Aus welchen Gründen letzteres geschehen kann, ob aus Verantwortungslosigkeit, Klatschsucht oder Sensationslust, ist bedeutungslos, da es hierbei nur auf die Absicht des Täters ankommt, staatsgefährdende Erklärungen mit dem Erfolg abzugeben, daß sie in die Öffentlichkeit dringen" 1)

Mit dieser weiten Definition ist der übliche Begriff der Öffentlichkeit aufgehoben. Den Gerichten ist damit auch der Zugriff in jene privaten Sphären eröffnet, in denen sich der Staat sonst eine Einmischung und Strafverfolgung versagt. In der Begründung kann wiederum das Bemühen gesehen werden, wegen der erkannten Gesellschaftsgefährlichkeit auch im internen und gerade privaten Bereich, der nach der neuen Interpretation der Öffentlichkeit durch das Oberste Gericht von § 20 StEG mit umfaßt wird, solche Meinungskundgaben auszuschalten, die eine der bestehenden Ordnung gegenüber ablehnende Haltung ausdrücken.

Nach § 27 StEG ist der § 131 StGB, der vor dem Inkrafttreten des Strafrechtsergänzungsgesetzes vereinzelt Anwendung gefunden hatte, aufgehoben.

1) NJ 1958/68 f.

IV. Angriffe gegen die örtlichen Organe der Staatsmacht.

Der weitgehende Schutz von staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen und ihrer Mitglieder, wie er in den §§ 19 u. 20 StEG und der zu diesen Bestimmungen entwickelten Rechtsprechung zum Ausdruck kommt, wird ergänzt durch § 18 StEG, der unter Androhung von Zuchthaus die gewaltsame oder durch Drohung mit Gewalt betriebene Behinderung der Tätigkeit der örtlichen Organe der Staatsmacht oder ihrer Mitglieder unter Strafe stellt. Die Vorschrift ist als Unternehmenstatbestand ausgestaltet:

§ 18

Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die gesetzmäßige Tätigkeit der örtlichen Organe der Staatsmacht oder eines ihrer Mitglieder unmöglich zu machen oder zu behindern, wird mit Zuchthaus, in minder schweren Fällen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

Die Angriffsobjekte des § 18 ergeben sich aus dem "Gesetz über die örtlichen Organe der Staatsmacht" vom 18.1.1957. Zu bemerken ist ferner, daß unter ihrer "gesetzmäßigen Tätigkeit", die zunächst ebenfalls aus diesen Bestimmungen zu entnehmen ist, auch die gesamte politische und ideologische Arbeit zu verstehen ist, soweit sie im Zusammenhang mit der staatlichen Funktion wahrgenommen wird.

In der Praxis hat die Bestimmung des § 18 StEG bisher keine Bedeutung erhalten.

V. Die Verleitung zum Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik und die korrespondierenden Bestimmungen des Paßgesetzes.

Ähnlich wie die Rechtsprechung zu den §§ 19 u. 20 StEG bildet die Praxis zu § 21 StEG eine kontinuierliche Fortsetzung zu der an Hand der Begriffe der Kriegs- und Boykotthetze des Artikels 6 der Verfassung eingesetzten Rechtsentwicklung.

§ 21 StEG ist ein Unternehmenstatbestand, der die Verleitung zum Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik unter drei Voraussetzungen unter Strafe stellt:

1. die Verleitung einer Person im Auftrag von Agentenorganisationen, Spionageagenturen oder ähnlichen Dienststel-

- len oder von Wirtschaftsunternehmen, § 21 Abs.1 Nr.1,
2. die Verleitung zum Zwecke des Dienstes in Söldnerformationen, § 21 Abs. 1 Nr. 2 und
3. als wichtigste und zugleich in ihrer Ausgestaltung weiteste Strafbestimmung die Verleitung eines Jugendlichen oder eines in der Berufsausbildung stehenden Menschen oder einer Person wegen ihrer beruflichen Tätigkeit oder wegen ihrer besonderen Fähigkeiten und Leistungen, § 21 Abs. 2. Bei diesem letzten Absatz der Bestimmung ist weiterhin erforderlich, daß die Verleitung mittels Drohung, Täuschung oder Versprechen oder ähnlichen, die Freiheit der Willensentscheidung beeinflussenden Methoden erfolgt.
§ 21 StEG droht Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten,
- im Falle des Absatzes 2 - Zuchthaus und Vermögenseinziehung in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 u. 2 an.

Im Zusammenhang mit dieser Vorschrift ist die durch das "Gesetz zur Änderung des Paßgesetzes" ¹⁾ vom 11.12.1957 geänderte Fassung des § 8 des Paßgesetzes zu beachten, die sich unmittelbar gegen den Täter der sogenannten Republikflucht richtet:

§ 1

§ 8 des Paßgesetzes erhält folgende Fassung:

- (1) "Wer ohne erforderliche Genehmigung das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verläßt und betritt oder wer ihm vorgeschriebene Reiseziele, Reisewege oder Reisefristen oder sonstige Beschränkungen der Reise oder des Aufenthaltes hierbei nicht einhält, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren, oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Ebenso wird bestraft, wer für sich oder einen anderen durch falsche Angaben eine Genehmigung zum Verlassen oder Betreten des Gebietes der Deutschen Demokratischen Republik erschleicht.
- (3) Vorbereitung und Versuch sind strafbar."

Die Notwendigkeit dieser Vorschrift und ihrer konsequenten Anwendung faßt das Kreisgericht Dessau in folgender politischer Würdigung zusammen: "Das Verhalten des Angeklagten ist moralisch und politisch äußerst verwerflich.

Er wollte sich in das Lager der Kriegstreiber begeben und dort, wenn auch nicht bewußt, teilnehmen an den Vorbereitungen zu einem neuen Kriege. Darüber hinaus betreibt jeder, der das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verläßt, Verrat an unserem Staat und an unseren Werktätigen. Außerdem schadet er der Aktionseinheit, die von unserer Regierung und allen fortschrittlichen Menschen angestrebt wird, um in Westdeutschland ebenfalls das Ziel, nämlich den Aufbau des Sozialismus, zu erreichen. Durch die Verminderung der Arbeitskräfte, die durch den Abzug nach Westdeutschland entsteht, wird dem Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik Schaden zugefügt. Der Arbeiterklasse in Westdeutschland wird der Kampf, den sie gegen ihre Unterdrücker führen, erschwert durch den Zuzug von Arbeitskräften, die von den Kapitalisten als Lohndrücker und Streikbrecher eingesetzt werden. Es war deshalb notwendig, daß von unserer Volkskammer das Gesetz über die Änderung des § 8 des Paßgesetzes erlassen wurde, um weitere Schäden zu verhindern. Darüber hinaus ist die Deutsche Demokratische Republik ein souveräner Staat, und es war deshalb nötig, daß ihre Grenzen geschützt wurden. Aus dem Dargelegten ergibt sich, daß ein Verstoß gegen die obigen Bestimmungen von erheblicher Gesellschaftsgefährlichkeit ist." ¹⁾

Die Motive des Täters für ein - illegales - Verlassen der sowjetischen Besatzungszone sind bedeutungslos; auch familiäre Gründe ernsthafter Natur vermögen keine Rechtfertigung oder Entschuldbarkeit zu begründen. So hatte der Angeklagte dieses Dessauer Verfahrens zunächst abgelehnt, seiner Familie nach Westdeutschland zu folgen und sich erst dazu entschlossen, als er von einer schweren Erkrankung seines Kindes erfuhr. Dieser Gesichtspunkt wurde von dem Gericht in keiner Form berücksichtigt. Die Gesellschaftsgefährlichkeit der Tat, die Notwendigkeit, sowohl den Bestand des Staates als auch sein durch die ständigen Abwanderungen sich vermindernendes Ansehen zu wahren, sind

1) Urteil v. 7.2.1958, Quelle: Unrecht, Bd. 3 Dok. 202/145

für die Urteilsfindung allein entscheidend.

Im Gegensatz zu der Neufassung des § 8 des Paßgesetzes, der die sogenannte Republikflucht unter Strafe stellt und ausdrücklich die Voraussetzung einer fehlenden Genehmigung zum Verlassen des Gebietes der sowjetischen Besatzungszone erwähnt, ist dem Wortlaut des § 21 StEG keine Unterscheidung zwischen einem Verleiten zum legalen oder illegalen Verlassen der sowjetischen Besatzungszone zu entnehmen. Eine solche Differenzierung erfolgt auch nicht in der Rechtsprechung, die somit an die frühere Praxis anknüpft.

Handlungen, die den Tatbestand des § 21 StEG erfüllen, werden als Staatsverbrechen angesehen. Das wird einmal damit begründet, daß der Abzug von Fachkräften einen Angriff gegen die ökonomischen Beziehungen und damit gegen eine Grundlage des Staates bildet, zum anderen, daß generell durch eine Abwerbung gleich welcher Personen zum Zwecke der ideologischen Untergrabung bei der DDR auch die politischen und ideologischen Beziehungen des Staates zu seinen Bürgern gefährdet werden. ¹⁾ Als Objekt der Abwerbung kommt jede Person in Betracht, nicht nur Einwohner der SBZ.

Im Rahmen des § 21 StEG ist der Absatz 2 von besonderer Bedeutung, da Verurteilungen bisher fast ausschließlich nach diesem Tatbestand erfolgt sind.

Der Begriff des Verleitens umfaßt nach der Rechtsprechung des Obersten Gerichts sowohl die Weckung des Abwanderungsentschlusses, als auch die Bestärkung eines bereits hierfür vorhandenen Willens. ²⁾ Es ist daher unerheblich, ob der Täter erst durch seine Beeinflussung einen solchen Entschluß hervorruft, oder ob er bei einer schon bestehenden Bereitschaft und Entschlossenheit nur die Abwanderung in irgendeiner Weise realisieren hilft. Schon eine solche gewährte oder zugesagte Unterstützung wird als Bestärkung des Abwanderungsvorsatzes und damit als ein Verleiten im Sinne des § 21 StEG angesehen. Sie kann z.B. in der Form des "Versprechens" gemäß Abs. 2 durch eine Stellenvermitt-

1) Stiller, S. 108 (42)

2) Urteil vom 29.8.1958, NJ 1958/790 f.

lung in Westdeutschland, aber auch durch den bloßen Hinweis, daß die wirtschaftlichen Bedingungen in der Bundesrepublik ein besseres Leben als in der sowjetischen Besatzungszone ermöglichen würden, geleistet werden.

Die vorgenannte Entscheidung des Obersten Gerichts enthält eine weitere Begriffsbestimmung: "Das Tatbestandsmerkmal 'wegen ihrer beruflichen Tätigkeit' umfaßt jede Tätigkeit, die von Berufs wegen ausgeführt wird, und zwar unabhängig davon, ob es sich dabei um den in der Deutschen Demokratischen Republik ausgeübten oder den in Westberlin oder Westdeutschland in Aussicht gestellten Beruf handelt."

Das Gericht ergänzt diesen Leitsatz in seiner Begründung noch dahin, daß es bei dem im Westen in Aussicht gestellten Beruf nicht darauf ankomme, "ob dieser dem Täter bekannt ist."

Nimmt man hinzu, daß nach der Auffassung des Obersten Gerichts unter dem Begriff "Beruf" jede Beschäftigung überhaupt, unabhängig davon, ob es sich um eine erlernte oder ungelernte Tätigkeit handelt, verstanden wird, so steht als Ergebnis fest, daß schon der Hinweis auf - gleich wie geartete - Beschäftigungsmöglichkeiten in Westdeutschland oder in Westberlin zur Erfüllung des Tatbestandsmerkmals "wegen ihrer beruflichen Tätigkeit" ausreicht, sofern er Anknüpfungspunkt, "Bestandteil der ideologischen Beeinflussung" ¹⁾ ist, also vom Täter zur Herbeiführung des Abwanderungsentschlusses ausgenutzt wird.

Diese sehr weiten Auslegungen der Begriffe des "Verleitens" und "wegen ihrer beruflichen Tätigkeit" finden sich in den meisten Urteilen des Obersten Gerichts und der Untergerichte.

Das Urteil des Obersten Gerichts vom 9.9.1958 bestrafte einen Angeklagten nach § 21 Abs. 2 StEG, der zwei Landarbeitern auf ihr Verlangen mit Rat und Tat beim illegalen Verlassen der sowjetischen Besatzungszone behilflich gewesen war. Er hatte ihnen nach seinem Besuch in Westber-

1) Jahn, NJ 1958/840 (19)

lin erzählt, die dortigen Verhältnisse würden ihm sehr zusagen; auch in der Landwirtschaft seien die Bedingungen und Anstellungsmöglichkeiten in Westdeutschland besser.

Schon diese allgemeinen Hinweise des Angeklagten reichten aus, um das Tatbestandsmerkmal "wegen ihrer beruflichen Tätigkeit" zu erfüllen, da die Schilderung der Verhältnisse in Westdeutschland nach Ansicht des Gerichts einen Anknüpfungspunkt zu der beruflichen Tätigkeit der Gesprächspartner bildete. Auch das Tatbestandsmerkmal des "Versprechens" bzw. "Verleitens" sah das Gericht bereits durch die Schilderung der westdeutschen Lebensverhältnisse als erfüllt an, da diese Erzählungen zumindest den Abwanderungsentschluß bestärkt hätten.

Mit dieser Auslegung des § 21 StEG trägt das Oberste Gericht der Forderung nach einer möglichst generellen Erfassung aller möglichen Beeinflussungen zum Verlassen der sowjetischen Besatzungszone Rechnung.

Zu dem Begriff "Jugendlicher" im Sinne des § 21 Abs. 2 StEG stellt das Oberste Gericht in seinem Urteil vom 20.6.1958 - im Gegensatz zur Vorinstanz - fest, daß hierunter nur Personen bis zur Vollendung des achtzehnten Lebensjahres - der Erreichung der Volljährigkeit in der sowjetischen Besatzungszone - fallen.

Die gleiche Entscheidung enthält auch eine Definition des Tatbestandsmerkmals der "Berufsausbildung" des § 21 Abs. 2: "Ganz allgemein ist hierbei darauf hinzuweisen, daß eine Berufsausbildung ein bestimmtes, zum Zeitpunkt der Tat bestehendes Ausbildungsverhältnis erfordert, wie dies zum Beispiel bei Lehrjungen, Praktikanten und Studenten der Fall ist. Ferner kann eine Berufsausbildung vorliegen, wenn die betreffende Person zum Zeitpunkt der Verleitung zum Verlassen der Deutschen Demokratischen Republik zwar eine an sich schon eigenständige berufliche Tätigkeit ausübt, für sie aber bereits ein bestimmter Plan festliegt, in einer weiteren Ausbildung eine höhere oder andersartige Qualifikation zu erwerben - So kann sich

zum Beispiel ein Mechaniker mit abgeschlossener Lehrausbildung noch in der Berufsausbildung im Sinne des § 21 Abs. 2 befinden, wenn im Jugendförderungsplan seines Betriebes festgelegt ist, daß er nach zweijähriger Gesellenzeit auf eine Ingenieursschule delegiert wird"

Auch diese Ausführungen stellen eine sehr weite Interpretation dar, die begrifflich nicht mit dem betreffenden Tatbestandsmerkmal übereinstimmt. Sie dürfte auch rein theoretischer Natur sein, denn es kann nicht angenommen werden, daß vom Täter, dessen Vorsatz das Tatbestandsmerkmal der "Berufsausbildung" umfassen muß, eine Kenntnis der jeweiligen innerbetrieblichen Förderungspläne verlangt wird. Wegen der Ausgestaltung des § 21 als Unternehmenstatbestand stellt auch ein erfolgloser Versuch der Verleitung ein vollendetes Verbrechen dar.

Trotz aller an Hand des Tatbestandes des § 21 StEG vorgenommenen sehr weiten Auslegungen wird in den neuesten Stellungnahmen in der Literatur die Auffassung vertreten, daß die Vorschrift zu eng sei und künftig eine generelle Bestrafung der Abwerbung gesetzlich geregelt werden müsse, die keinerlei Beschränkungen auf bestimmte, in § 21 StEG noch genannte Personengruppen enthalten dürfe. ¹⁾

VI. Die Spionage, die Sammlung und Übermittlung von Nachrichten und die Verbindung zu staatsfeindlichen Organisationen - die §§ 14 bis 16 StEG -.

Von weiterer Bedeutung für die Rechtsprechung zum StEG sind schließlich noch die §§ 14 bis 16 StEG, die die Spionage, § 14, die Sammlung oder Übermittlung von Nachrichten, § 15, und die Verbindung zu staatsfeindlichen Organisationen oder Dienststellen, § 16, betreffen.

Ein Rückblick auf die Praxis vor dem Inkrafttreten des StEG ergibt, daß diese Handlungen früher ohne Differenzierung unter die Begehungsform der Kriegshetze des Artikel 6 der Verfassung subsumiert wurden, mit der Begrün-

1) Jahn u. Stiller, NJ 1959/629

dung, daß jede Übermittlung von Nachrichten, gleichgültig, ob diese geheim oder allgemein bekannt, ob wahr oder unwahr waren, aus allen Teilen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in der sowjetischen Besatzungszone eine Unterstützung oder Bestärkung der westlichen kriegstreibenden Tätigkeit und damit selbst Kriegshetze sei.

Da mit dem Inkrafttreten des StEG zwar eine Aufgliederung und Unterscheidung, jedoch eine kontinuierliche strafrechtliche Erfassung aller bisher unter den Artikel 6 fallenden Handlungen erreicht werden sollte, liegt die wesentliche Neuerung des Gesetzes praktisch in der verschiedenen schweren Strafandrohung der einzelnen besonderen Tatbestände. Die Rechtsprechung zu diesen Bestimmungen gleicht der zu dem Artikel 6, sofern auf die Gesamtheit der in den §§ 14 bis 16 StEG beschriebenen Handlungen abgestellt wird. Auch heute geht man allgemein davon aus, daß die in den §§ 14 bis 16 bezeichneten Handlungen sämtlichst die Voraussetzung für eine Wühl- und Umsturztätigkeit bilden und auf die Auslieferung oder Beseitigung der politischen und ökonomischen Errungenschaften zielen. ¹⁾

Die betreffenden Bestimmungen haben folgenden Wortlaut:

§ 14

Wer es unternimmt, Tatsachen, Gegenstände, Forschungsergebnisse oder sonstige Nachrichten, die im politischen oder wirtschaftlichen Interesse oder zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik geheimzuhalten sind, an andere Staaten oder deren Vertreter, an Organisationen und Gruppen, die einen Kampf gegen die Arbeiter- und Bauernmacht oder andere friedliebende Völker führen, oder deren Vertreter oder Helfer auszuliefern oder zu verraten, wird wegen Spionage mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft; auf Vermögensentziehung kann erkannt werden.

§ 15

Wer Nachrichten, die geeignet sind, die gegen die Arbeiter- und Bauernmacht oder andere friedliebende Völker gerichtete Tätigkeit der in § 14 genannten Stellen oder Personen zu unterstützen, für sie sammelt oder ihnen übermittelt, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

§ 16

Wer zu den in § 14 genannten Stellen oder Personen in Kenntnis ihrer gegen die Arbeiter- und Bauernmacht oder andere friedliebende Völker gerichteten Tätigkeit in Verbindung tritt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestraft.

1) Stiller, S. 71 (42)

Die Abgrenzung der Vorschriften.

Nach dem Wortlaut der Bestimmungen ist § 15 StEG als Grundtatbestand anzusehen, der generell das Sammeln oder Übermitteln von irgendwelchen Nachrichten an die in § 14 StEG bezeichneten Stellen mit Strafe bedroht, sofern diese Nachrichten geeignet sind, die von den betreffenden Organisationen gegen die sowjetische Besatzungszone gerichtete Tätigkeit zu unterstützen. Entscheidend ist hierbei, daß es sich bei ihrer Tätigkeit nicht um Spionagehandlungen im Sinne des § 14 StEG zu handeln braucht. Maßgeblich ist vielmehr allein ihre gegen die sowjetische Besatzungszone gerichtete Tätigkeit, die in propagandistischer oder allgemein gegnerischer Form zum Ausdruck kommen kann.

Auch § 16 StEG stellt lediglich auf diese Tätigkeit ab; insofern reihen sich diese Bestimmungen an die Rechtsprechung zu dem Artikel 6 an, die ebenfalls eine Unterstützung westlicher Argumentation oder Propagandatätigkeit durch jede mögliche Nachricht aus dem Gebiet der Zone als Kriegshetze bezeichnete.

Demgegenüber stellt § 14 StEG nach seinem Wortlaut einen erschwerenden Tatbestand dar, der das zusätzliche Erfordernis enthält, daß die übermittelten Tatsachen, Gegenstände oder sonstige Nachrichten, "im politischen oder wirtschaftlichen Interesse oder zum Schutz der DDR geheimzuhalten sind."

Aus dieser Formulierung und aus der Gegenüberstellung zu den §§ 15 u. 16 StEG und der Notwendigkeit einer Abgrenzung zu diesen Bestimmungen, die diese erschwerenden Begriffe nicht erwähnen, folgt eindeutig, daß das entscheidende Merkmal des § 14 StEG die Geheimhaltungsbedürftigkeit bestimmter Tatsachen oder Informationen, das sogenannte Staatsgeheimnis, ist.

Dieser Begriff setzt ein Geheimhaltungsbedürfnis im Sinne des § 14 StEG voraus. Darunter ist einmal das Geheimsein, zum anderen das Geheimbleiben zu verstehen. Das Kriterium des Geheimseins ist relativ und nur negativ bestimmbar.

Geheim ist danach alles, was nicht allgemein bekannt oder jeder Person ohne weiteres zugänglich ist. Entscheidend kann hierbei auch nicht eine sogenannte formelle Sekretur sein, sondern der materielle Inhalt einer bestimmten Tatsache oder Nachricht. Es ist daher insoweit eine Tatfrage und als solche der richterlichen Beurteilung unterworfen, ob auch sachlich ein Staatsgeheimnis gegeben ist.

Das hinzutretende Erfordernis des Geheimhaltens steht dazu in einer Wechselbeziehung und stellt auf den Schutz des Staates, seiner äußeren rechtlichen und politischen Stellung bzw. auf die besonderen wirtschaftlichen und politischen Interessen ab.

Es ist sicher, und auch in der Rechtsprechung der Zonengerichte zu dem § 14 StEG klar zum Ausdruck gebracht, daß hierbei eine genaue und objektive Festlegung nicht möglich ist, da die Geheimhaltungsbedürftigkeit in der notwendigen Anpassung an bestimmte politische und wirtschaftliche Situationen durchaus zeitlichen Schwankungen unterliegen kann. Sofern wirklich geheime Tatsachen, Gegenstände oder Nachrichten gegeben sind in dem Sinne, daß nur ein beschränkter Personenkreis von ihnen Kenntnis besitzt und sie ihrer Art und ihrer Materie nach nicht der Öffentlichkeit oder Information durch die Presse zugänglich und zuträglich sind kann demnach ein wandelbares staatliches Geheimhaltungsbedürfnis entstehen.

2. Die Spionage.

In der Rechtsprechung der sowjetzonalen Gerichte wird das Kriterium des Geheimseins, wie es aus dem Wortlaut des § 14 StEG eindeutig zu entnehmen ist, jedoch nicht in diesem Maße beachtet. Es ist bei einer Beurteilung und der Frage der Anwendbarkeit des § 14 StEG vielmehr dann nicht entscheidend, wenn besondere politische Interessen eine Nachrichtenübermittlung an sich verbieten. Auch in der Literatur wird zum Teil die Ansicht vertreten, daß der § 14 StEG nicht nur den Verrat von Staatsgeheimnissen erfasse. Diese Entwicklung ist insofern mit dem Wortlaut des § 14 und sei-

nem aus der Gegenüberstellung zu den §§ 15 u. 16 StEG sich ergebenden Zweck nicht vereinbar.

Die Tendenz der Ausweitung des § 14 StEG kommt insbesondere in zwei Urteilen des Obersten Gerichts und des Bezirksgerichts Potsdam zum Ausdruck.

Die Entscheidung des letzteren Gerichts vom 31.3.1958 befaßte sich mit dem Sachverhalt, daß der Angeklagte vor einer angeblichen amerikanischen Geheimdienststelle Angaben über Mitglieder des sowjetzonelen Staatssicherheitsdienstes - Namen, Wohnung - und auch über andere Bürger der sowjetischen Besatzungszone gemacht hatte.

Das Gericht geht von der Feststellung aus, daß diese Nachrichten, die Namen von einzelnen Bürgern und auch der Angehörigen der Ministerien und sonstiger Stellen allgemein bekannt und daher nicht geheim sind. Es kommt jedoch zu einer Verurteilung aus § 14 StEG mit der Begründung, daß in der gegenwärtigen Situation die Staatsfunktionäre besonders geschützt werden müßten; es sei nämlich bekannt, daß Pläne für eine Revolution in der sowjetischen Besatzungszone bestünden, in deren Verlauf Funktionäre von Partei und Staat ermordet werden sollten.¹⁾ - Als Vergleich hierzu sei das Urteil des BGH vom 30.1.1957 - NJW 1957/680 - zitiert. Auch in dem dort entschiedenen Fall hatte der Angeklagte als früherer Angehöriger des Bundesgrenzschutzes Mitteilungen über Gliederung und Stationierung des BGS wie auch über dienstliche und persönliche Verhältnisse und Eigenschaften von Offizieren an den sowjetzonelen SSD gemacht. Der BGH hat lediglich nach § 100 e StGB verurteilt und die Anwendung von § 100 Abs. 1 - vorsätzlicher Landesverrat - mit der Begründung abgelehnt, daß die vom Angeklagten mitgeteilten Tatsachen entweder in der Öffentlichkeit bekannt oder bereits überholt waren. Auch zu der besonderen Frage über die Mitteilung von Funktionen und Eigenschaften bestimmter Offiziere hat der BGH dahin entschieden, daß diese Leute zwar Geheimnisträger seien, diese Tatsache jedoch wiederum allgemein bekannt wäre und daher § 100 Abs. 1 nicht angewendet werden könne. Eine Aus-

1) NJ 1958/322

nahme hat der BGH nur für den Fall angenommen, "wenn eine dieser Personen zur Preisgabe ihres Wissens an einen fremden Nachrichtendienst bereit gewesen wäre und der Angeklagte diese Tatsache verraten hätte." Mit BGH St 6,385 hat der BGH auch hier ausgeführt, daß die innere Bereitschaft eines Geheimnisträgers' zum Verrat als Staatsgeheimnis anzusehen ist. Allerdings macht das Gericht insofern eine Erweiterung, als die gleiche Feststellung auch für Eigenschaften, Neigungen und charakterliche Schwächen eines Geheimnisträgers gelten soll, "die nach allgemeiner Erfahrung" eine starke Anfälligkeit gegenüber Anknüpfungsversuchen eines fremden Nachrichtendienstes begründen." Bei dieser letzten unklaren Formulierung bleibt dem Leser eine eigene Interpretation vorbehalten.

In der gleichen Richtung wie die Potsdamer Entscheidung liegt das Urteil des Obersten Gerichts vom 20.5.1958: Der Bruder der Angeklagten war als angeblicher Spion des französischen Geheimdienstes verurteilt worden. Die Angeklagte macht einer anderen angeblichen Agentin des Geheimdienstes u.a. Mitteilung über die Haftanstalt ihres Bruders, die Höhe der Strafe, über die an diesem Verfahren beteiligten Staatsanwälte, die sie selbst besucht hatte, über den Verbleib der bei ihrem Bruder beschlagnahmten Gegenstände, unter denen sich ein Funkgerät befunden hatte.

Die erste Instanz verurteilte aus § 15 StEG wegen Sammlung und Übermittlung von nicht geheimen Nachrichten, die jedoch geeignet sind, die Tätigkeit der betreffenden Spionageorganisation zu unterstützen. Die Entscheidung stimmt insoweit mit den bestehenden Vorschriften - § 15 StEG - überein.

Demgegenüber stellt das Oberste Gericht unter Aufhebung des Urteils fest, daß die Angaben der Angeklagten ihrem Inhalt nach weit größere Bedeutung gehabt hätten. Das gelte für die Möglichkeit von Terrorakten gegen die betreffenden Staatsanwälte, als auch für alle anderen Nachrichten, die dem Geheimdienst für den weiteren Ausbau seiner Organisation zugute kämen. ¹⁾

1) NJ 1959/63 f.

Beide Entscheidungen führen in ihren Begründungen allein zu dem Tatbestand des § 15 StEG, wie die Vorinstanz im letzten Falle auch richtig entschieden hatte, nicht aber zu dem schwereren Delikt des Verrats von geheimzuhaltenden Tatsachen im Sinne des § 14 StEG. Die Angaben der Angeklagten sind ihrer Materie nach generell der freien Information durch die Presse und den einzelnen, wie der Besuch der Angeklagten bei den betreffenden Staatsanwälten beweist, unterworfen. Das Kriterium der Geheimhaltungsbedürftigkeit, das notwendig ein Geheimsein voraussetzt und erst die Anwendung des § 14 StEG rechtfertigt, wird damit bedeutungslos, wie auch eine genaue Abgrenzung der §§ 14 und 15 StEG ausgeschlossen erscheint.

Die bevorzugte Anwendung des § 14 StEG mit seiner schärferen Strafandrohung kommt in der Praxis auch in den Fällen zum Ausdruck, in denen allgemein bekannte Angaben über wirtschaftliche oder innerbetriebliche Verhältnisse in der sowjetischen Besatzungszone gemacht werden.

Das Bezirksgericht Suhl verurteilte durch Entscheidung vom 10.3.1958 als Spionage die Preisgabe von Produktionsziffern und -stätten eines volkseigenen Betriebes mit der Begründung, daß diese Daten zwar allgemein bekannt seien, aber keine Veranlassung bestehen würde, sie auch dem amerikanischen Geheimdienst zu übermitteln.¹⁾ Auch dieser Urteilshinweis vermag die Anwendung des § 14 StEG nicht zu rechtfertigen. Sofern auf die Kontaktnahme zu einer amerikanischen Geheimdienststelle Bezug genommen ist, kann darauf verwiesen werden, daß für diese Tätigkeit die Vorschrift des § 16 StEG zutreffend ist.

Ebenso aus § 14 StEG verurteilte das Bezirksgericht Potsdam am 17.3.1958 eine Angeklagte, die über Materialschwierigkeiten eines volkseigenen Betriebes und über die Ausrüstung der Betriebskampfguppen berichtet hatte. Die Feststellung des Gerichts, daß diese in der Öffentlichkeit allgemein bekannten Angaben geeignet seien, die gegnerische Propaganda zu unterstützen, hätte daher allenfalls

1) NJ 1958/321

zu einer Verurteilung nach § 15 StEG führen können. 1)

Diese Praxis veranlaßte im Schrifttum teilweise zur Kritik. So schreibt Reinwarth trotz seines Hinweises, daß sich § 14 StEG nicht auf den Verrat von Staatsgeheimnissen beschränke: "Dennoch kann nicht übersehen werden, daß sich eine gewisse Tendenz bemerkbar gemacht hat, die auf eine unzulässige Ausweitung des Anwendungsbereiches des § 14 StEG hinausläuft. Häufig lassen solche Urteile überspitzte, mit dem wirklichen Leben nicht in Übereinstimmung stehende Auffassungen mancher Justizfunktionäre über das staatliche Geheimhaltungsinteresse an bestimmten politischen und wirtschaftlichen Vorgängen erkennen. Die Rechtsprechung des Obersten Gerichts ist diesen Erscheinungen nicht rechtzeitig entgegengetreten." 2)

Die gleiche Ansicht vertritt Stiller; 3) er geht jedoch auch davon aus, daß das allgemeine Bekanntsein von bestimmten Tatsachen oder Nachrichten diese nicht ihrer Geheimhaltungsbedürftigkeit entkleiden würden, da es insofern allein auf die Geheimhaltung im Verhältnis zum Klassenfeind und seinen Absichten ankomme. 4)

Ein sicheres Abgrenzungsmerkmal ist damit für die Anwendbarkeit des § 14 nicht mehr gegeben, das rechtliche Problem wird zu einer Frage der praktischen Handhabung, zu einem "praktischen Problem." 5)

In seinem Urteil vom 5.3.1958 stellt das Oberste Gericht fest, daß der als Unternehmensdelikt ausgestaltete Tatbestand des § 14 StEG auch schon solche Handlungen erfasse, die auf den Aufbau und die Sicherung eines Spionagenetzes gerichtet sind, ohne daß es bereits zu einer Übermittlung von Spionageinformationen gekommen zu sein braucht. Damit scheide auch die Annahme einer bloßen Beihilfe aus. 6) Unter § 14 fällt damit auch bereits die Annahme eines Spionageauftrages.

1) NJ 1958/356

2) NJ 1959/6 f.

3) S. 75 (42)

4) a.a.O. S. 74

5) a.a.O. S. 74

6) NJ 1958/247

Das Bezirksgericht Schwerin erklärt in seinem Urteil vom 27.2.1958 das Anwerben von Zonenbewohnern zum Zwecke der Informationssammlung als Unternehmen der Spionage nach § 14 StEG. Die Annahme einer bloßen Anstiftung würde nach Ansicht des Gerichts der Bedeutung dieser Handlungen nicht gerecht. ¹⁾ Der in § 14 genannte Empfängerkreis führt zu dem weiteren Hinweis, daß eine "Gruppe" nicht mit einer Organisation oder einer bestimmten Organisationsform gleichzusetzen ist. Darunter fallen vielmehr u.a. "eigene Unternehmer, Monopolisten, Großgrundbesitzer, republikflüchtige Kapitalisten und ähnliche Personen." ²⁾ Auch insofern ist eine Kontinuität zu der Rechtsprechung an Hand des Art. 6 zu erkennen, die ebenfalls Informationen an Privatpersonen unter diese Norm subsumierte.

5. Die Verbindung zu staatsfeindlichen Organisationen, § 16.

Für diese Vorschrift ist zunächst von Bedeutung, daß eine - schriftliche oder mündliche - Verbindungsaufnahme dann nicht nach § 16 zu bestrafen ist, wenn sie bereits zum Zwecke des Spionagetreibens erfolgt. In diesem Fall ist die Handlung schon ein Unternehmen des § 14 und als vollendetes Spionageverbrechen zu bestrafen. Bei einer der Spionage vorausgehenden Verbindungsaufnahme erfolgt die alleinige Anwendung des § 14, da § 16 insofern subsidiäre Bedeutung hat.

Für den Anwendungsbereich des § 16 StEG ist weiter das Urteil des Bezirksgerichts Dresden vom 4.2.1958 von grundlegender Bedeutung.

Das Gericht stellte in diesem Verfahren als Sachverhalt fest, daß der Angeklagte von einem Freund nach Westberlin gebeten worden war, um ihm bei der Klärung einer familiären Angelegenheit behilflich zu sein. Der Freund empfing den Angeklagten jedoch mit zwei Agenten, die ihn zur Spionage überreden wollten. Der Angeklagte beschloß, dieser Aufforderung nicht nachzukommen und sie auf sich beruhen zu lassen. Er kam auch einem späteren Ersuchen

1) NJ 1958/247

2) Stiller, S. 76 (42)

nach einem Treffen nicht nach. Als in seinem Heimatbetrieb darüber gesprochen wurde, daß sein Freund aus Westberlin in die sowjetische Besatzungszone zurückkommen werde, erzählte er seinen Kollegen den ganzen Vorfall und erklärte, er werde seinen Freund bei seiner Rückkehr einsperren lassen.

Das Bezirksgericht verurteilte aus § 16 StEG; es stellte zunächst zutreffend fest, daß für die Verbindungsaufnahme die Aktivität eines Angeklagten nicht entscheidend sei, vielmehr auch ein bewußtes Aufrechterhalten einer einmal zustandegewonnenen Beziehung den Tatbestand des § 16 StEG erfüllen könne. In diesem konkreten Fall begründete das Gericht das geforderte "bewußte Aufrechterhalten" der Verbindung durch den Angeklagten jedoch damit, daß sein anfängliches Schweigen, das Unterlassen einer Meldung bei einer Behörde einer Sanktionierung und Bestätigung dieser Verbindung gleichzusetzen sei. ¹⁾

In einer Anmerkung zu diesem Urteil begrüßt Haid die Entscheidung und kommt seinerseits zu dem Schluß, daß in dem Schweigen und in der Passivität des Angeklagten "in Wahrheit eine Tendenz zur Rückversicherung in ihrer ganzen Verwerflichkeit und Schädlichkeit" liege. ²⁾

Die Haltlosigkeit dieser Begründungen bedarf keiner näheren Erörterung. - Versuch und Vorbereitung sind nach § 16 nicht strafbar. Andererseits ist § 16 kein Erfolgsdelikt, so daß z.B. mit dem Absenden eines Briefes zur Verbindungsaufnahme, der abgefangen wird, das Tatbestandsmerkmal "in Verbindung treten" verwirklicht ist. ³⁾

4. Die Sammlung und Übermittlung von Nachrichten.

Der Tatbestand des § 15 StEG, der in der Anwendung und Bedeutung hinter der der erschwerenden Vorschrift des § 14 StEG zurücktritt, erfordert objektiv, daß ein Sammeln oder Übermitteln von Nachrichten für die in § 14 genannten Stellen oder Personen erfolgt; diese Informationen brauchen nicht geheimzuhaltende Tatsachen zu enthalten, jedoch sol-

1) NJ 1958/285

2) a.a.O.

3) Stiller, S. 81 (42)

che Nachrichten, die geeignet sind, die Tätigkeit dieser Stellen zu unterstützen. Tätigkeiten dieser Art sollen der Kriegsvorbereitung und der ideologischen Diversion dienen und damit die innere und äußere Sicherheit des Regimes gefährden. Bereits aus dieser Formulierung folgt, daß der Kreis der in § 15 genannten Nachrichten sehr weit gefaßt wird. Er reicht von "allgemeinen Stimmungsberichten, von Berichten über Veranstaltungen gesellschaftlicher Organisationen, über das Verhältnis von Arbeitern und ihren Vorgesetzten, über allgemeine Normenfragen, Mitteilungen über Mangelwaren, Warenstauungen, Preise, ausgesprochene Bestrafung von Bürgern, der Übergabe von Zeitungen, Telefonbüchern, Adreßbüchern, von allgemein erhältlichen Stadtplänen bis zu den hetzerischen und verleumderischen Berichten." ¹⁾

Aus diesen - keineswegs abschließenden - Aufzählungen kann daher gefolgert werden, daß generell jede unbedeutende Informationslieferung aus der sowjetischen Besatzungszone der Strafbarkeit nach § 15 unterliegt.

Hinsichtlich der Unterscheidung der Begriffe des "Sammelns" und "Übermitteln" stellt das Oberste Gericht in seinem Urteil vom 16.5.1958 fest, daß eine Nachrichtenübermittlung dann gegeben ist, wenn die von anderen Personen gesammelten Nachrichten durch den Täter überbracht werden. ²⁾ Der Begriff richtet sich also in erster Linie gegen die sogenannte Kuriertätigkeit, die sich in einem bloßen Botendienst erschöpft.

Zu dem alternativen Tatbestandsmerkmal des "Sammelns" führt die Entscheidung weiter aus: "Es ist für die Beurteilung der objektiven Gefährlichkeit des Sammelns von Nachrichten für eine der in § 14 StEG genannten Organisationen unerheblich, ob der Sammler sich sofort Notizen macht oder seine Wahrnehmungen später aus dem Gedächtnis schriftlich niederlegt. Der Tatbestand des Sammelns ist sowohl durch das Sammeln selbst, als auch durch das schriftliche Festhalten von als Nachrichten geeigneten Vorkommnissen und

1) Stiller, S. 78 (42)

2) NJ 1958/492 f.

Fakten erfüllt und zwar auch dann, wenn sie vom Täter zur Zeit der Wahrnehmung noch nicht als Nachrichten für die genannten Organisationen in seinem Gedächtnis eingeprägt und für diesen Zweck vorgesehen waren"

Dem Obersten Gericht kann dahin gefolgt werden, daß die Art des Ausführens des Nachrichtensammelns ohne Bedeutung ist. Daher ist auch die Folgerung berechtigt, daß sowohl das zweckgebundene, für die betreffenden Organisationen bestimmte Sammeln den Tatbestand des § 15 StEG erfüllt, als auch die schriftliche Fixierung und Zusammenstellung von Nachrichten, deren Geeignetheit hierfür zwar im Augenblick der Wahrnehmung noch nicht erkannt, später aber deutlich geworden und durch die schriftliche Aufstellung für diesen Zweck sichergestellt ist. Es handelt sich insofern um eine im Rahmen des Tatbestandes liegende Auslegung dieses Begriffes.

Das Gericht bejaht in dem konkreten Fall seiner Entscheidung - und zwar in Übereinstimmung mit der in der Literatur vorgenommenen Ausweitung - in dem ein Student einen sogenannten tendenziösen Situationsbericht über seine Universität geschrieben hatte, die Geeignetheit dieser Nachrichten zur Unterstützung der in § 14 genannten Stellen und erblickt sie darin, daß tendenziöse Berichte dem eigens zu Hetzzwecken aufgebauten Informationsapparat des Westens dienen würden. Das Gericht zieht aus diesen Feststellungen allerdings den Schluß, daß in solchen Fällen die Anwendung des § 19 StEG - staatsgefährdende Hetze - außer Betracht zu bleiben habe und nur § 15 StEG erfüllt sei.

Mit dieser Frage der Geeignetheit beschäftigt sich ein weiteres Urteil des Obersten Gerichts vom 27.2.1959.

Der Angeklagte dieses Verfahrens war Gemeindebürgermeister in einem Dorf der sowjetischen Besatzungszone gewesen und republikflüchtig geworden. Auf westberliner Meldestellen machte er Angaben über die Gemeindeverhältnisse, Namen von Funktionären, über die Flucht des LPG-Vorsitzenden und die durch den Tod weiterer LPG-Mitglieder entstandenen nicht genutzten landwirtschaftlichen Freiflächen.

Während das Bezirksgericht in erster Instanz aus § 14 StEG verurteilte, änderte das Oberste Gericht insofern zutreffend ab mit der Begründung, daß der Angeklagte keine geheimen und geheimzuhaltenden Tatsachen verraten habe, daher nur § 15 StEG zur Anwendung gelangen könne. Insofern ist dieses erst im Jahre 1959 ergangene Urteil ein Ausfluß der in der Literatur geäußerten Kritik über die mangelnde Abgrenzung der §§ 14 und 15 StEG und eine begründenswerte, dem Tatbestand des § 14 StEG entsprechende Einengung der bisherigen Rechtsprechung.

Hinsichtlich der Subsumtion der Handlungen des Angeklagten unter § 15 StEG bejaht das Gericht allerdings die Geeignetheit der Angaben, die gegen die sowjetische Besatzungszone gerichtete Tätigkeit der in § 14 StEG genannten Stellen zu unterstützen: " So sind die Angaben über die zum Teil durch republikflüchtig gewordene Bauern hervorgerufene Auflösung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft und vorübergehend nicht bearbeiteten landwirtschaftlichen Nutzflächen durchaus geeignet, den mit dem Ziel der Zersetzung geführten ideologischen Kampf der in § 14 genannten Stellen gegen die sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik zu unterstützen. Auch die Angaben über die Namen und Funktionen von verschiedenen Personen konnten, da es sich bei den benannten Personen um leitende Funktionäre eines bestimmten Territoriums handelte, für die feindliche Tätigkeit dieser Stellen in verschiedener Weise ausgenutzt werden" ¹⁾

Bedeutet dieses Urteil auch, wie betont, in seinem Gegensatz zu früheren Entscheidungen, die bei ähnlichen Sachverhalten die Anwendung des Spionageparagraphen bejahten, eine Einengung der bisherigen Praxis, so kann doch die zu dem Tatbestand des § 15 StEG gegebene Begründung wiederum nur als Anknüpfung zu der uferlosen Rechtsprechung zu Artikel 6 der Verfassung erkannt werden. Sie gipfelt in dem Ergebnis, daß Angaben über Zonenverhältnisse an sich "in verschiedener Weise", wie es das Oberste Gericht ausdrückt,

1) NJ 1959/279 f.

von westlicher Seite allein zu propagandistischen Zwecken ausgenutzt werden und somit dem Einzelnen eine Berichterstattungsgenerell untersagt ist. Die Übermittlung jeder irgendwie gearteten Nachricht kann nach dieser Interpretation als strafbare Handlung im Sinne des § 15 StEG verfolgt werden. - Eine Bestrafung von Vorbereitungshandlungen erfolgt nach § 15 StEG nicht. Besteht die Vorbereitung in einer Kontaktaufnahme zu "Organisationen oder Gruppen", so ist § 16 StEG anwendbar. Bei einem Zusammentreffen von ~~den~~ Tatbeständen der §§ 14 und 15 erfüllenden Handlungen ist nach Stiller ¹⁾ § 15 wegen der untergeordneten Objektsverletzung nicht heranzuziehen und nur aus § 14 zu bestrafen.

Es ergibt sich daher auch für den nunmehr durch die §§ 14 bis 16 StEG geregelten Handlungsbereich die Feststellung der Kontinuierlichkeit der Rechtsprechung im Hinblick auf den Vergleichstatbestand des Artikels 6 der Verfassung.

VII. Diversions- und Sabotagehandlungen, §§ 22 und 23 StEG.

Die §§ 22 und 23 StEG behandeln sogenannte Diversions- und Sabotagehandlungen, die vor dem Inkrafttreten des Strafrechtsergänzungsgesetzes durch den unbestimmten Tatbestand des Befehls 160 der SMAD, nach seinem Wegfall durch Artikel 6 der Verfassung in der Begehungsform der Boykotthetze und Kriegshetze erfaßt wurden.

Die Vorschriften richten sich gegen Angriffe auf die wirtschaftlichen Grundlagen und lauten:

§ 22, Diversion

Wer mit dem Ziele, die Volkswirtschaft oder die Verteidigungskraft der Deutschen Demokratischen Republik zu untergraben, es unternimmt, Maschinen, technische Anlagen, Transport- oder Verkehrsmittel oder sonstige für die Wirtschaft oder für die Verteidigung wichtige Gegenstände zu zerstören, wird wegen Diversion mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft; auf Vermögenseinziehung kann erkannt werden.

§ 23, Schädlingstätigkeit und Sabotage.

Wer mit dem Ziele, die Tätigkeit der staatlichen Organe oder die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik zu untergraben oder den Aufbau des Sozialismus zu stören, es unternimmt, staatliche oder genossenschaftliche Einrichtungen oder Be-

1) Stiller, S. 79 (42)

triebe in ihrer geordneten Tätigkeit zu behindern, wird mit Zuchthaus bestraft; auf Vermögenseinziehung kann erkannt werden.

Die aus den früheren Bestimmungen und aus der an ihnen entwickelten Rechtsprechung bekannten auszufüllenden Begriffe der Sabotage und der Diversion haben durch die neue tatbestandliche Fassung keine Klärung erfahren. Sie werden lediglich durch wiederum nicht eindeutige Umschreibungen ersetzt.

• Die Sabotage.

Das gilt insbesondere für § 23 StEG, der ähnlich dem Befehl 160 der SMAD allgemein jede Behinderung staatlicher oder genossenschaftlicher Einrichtungen oder Betriebe unter Strafe stellt und keinerlei deskriptive Tatbestandsmerkmale enthält. Eine Klärung und Abgrenzung der durch den § 23 StEG mit Strafe bedrohten Handlungen ist daher nicht möglich. Das traf auch schon hinsichtlich des in der anfänglichen Rechtsprechung behandelten Sabotagebegriffes zu, unter den jede mit den wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen der Zonenregierung nicht in Einklang stehende Handlung subsumiert wurde.

Auch die auf der subjektiven Tatseite aufgestellten Erfordernisse begnügen sich mit allgemeinen Formulierungen - die Zielsetzung, den Aufbau des Sozialismus zu stören - und sind einer beliebigen Interpretation fähig. In einer bei Stiller ¹⁾ zitierten Äußerung von Renneberg werden die Handlungen nach § 23 StEG wie folgt beschrieben: "Das Wesensmerkmal der Schädlingstätigkeit und Sabotage besteht gegenüber dem zerstörenden Charakter der Diversion vor allem in der Desorganisation. Diese wird sich in erster Linie gegen die wirtschaftlich-organisatorische Tätigkeit unseres Staates, die Tätigkeit der Wirtschaftsorgane und Betriebe richten, sie kann aber auch alle anderen Gebiete des gesellschaftlichen Lebens, z.B. unseren kulturellen Aufbau, erfassen. Die Schädlingstätigkeit in Form der aktiven Behinderung staatlicher oder genossenschaftlicher Einrichtungen und die Sabotage (bei der die Behinderung oder Nicht- oder Schlechterfüllung von Pflichten erfolgt)

1) Stiller, S. 113 (42)

stellen in aller Regel zwei verschiedene Seiten ein und derselben verbrecherischen Handlung dar."

Eine klare Unterscheidung der einzelnen Handlungen des § 23 wird von dem Verfasser als "Begriffsspalterei" bezeichnet, die für den Staat ohne Nutzen ist.

Gegenstand der Sabotage ist nicht nur die Volkswirtschaft, sondern auch die "Verwirklichung der gesamten Funktion unseres Staates."

Damit ist auch in dieser Vorschrift die weite Auslegung des früheren Befehls 160 SMA und des Artikels 6 übernommen, wonach das Behindern oder Durchkreuzen staatlicher oder gesellschaftlicher Maßnahmen generell unter den Sabotagebegriff subsumiert worden ist.

2. Die Diversion.

Die Vorschrift des § 22 StEG, die Diversionsakte behandelt, ist insofern tatbestandlich etwas klarer beschrieben, als nur unmittelbare Einwirkungen im Sinne von Zerstörungen, Beschädigungen oder Unbrauchbarmachungen - zur Abgrenzung von § 23 - von allerdings nicht einzeln aufgezählten, für die Wirtschaft und die Verteidigung wichtigen Gegenständen unter diese Bestimmung fallen können. Die tatbestandliche Bezugnahme auf die "Verteidigungskraft" bedeutet nach Stiller ¹⁾ auch keine Begrenzung dieses Begriffes auf militärische Anlagen. Vielmehr sei damit das gesamte staatliche Potential umfaßt, so daß die Aufzählung in § 22 nur beispielhaft sei. Hinsichtlich der Abgrenzung dieses Tatbestandes zu den Verbrechen der Wirtschaftsstrafverordnung sieht der gleiche Verfasser ²⁾ das Kriterium in der Wichtigkeit der für Wirtschaft und Verteidigung benötigten Gegenstände sowie in dem Ausmaß des angerichteten Schadens und der Art und Weise der Durchführung des Verbrechens.

Was die subjektive Seite dieser Bestimmung betrifft, so ist, wenigstens nach ihrem Wortlaut, zu betonen, daß hierfür die Zielsetzung der Untergrabung der Wirtschaft oder Verteidigung erforderlich ist.

1) Stiller, S. 117 (42)

2) Stiller, S. 118 (42)

Gegenüber § 23 StEG ist die Diversion das speziellere Delikt.

In der Praxis der Gerichte haben diese beiden Vorschriften bisher - im Vergleich zu den anderen Bestimmungen - geringere Bedeutung erlangt.

VIII. Die staatsgefährdenden Gewaltakte. § 17.

Das Gleiche gilt für den § 17 StEG, der eine Schutzbestimmung gegen sogenannte staatsgefährdende Gewaltakte darstellt:

§ 17

Wer es unternimmt, durch Gewaltakte oder durch Drohung mit Gewaltakten die Bevölkerung in Furcht und Schrecken zu versetzen, um Unsicherheit zu verbreiten und das Vertrauen zur Arbeiter- und Bauernmacht zu erschüttern, wird mit Zuchthaus, in minder schweren Fällen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft.

Die Vorschrift richtet sich ihrem Wortlaut nach in erster Linie gegen Terrorakte, die unter dem ausschließlichen Geltungsbereich des Artikels 6 der Verfassung als Kriegshetze bestraft worden sind. Die Gewaltakte müssen mit der erkennbaren staatsfeindlichen Zielsetzung erfolgen, den Bestand des Staates durch innere Unruhen und Ausschreitungen zu gefährden. Ein planmäßiges Betreiben dieser Handlungen im Sinne eines gezielten Aufruhrs ist nach der Fassung des Gesetzes nicht erforderlich, es genügt vielmehr eine einmalige, durch das Kriterium der Gewalt oder der Drohung mit Gewalt gekennzeichnete Tätigkeit, die sowohl gegen Personen, als auch gegen Sachen gerichtet sein kann. Als Unternehmen ist bereits jede Art von Vorbereitungs-handlung strafbar. Es ist ferner ohne Bedeutung, ob Terrorakte von außen organisiert werden, oder ob sie ihren Ausgangspunkt in innerstaatlichen Gegenkräften haben. Hinsichtlich der Differenzierung zu Bestimmungen des Strafgesetzbuches - Körperverletzung, Sachbeschädigung in den verschiedenen Formen - wird als wesentlich angesehen, daß sich Terrorhandlungen immer auf das Verhältnis von Staat und Bürger auswirken müssen. Diese Zielsetzung kommt auch in den Worten "Unsicherheit zu verbreiten und das Vertrau-

en zur Arbeiter- und Bauernmacht zu schützen", klar zum Ausdruck. Durch das Wort "Bevölkerung" wird sowohl eine Vielzahl von Menschen, als auch eine einzelne Person umfaßt. ¹⁾

Die Anlehnung dieser Vorschrift an die Rechtsprechung des Obersten Gerichts, die Terrorhandlungen als Kriegshetze erklärte, und die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Praxis an Hand des § 17 StEG wird auch in den ersten Stellungnahmen zum StEG betont. ²⁾

Das Oberste Gericht hatte in seinem Urteil vom 25.5.1952 ein Verfahren gegen Mitglieder der sogenannten Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit abgeschlossen. Den Angeklagten war neben Spionagehandlungen und Hetze auch der Übergang zum offenen Terror zur Last gelegt worden. Das Gericht sah diesen Begriff u.a. als erfüllt an durch die Planung von Brücken- und Schienensprengungen, von Überfällen auf Volkspolizisten, von Brandstiftungen und Störungen politischer Versammlungen durch das Werfen von Phosphorampullen und Stinkbomben.

Zur allgemeinen Charakterisierung von Terrorhandlungen führte das Urteil aus: "Der Terrorismus als Mittel zur Kriegsvorbereitung verfolgt einen doppelten Zweck: Einmal sollen seine Organisatoren innerpolitische Schwierigkeiten in dem von ihnen mit Krieg zu überziehenden Lande hervorrufen und dadurch seine Verteidigungsfähigkeit herabmindern, zum anderen ist es ihnen um die Zuspitzung der internationalen Beziehungen, um die Provozierung von Konflikten zwischen den Staaten als Vorstufe zur Auslösung des Krieges zu tun Die Terrorhandlung, die ihrer Natur nach schon Elemente des Krieges, nämlich Gewalt, Schrecken und Zerstörung in sich trägt, ist die bösartigste und zugleich direkteste Erscheinungsform der Kriegshetze ³⁾

Neben dieser Beschreibung und der nur für die Anwendung des Artikels 6 bedeutenden Klassifizierung von Terrorhandlungen als Kriegshetze ist die versuchte Differenzierung

1) Stiller, S. 85 (42)

2) Stiller, S. 39 f. (41)

3) OGStr. Bd. 2/37 f.

von Terror- und bloßen Diversionsakten maßgebend, die auch für die Abgrenzung der §§ 17 und 22 StEG entscheidend ist. Da beide Tätigkeiten auf eine unmittelbare Einwirkung im Sinne von Verletzen, Zerstören und Beschädigung gerichtet und von dem Ziel einer innerstaatlichen Schwächung getragen sind, sah die Entscheidung des Gerichts die Qualifizierung solcher Tätigkeiten als Terrorhandlungen darin, daß sie mit gemeingefährlichen, die Verbreitung von Furcht und Schrecken innerhalb der Bevölkerung bezweckenden Mitteln ausgeführt und mit der Gefährdung von Menschenleben verbunden sind. Das Gericht sah demnach die Unterscheidung nicht in dem Inhalt der betreffenden Handlung, da diese, abgesehen vom sogenannten persönlichen Terror, ihrem Wesen nach immer ein Diversionsakt ist, sondern nach der Intensität und nach der angewandten Methode der Schreckensverbreitung, des Terrorismus.

Die Grundsätze dieses Urteils sind, wie schon aus der Fassung des § 17 StEG im Gegensatz zu der Formulierung des § 22 StEG, und aus den im Schrifttum vertretenen Ansichten hervorgeht, auch heute noch für die Anwendung des § 17 StEG und die Abgrenzung zum Tatbestand des § 22 StEG uneingeschränkt gültig.

Diese Feststellungen beweisen auch, wie Stiller ¹⁾ zutreffend hervorhebt, die enge Verwandtschaft zwischen der Rechtsprechung zu Artikel 6 der Verfassung und der Ausgestaltung des StEG: "Dabei sind die einzelnen Grundsätze, die den neuen Tatbeständen das Gepräge geben, in der bisherigen Rechtsprechung, vor allem zu Artikel 6 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, entwickelt worden." - Sofern sich terroristische Handlungen gegen die in § 13 genannten Objekte richten oder schon mit der Zielsetzung erfolgen, einen gewaltsamen Umsturz herbeizuführen, sind die Taten nach § 13 zu bestrafen. Tateinheit mit den §§ 19 und 22 ist möglich.

1) a.a.O. (41)

IX. Der Staatsverrat. § 13 StEG.

Eine strenge Anlehnung an die frühere Rechtsprechung trifft auch für die einzelnen Begehungsformen des Staatsverrats, § 13 StEG, zu:

§ 13. Staatsverrat.

Wer es unternimmt,

1. die verfassungsmäßige Staats- oder Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik durch gewaltsamen Umsturz oder planmäßige Untergrabung zu beseitigen,
2. mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die verfassungsmäßige Tätigkeit des Präsidenten der Republik, der Volkskammer oder der Länderkammer oder des Ministerrates oder ihrer Präsidien oder eines ihrer Mitglieder unmöglich zu machen oder zu behindern,
3. das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik einem anderen Staate einzuverleiben oder einen Teil desselben von ihr loszulösen, wird wegen Staatsverrats mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren und Vermögensseinzziehung bestraft.

Diese ihrem Inhalt nach bedeutungsvollste Bestimmung der Staatsschutzvorschriften behandelt den Staatsverrat als schwerstes der möglichen Staatsverbrechen. Ihre Anwendung in der Praxis ist nicht häufig; eine Veröffentlichung von Entscheidungen, die auf diese Bestimmung gestützt sind, - die Urteile in den Prozessen gegen die Jenaer Studenten im September 1958 und im Dresdener Studentenprozeß im Frühjahr 1959 - ist bisher nicht erfolgt, so daß die genaue Auslegung und Handhabung des § 13 StEG durch die Zonengerichte nicht bekannt ist. Eine eingehende Besprechung von solchen Entscheidungen ist bisher auch nicht in der sowjetzonalen Literatur enthalten, vielmehr wird übereinstimmend darauf verwiesen, daß die vom Obersten Gericht zu dem Artikel 6 der Verfassung geprägten Grundsätze in Ansehung der nunmehr durch § 13 StEG beschriebenen Handlungen weiterhin maßgebend sind. Insbesondere nehmen diese Meinungen ¹⁾ auf das sogenannte "Harich-Urteil" des Obersten Gerichts vom 9.3.1957 ²⁾ Bezug.

Das Gericht hatte in diesem Verfahren als Sachverhalt festgestellt:

1) Stiller, a.a.O. (41); Renneberg, NJ 1958/8 f. (36);
2) NJ 1957/166 f.

Der Hauptangeklagte Harich hatte gegenüber der Politik der SED immer eine schwankende Haltung eingenommen. Er kam schließlich, beeinflusst durch die westliche Propaganda, zu der Überzeugung, daß die Politik der SED fehlerhaft sei. Er diskutierte darüber mit einer Gruppe ihm bekannter Intellektueller, die seine Auffassung teilten. Sie forderten ihn zu einer schriftlichen Fixierung seiner Gedanken auf. Der Angeklagte nahm auch Kontakte zu der Sozialdemokratischen Partei und zu oppositionellen SED-Politikern auf, denen er seine Konzeption ebenfalls erläuterte. Man plante, in Westberlin oder in Westdeutschland eine eigene Zeitung herauszugeben, um durch ihre Versendung an SED-Mitglieder die Entstehung einer oppositionellen Fraktion zu erreichen. Nach weiteren Unterredungen legte der Angeklagte sein Programm schriftlich nieder. Es enthielt folgende Forderungen:

Beseitigung der führenden Rolle der SED,
Zulassung bürgerlicher Ideologien,
Auflösung der Volksarmee,
Auflösung des Staatssicherheitsdienstes,
Beschränkung der Wirtschaftsplanung auf ökonomische Schwerpunkte,
Lizenzvergebung an westdeutsche Unternehmer zur Errichtung kapitalistischer Betriebe,
Auflösung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, der Staatsgüter und der Maschinen-Traktoren-Stationen.

Der Angeklagte führte über diese Punkte auch Besprechungen mit westdeutschen Redakteuren in Hamburg. Zusammen mit seinen Mitangeklagten war er ständig bemüht, die schon bestehende Gruppe von gleichgesinnten Intellektuellen zu vergrößern und alle Mitglieder mit seinem Grundsatzprogramm vertraut zu machen.

Das Gericht befaßte sich zunächst mit den Persönlichkeiten der Angeklagten und stellte ihre ablehnende Gesinnung gegenüber der Politik der Zonenregierung fest. Aus dieser Einstellung seien sie zu Verbrechern gegen den Staat geworden, da sie eine konspirative Gruppe gebildet und

Gleichgesinnte um sich versammelt hätten. Ihre Forderungen würden auf eine Umwälzung der Regierungspolitik und der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, ferner auf personelle Änderungen in der Regierung und der SED-Führung, zielen.

Die rechtliche Begründung des Urteils lautete:

"Mit diesem verräterischen Verhalten haben die Angeklagten die Grundlagen unseres Staates angegriffen und den Bestand des Staates gefährdet. Nicht deshalb, weil sie mit Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik nicht einverstanden waren oder weil sie als Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands andere Auffassungen hatten, als sie in Beschlüssen dieser Partei geäußert wurden, haben sich die Angeklagten des Staatsverbrechens schuldig gemacht, sondern weil sie sich zu einer Gruppe zusammenschlossen, deren Ziel es war, unter Anwendung konspirativer Methoden die ^{Grundzüge der} durch die Verfassung und die Gesetze geschützten gesellschaftlichen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik zu erzwingen. Da die Handlungen darauf gerichtet waren, den Staat zu schwächen oder zu beseitigen, sind sie rechtlich als Boykotttätze zu verurteilen."

Die wiedergegebenen Auffassungen im Schrifttum weisen übereinstimmend darauf hin, daß die Handlungen der Angeklagten nach dem Inkrafttreten des Strafrechtsergänzungsgesetzes den Tatbestand des § 13 Nr. 1 erfüllen würden. In Betracht kommt hierbei die zweite Alternative dieser Bestimmung, d.h. die Beseitigung der Staats- oder Gesellschaftsordnung durch eine planmäßige Untergrabung.

Das Oberste Gericht bezeichnet den Begriff des Untergrabens als eine Tätigkeit, die in ihrem Endziel auf die Beseitigung, Veränderung oder Erschütterung eines bestimmten Zustandes gerichtet ist. Schon der Wortlaut des Gesetzes, § 13, ergibt eindeutig, daß als geschützte Rechtsgüter die Staats- und die Gesellschaftsordnung der sowjetischen Besatzungszone, also auch die politischen Grundlagen und Richtlinien, gleichrangig nebeneinander stehen,

eine Folge, die innerhalb des zonalen Systems und der in ihm herrschenden Auffassungen vom Wesen des Staates und des Rechts selbstverständlich ist.

Ebenso wie das Oberste Gericht in seiner rechtlichen Würdigung der Handlungen der Angeklagten als Staatsverbrechen die Bildung einer sogenannten konspirativen Gruppe, die Sammlung von Gleichgesinnten mit dem Ziel der systematischen Propagierung und Durchsetzung einer bereits bestimmten staatsfeindlichen Konzeption als entscheidende Kriterien herausstellte, gehen auch die Meinungen im Schrifttum davon aus, daß diese Tätigkeiten den Tatbestand des § 13 Nr. 1 StEG im Sinne eines planmäßigen Untergrabens erfüllen.

Dem kann insoweit gefolgt werden, als dem Begriff der Planmäßigkeit im Sinne eines gelenkten und organisierten Vorgehens mit einer entsprechenden Intensität durch die genannten Handlungen der Angeklagten - die Bildung von staatsfeindlichen Gruppen und ihre systematische Erweiterung und Beeinflussung - entsprochen wird. Die eigentliche Schwierigkeit der rechtlichen Beurteilung liegt jedoch in der Abgrenzung zu dem Tatbestand des § 19 Abs. 1, Abs. 3 StEG, der bereits eine planmäßig betriebene Hetze zum Zweck des Aufwiegelns und der ideologischen Beeinflussung unter Strafe stellt.

In einer nicht veröffentlichten Entscheidung zu § 13 StEG, auf die Reinwarth im Zusammenhang mit dieser Frage Bezug nimmt, ¹⁾ stellt das Oberste Gericht fest, daß ein Täter, der es unternimmt, eine konspirative Gruppe zu bilden, und sich dazu der Methode der planmäßigen staatsgefährdenden Hetze bedient, nicht nach § 19 Abs. 3 StEG, sondern nach § 13 Nr. 1 StEG zu bestrafen ist, wenn er mit der Gruppenbildung das Ziel verfolgt hat, die Teilnehmer mit einer auf die Beseitigung der Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichteten Konzeption vertraut zu machen und die Bekanntgabe seines Programms die Mitglieder dazu bestimmen und befähigen soll, ihrerseits weitere Personen in diesem Sinne zu beeinflussen.

1) NJ 1959/6 f.

Eine Abgrenzungsmöglichkeit wäre damit nur nach subjektiven Gesichtspunkten gegeben. Neben dem für die staatsgefährdende Hetze des § 19 StEG ohnehin geforderten Willen, andere Personen im staatsfeindlichen Sinne aufzuwiegeln, - einer Willensrichtung, der eine Änderung oder Beseitigung der bestehenden Verhältnisse zumindest immanent ist - ist zur Erfüllung des § 13 Nr. 1 StEG subjektiv insofern ein Mehr als Voraussetzung aufzustellen, als eine erkennbare, auf eine schon konkrete Konzeption gestützte Zielsetzung zur Beseitigung der bestehenden staatlichen oder gesellschaftlichen Ordnung gefordert werden muß.

Diese Schwierigkeiten der Abgrenzung - mit der Hervorhebung der subjektiven Tatseite - würdigt auch Reinwarth bei der Frage der Anwendbarkeit des § 13 Nr. 1 StEG:

"Es braucht selbstverständlich längere Zeit, bis die politisch-ideologische Beeinflussung anderer Personen so weit gediehen ist, daß zur konspirativen staatsfeindlichen Organisation mit einer entsprechenden umstürzlerischen Konzeption geschritten werden kann. Der Weg zur Schaffung der staatsverräterischen Ausgangsbasis wird in diesen Fällen hauptsächlich mit dem Mittel der planmäßigen staatsgefährdenden Hetze beschritten. Sie ist aber nur eine spezifische Methode zur Erreichung des eigentlichen verbrecherischen Zieles, nämlich des Staatsverrats. Dabei kommt es nicht darauf an, ob den einzelnen Beteiligten an dieser im Entstehen begriffenen Organisation schon bis zur letzten Konsequenz eröffnet worden ist, wozu ihre Mitwirkung gedacht ist; für die rechtliche Beurteilung des Verhaltens des Täters selbst ist allein ausschlaggebend, daß er bei der Beeinflussung anderer Personen mit der Zielsetzung gehandelt hat, Staatsverrat zu begehen." 1)

Ergänzend zu dieser Auffassung ist die Meinung von Renneberg, ²⁾ der hinsichtlich des Problems der Abgrenzung auch auf objektive Momente abstellt, wie den Grad der Planmäßigkeit und Organisiertheit, des sachlichen und

1) a.a.O.

2) NJ 1958/8 f.

zeitlichen Umfangs des Verbrechens und die Ausnutzung von Vorgängen nationaler oder internationaler Art, wobei im Zusammenhang mit den Aufständen in Ungarn und in der sowjetischen Besatzungszone an entscheidende, für Umsturzzwecke geeignete politische Krisen innerhalb des Staates selbst oder des kommunistischen Lagers gedacht ist. Nach der Ansicht von Stiller ¹⁾ sind zwar auch alle sonstigen Staatsverbrechen + §§ 19 und 14 z.B. - im Endeffekt auf eine Veränderung der politischen Verhältnisse der SBZ gerichtet, jedoch würden sie in ihren Auswirkungen jeweils nur auf einzelne Grundlagen - wirtschaftliche, ideologische, militärische - zielen, während der Staatsverrat einen Angriff auf sämtliche Grundlagen der Arbeiter- und Bauernmacht und damit auf ihren Bestand überhaupt darstellt. Die Handlungen sollen alle wesentlichen politischen, ökonomischen und ideologischen Verhältnisse in der SBZ beseitigen.

Insbesondere bei den zuerst aufgeführten Stellungnahmen ist die Tendenz zu entnehmen, bei dem fortgeschrittenen Stadium einer sogenannten Gruppenbildung, der gemeinschaftlichen und übereinstimmenden Betätigung im staatsfeindlichen und hetzerischen Sinne, - unter Berücksichtigung der oben erwähnten subjektiven Voraussetzungen - die Anwendung des § 13 Nr. 1 StEG zu bejahen.

In einem der genannten Studentenprozesse hatte die festgestellte Tätigkeit der Angeklagten darin bestanden, auf Grund einer eigenen politischen Konzeption einen Kreis zu gründen und diesen zu erweitern, bzw. eine gemeinsame Tätigkeit zur ideologischen Beeinflussung innerhalb der SBZ zu unternehmen, um damit eine Veränderung der zonalen Verhältnisse zu erreichen. Auch insofern wurde bereits ein Angriff auf die Staats- und Gesellschaftsordnung gesehen und festgestellt, "daß zu einem bestimmten Zeitpunkt der planmäßige und organisatorische ideologische Angriff auf Grund einer unmittelbaren konterrevolutionären Zielsetzung und Konzeption umschlägt in einen Staatsverrat." ²⁾

1) Stiller, S. 63 (42)

2) Stiller, S. 66 (42)

Unter dem Begriff "verfassungsmäßige Ordnung" fallen ausnahmslos sämtliche - auch örtliche - Organe der Staatsmacht, die SED, die Volksarmee, der SSD und die Justiz, sowie schließlich der gesamte Staatsaufbau in seiner kommunistischen Struktur. Auch der Begriff der "verfassungsmäßigen Gesellschaftsordnung" bezieht sich auf alle politischen Verhältnisse und Organisationen, wie FDJ und FDGB, die sozialistische Volkswirtschaft und das sozialistische Eigentum; Staats- und Gesellschaftsordnung umfassen somit alle "den Prinzipien der Verfassung unserer Republik entsprechenden grundlegenden politischen, ökonomischen und ideologischen Verhältnisse, Organisationen und Einrichtungen, auf Grund deren die Macht der Arbeiterklasse verwirklicht wird." 1)

§ 13 Nr. 2 stellt die Ausschließung oder Behinderung der verfassungsmäßigen Tätigkeit der höchsten Organe der sowjetischen Besatzungszone durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt unter Strafe, während Nr. 3 des § 13 die territoriale Integrität des Staates einem besonderen Schutz unterwirft.

Die Vermögensentziehung ist bei Verurteilung nach § 13 StEG obligatorisch. § 13 konsumiert alle nachfolgenden Staatsschutzbestimmungen, deren Handlungen dann lediglich Teile des vollendeten Verbrechens nach § 13 darstellen.

Zusammenfassung.

Eine zusammenfassende Betrachtung der sowjetzonalen Gerichtspraxis in politischen Strafsachen von ihren Anfängen im Jahre 1945 bis zu dem jetzigen Zeitpunkt ergibt das Bild einer in den Ergebnissen einheitlichen und kontinuierlichen Rechtsprechung. Das drückt sich nicht nur in der gleichbleibenden tatbestandlichen Erfassung bestimmter sogenannter staatsfeindlicher Handlungen, sondern auch in den Strafaussprüchen der Gerichte aus. Die Schwerpunkte der Rechtsprechung, wie sie insbesondere seit dem Inkrafttreten des StEG zu den Tatbeständen der staatsgefährden-

1) Stiller, S. 68 (42)

den Hetze und der Staatsverleumdung der §§ 19 und 20 StEG, im früheren Zeitpunkt zu der Begehungsform der Boykott-hetze des Artikels 6 der Verfassung erkennbar sind, ma-chen zugleich deutlich, daß die zonale Strafjustiz im wesentlichen mit der Erfüllung ihrer politischen Funkti-on beschäftigt ist, das errichtete kommunistische System vor den unverändert fortbestehenden Kritiken und Angrif-fen aus der Bevölkerung zu schützen und die politischen Ziele des Zonenregimes zu realisieren. Daß diese Praxis in der Verfolgung ihrer nach westlichen Auffassungen rechtsfremden Ziele nur unter Außerachtlassung und Be-schneidung der Rechte des Einzelnen, die auch in der Ver-fassung der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands aus-drücklich gewährleistet sind, geschehen kann, ist hier-bei die entscheidende Feststellung.

Lebenslauf

Am 24. November 1932 wurde ich in Breslau als Sohn des Oberingenieurs Wilhelm E q u a r t und seiner Ehefrau Gertrud geb. Leibinger geboren.

Nach Absolvierung der Volksschule besuchte ich das Herzog-Heinrich-Gymnasium in Breslau, nach der Flucht im Januar 1945 die Gymnasien von Teplitz-Schönau, Salzburg, Bad Kissingen und Bielefeld. Am dortigen Staatlich-Städtischen Gymnasium legte ich im Frühjahr 1953 die Reifeprüfung ab.

Im gleichen Jahr begann ich das juristische Studium, das ich nach dem Besuch der Hochschulen Köln, München und Bonn nach sechs Semestern vor dem Oberlandesgericht in Köln mit dem ersten juristischen Staatsexamen abschloß. Die Referendarausbildung durchlief ich im Lande Rheinland-Pfalz, wo ich seit 1956 in Trier wohnhaft bin.

Am 22. Dezember 1960 legte ich vor dem Justizprüfungsamt Mainz die grosse juristische Staatsprüfung ab.

Seit dem 10. Januar 1961 bin ich bei der Justizverwaltung Rheinland-Pfalz beschäftigt. Ich war am Amts- und Landgericht tätig.

